

## Monatsbericht des BMF Februar 2009





Monatsbericht des BMF Februar 2009

# Inhaltsverzeichnis

Editorial	2
Übersichten und Termine	4
Finanzwirtschaftliche Lage	5
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2009	12
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	15
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	19
Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2008	25
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	29
Termine, Publikationen	31
Analysen und Berichte	33
Konjunkturgerechte Wachstumspolitik	34
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 4. Quartal 2008 und im Jahr 2008	50
Stellungnahme zu den Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland	54
Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2008	
Fiskalpolitischer Handlungsbedarf zur Konjunkturstärkung	
Statistiken und Dokumentationen	69
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	70
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	94
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	98

#### **Editorial**

#### Liebe Leserinnen und Leser,

die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise stellt die Fiskal- und Wirtschaftspolitik in Deutschland vor besondere Herausforderungen. So geht Bundesregierung in ihrem am 21. Januar 2009 beschlossenen Jahreswirtschaftsbericht von einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Aktivität um 2¼% in diesem Jahr aus. Die Bundesrepublik Deutschland dürfte damit durch eine der heftigsten Rezessionen seit ihrem Bestehen gehen. Die Bundesregierung hat gemeinsam mit Ländern und Kommunen sowie in Kooperation mit den europäischen Partnern auf diese außerordentliche mit Entwicklung ebenso einem außerordentlichen finanziellen Kraftakt reagiert. Der "Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland" folgt dabei auch der **Empfehlung** des Sachverständigenrates, nämlich "das wachstumspolitisch Richtige mit dem konjunkturpolitisch Erforderlichen" zu verbinden. Im Mittelpunkt stehen der Erhalt der Arbeitsplätze und die Investitionsfähigkeit der Betriebe.

die Rezession äußerst Dass globale entschlossenes Gegensteuern und international koordinierte Antworten erfordert, hat nicht nur der Sachverständigenrat der betont. Auch Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium Finanzen der empfiehlt-ganz entgegen seiner sonstigen Skepsis gegenüber diskretionärer Fiskalpolitik - in der aktuellen Situation schnell wirksame, zielgenaue temporäre und Maßnahmen konjunkturellen Stimulierung.



Ähnlich argumentiert auch der Internationale Währungsfonds (IWF) zum Abschluss seiner jüngsten Konsultationen mit Deutschland. So begrüßt der **IWF** neben dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz ausdrücklich auch die Konjunktur unterstützenden Maßnahmen. Diese seien geeignet, sowohl kurzfristige Konjunktur- als auch langfristige Wachstumsimpulse geben.

Alle Beratergremien, ob Wissenschaftler, EU-Kommission, IWF oder die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit Entwicklung (OECD) weisen allerdings mit Nachdruck auf die Problematik der steigenden Staatsverschuldung hin. Diese müsse jetzt zwar kurzfristig zur Finanzierung der Konjunktur Beschäftigung stützenden hingenommen werden, zugleich aber mittellängerfristig und im Rahmen einer glaubwürdigen Konsolidierungsstrategie zurückgeführt wieder werden. Bundesregierung hat deshalb zusammen mit Nachtragshaushalt eine spezielle Tilgungsregel für die jetzt notwendigen Mehrausgaben beschlossen. Dazu soll ab 2010 ein Anteil des Bundesbankgewinns verwendet werden. Die Bundesregierung behält sich weiterhin vor, in wirtschaftlich günstigen Zeiten zusätzlich einen noch festzusetzenden Teil der konjunkturell bedingten

Steuermehreinnahmen zur Tilgung der Verbindlichkeiten einzusetzen.

Dieser Ansatz unterstreicht, dass wir die Krise auch als Chance für einen stärker nachhaltigen Ansatz in der Finanzpolitik nutzen sollten. Die strukturelle Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sowie die Stärkung Wachstumspotenzials bleiben daher Leitlinien der Finanzpolitik. Um das Vertrauen in einen jederzeit handlungsfähigen Staat, d.h. in dauerhaft solide und tragfähige öffentliche Haushalte zu stärken, werden wir noch in dieser Legislaturperiode eine Schuldenbegrenzung im Grundgesetz verankern, nach der die Haushalte von Bund und Ländern grundsätzlich ohne Kreditaufnahme auszugleichen sind. Um einzelnen finanzschwächeren Ländern angesichts ihrer schwierigen Haushaltssituation den Übergang zur Einhaltung der neuen Schuldenregel zu erleichtern, sollen ihnen Konsolidierungshilfen angeboten werden.

Ein weiteres wichtiges Element der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern ist der bundesstaatliche

Finanzausgleich. Er soll sicherstellen, dass auch finanzschwachen Länder ausreichende Mittel verfügen, um ihre verfassungsmäßigen Aufgaben eigenstaatlich erfüllen **Z**11 können. Die vorläufige Jahresrechnung 2008 zum bundesstaatlichen Finanzausgleich liegt nun vor. Danach betrug der Umsatzsteuerausgleich im Jahr 2008 8,2 Mrd. € und ist damit gegenüber 2007 (8,0 Mrd. €) gestiegen. Das Umverteilungsvolumen des Länderfinanzausgleichs lag im abgelaufenen Jahr bei 8,3 Mrd. € und damit 450 Mio. € über dem Vergleichswert 2007, und das Volumen der allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen betrug 2008 für elf Empfängerländer 3,1 Mrd. €, 151 Mio. € mehr als im Jahr zuvor.

Jörg Asmussen

Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

# Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	5
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2009	12
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	15
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	19
Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2008	25
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	29
Termine, Publikationen	

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

## Finanzwirtschaftliche Lage

Aufgrund der bisherigen Entwicklung der Finanz- und Wirtschaftskrise wurde von der Bundesregierung Anfang des Jahres weiterer Handlungsbedarf gesehen. Mit dem "Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland" wurde gesamtstaatliches Maßnahmenpaket mit einem Volumen von rund 50 Mrd. € in den Jahren 2009 und 2010 beschlossen, welches damit das größte Konjunkturpaket der Geschichte Deutschlands darstellt. Im Rahmen eines

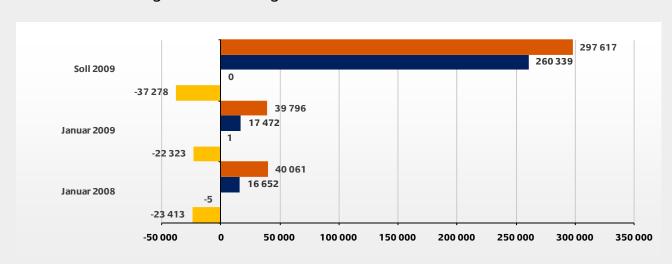
Nachtragshaushalts 2009 - der bis Ende diesen Monats in Kraft treten soll-werden für das laufende Haushaltsjahr die haushaltsmäßigen Voraussetzungen Umsetzung Maßnahmen auf Bundesebene geschaffen, soweit diese nicht unmittelbar aus dem durch errichtenden Bundesgesetz zu Sondervermögen "Investitionsund Tilgungsfonds" finanziert werden. Das Sondervermögen ist kein Bestandteil des Bundeshaushalts, sondern erhält eine eigene

#### Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2009 <sup>1</sup>	lst-Entwicklung <sup>2</sup> Januar 2009
Ausgaben (Mrd. €)	297,6	39,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	5,4	-0,7
Einnahmen (Mrd. €)	260,3	17,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-3,7	4,9
Steuereinnahmen (Mrd. €)	233,2	15,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-2,5	-2,5
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-37,3	-22,3
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	-22,6
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,4	0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-36,9	0,2

<sup>1</sup> Stand Nachtragshaushalt 2009.

#### Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



■ Ausgaben ■ Einnahmen ■ Durchlaufende Mittel ■ Finanzierungssaldo

Quelle: Bundesministerium der Finanzen. Stand Soll: Nachtragshaushalt 2009.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Buchungsergebnisse.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Kreditermächtigung (bis zu 21 Mrd. €). Aus dem Sondervermögen werden in den Jahren 2009 und 2010 Konjunktur stützende Maßnahmen-im Wesentlichen investive Ausgaben-bis zu einem Betrag von 16,9 Mrd. € (zuzüglich Zinslasten) auf den Weg gebracht. Mit der Tilgung der Verbindlichkeiten des Sondervermögens soll ab 2010 begonnen werden.

Die Aussagekraft der Zahlen zum Bundeshaushalt ist zu Jahresbeginn-insbesondere auch auf Grund der vorangehenden Ausführungen zum Nachtragshaushalt 2009-noch gering. Eine belastbare Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo von -22,3 Mrd. € ableiten. Der in der u.a. Finanzierungsübersicht dargestellten Nettotilgung in Höhe von 0,2 Mrd. € steht ein kassenmäßiger Fehlbetrag in Höhe von -22,6 Mrd. € gegenüber.

Die Ausgaben unterschreiten im Januar mit 39,8 Mrd. € das Vorjahresergebnis um 0,3 Mrd. € (-0,7%). Die Einnahmen des Bundes lagen im Januar mit 17,5 Mrd. € um 0,8 Mrd. € (+4,9%) über dem Vorjahresergebnis. Die Steuereinnahmen haben das Ergebnis vom

#### Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist	Soll	Ist-Entv	vicklung	Ist-Entv	vicklung	Veränderung
	2008	2009 <sup>1</sup>	Janua	r2009	Janua	r2008	ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%
Allgemeine Dienste	50 394	53 595	6 074	15,3	5 266	13,1	15,3
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4 993	5 717	1 279	3,2	1 203	3,0	6,3
Verteidigung	29 999	31 019	3 609	9,1	3 167	7,9	14,0
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6 103	6 3 5 7	471	1,2	386	1,0	22,0
Finanzverwaltung	3 307	3 783	278	0,7	187	0,5	48,7
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	13 437	14 602	942	2,4	904	2,3	4,2
BAföG	1 193	1 433	225	0,6	207	0,5	8,7
Forschung und Entwicklung	7 709	8 761	141	0,4	146	0,4	-3,4
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	140 439	147 091	17 022	42,8	17 085	42,6	-0,4
Sozialversicherung	75 539	76 302	11 647	29,3	11 520	28,8	1,1
Arbeitslosenversicherung	7 583	7 777	0	0,0	632	1,6	-100,0
Grundsicherung für Arbeitssuchende	34776	36 210	2 827	7,1	2 858	7,1	-1,1
darunter: Arbeitslosengeld II	21 624	22 100	1 955	4,9	2 007	5,0	-2,6
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 889	3 500	265	0,7	314	0,8	-15,6
Wohngeld	772	591	39	0,1	30	0,1	30,0
Erziehungsgeld/Elterngeld	4769	4 4 2 4	442	1,1	443	1,1	-0,2
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 2 6 9	2 083	294	0,7	327	0,8	-10,1
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 058	1 208	72	0,2	81	0,2	-11,1
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 607	1 857	124	0,3	141	0,4	-12,1
Wohnungswesen	1 062	1 210	120	0,3	122	0,3	-1,6
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft,	5 778	7 386	1 579	4,0	1 965	4,9	-19,6
Gewerbe, Dienstleistungen Regionale Förderungsmaßnahmen	945	738	5	0,0	8	0,0	-37,5
Kohlenbergbau	1816	1 465	1 3 7 5	3,5	1817	4,5	-24,3
Gewährleistungen	698	2 404	27	0,1	9	0,0	200,0
Verkehrs und Nachrichtenwesen	11 231	12 894	1 073	2,7	1 068	2,7	0,5
Straßen (ohne GVFG)	6 0 4 5	6787	204	0,5	248	0,6	-17,7
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	16 991	15 965	436	1,1	230	0,6	89,6
Bundeseisenbahnvermögen	4326	5 506	140	0,4	93	0,2	50,5
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 8 6 4	4074	266	0,7	121	0,3	119,8
Allgemeine Finanzwirtschaft	41 374	43 020	12 474	31,3	13 321	33,3	-6,4
Zinsausgaben	40 171	41 431	12 227	30,7	12 945	32,3	-5,5
Ausgaben zusammen	282 308	297 617	39 796	100,0	40 061	100,0	-0,7

<sup>1</sup> Stand: Nachtragshaushalt 2009.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Januar 2008 mit 15,6 Mrd. € um 1,1 Mrd. € (+7,5%) überschritten. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass ein wesentlicher Teil der Mehreinnahmen auf geringere EU-

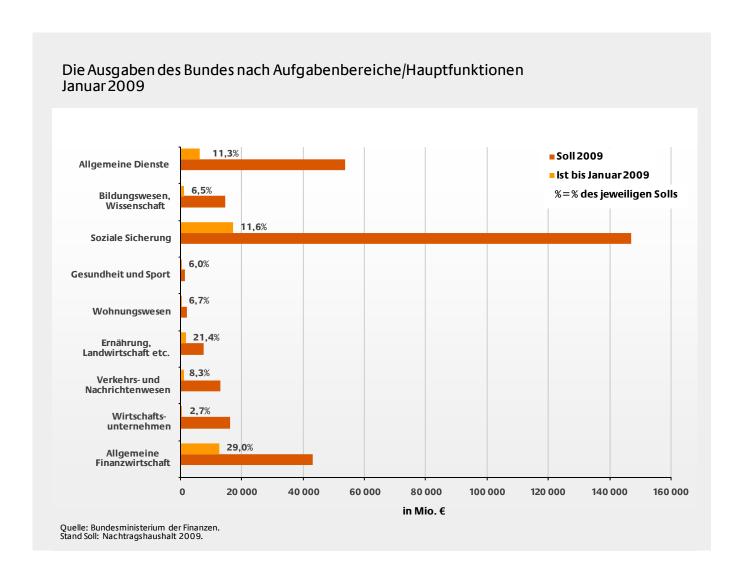
Abführungen zurückzuführen ist, die haushaltstechnisch von den Steuereinnahmen abgesetzt werden.

### Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

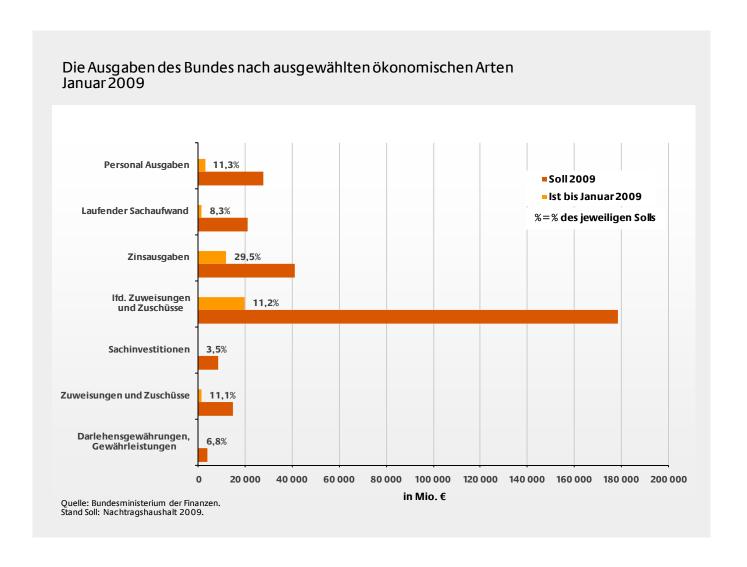
Globalansätze  Ausgaben insgesamt	282 308	- 114 297 617	0 39 796	100,0	40 061	100,0	-0,7
Grunderwerb	504	533	59	0,1	53	0,1	11,3
Erwerb von beweglichen Sachen	918	1 055	78	0,2	71	0,2	9,9
Baumaßnahmen	5 777	7 0 6 1	161	0,4	195	0,5	-17,4
Sachinvestitionen	7 199	8 649	299	0,8	319	0,8	-6,3
Erweb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	704	935	366	0,9	285	0,7	28,
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 395	4 2 5 7	289	0,7	339	0,8	-14,
Zuweisungen und Zuschüsse	14018	14957	1 655	4,2	1 492	3,7	10,
Finanzierungshilfen	17 117	20 149	2 310	5,8	2 117	5,3	9,
Investive Ausgaben	24 316	28 798	2 609	6,6	2 436	6,1	7,
Sonstige Vermögensübertragungen	2 642	417	68	0,2	57	0,1	19,
Sozialversicherungen	99 123	104 653	13 432	33,8	13 430	33,5	0,0
Renten, Unterstützungen u.a.	29 120	29 415	2 795	7,0	2 852	7,1	-2,
Unternehmen	22 440	23 890	2 487	6,2	2 832	7,1	-12,
darunter:	133 434	103310	13104	40,2	13404	40,0	
an andere Bereiche	155 494	163 310	19 164	48,2	19 484	48,6	-1,
an Verwaltungen	12 930	14 855	904	2,3	1 021	2,5	-11,
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	168 424	178 165	20 002	50,3	20 400	50,9	-2,
Zinsausqaben	40 171	41 431	12 227	30,7	12 945	32,3	-5,
Militärische Beschaffungen Sonstiger laufender Sachaufwand	9 622 8 699	10 3 6 0 9 3 1 8	510	2,9 1,3	938 441	2,3 1,1	24, 15,
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 421	1 451	77 1 172	0,2	77	0,2	0,
Laufender Sachaufwand	19 742	21 129	1 759	4,4	1 456	3,6	20,
Versorgung	6714	6 832	869	2,2	792	2,0	9,
Aktivbezüge	20 298	20 959	2 2 6 1	5,7	1 975	4,9	14,
Personal Ausgaben	27 012	27 791	3 130	7,9	2 767	6,9	13,
•							
Konsumtive Ausgaben	257 992	268 933	37 187	93,4	37 625	93,9	-1,
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%
	2008	2009 <sup>1</sup>	Janua	r2009	Janua	r 2008	ggü. Vorja

<sup>1</sup> Stand: Nachtragshaushalt 2009.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



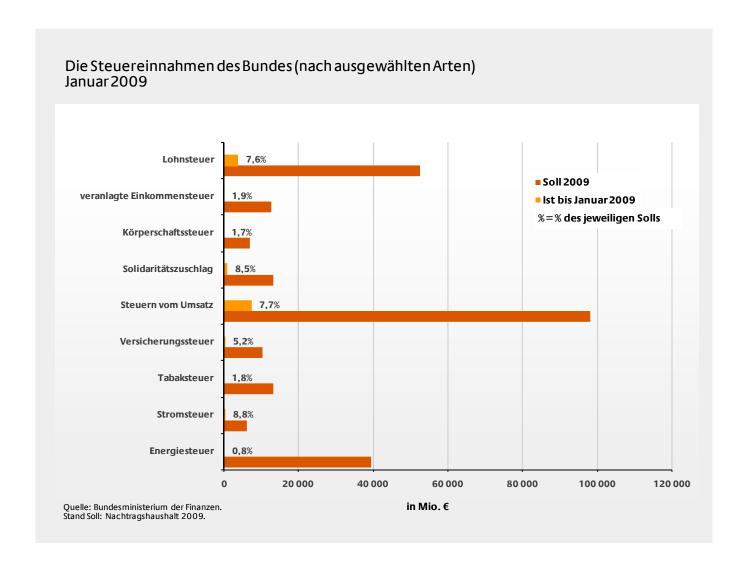
FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

### Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist	Soll	Ist-Entv	vicklung	Ist-Entv	vicklung	Veränderun
	2008	2009 <sup>1</sup>	Janua	r2009	Janua	r 2008	ggü. Vorjah
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%
I. Steuern	239 231	233 180	15 620	89,4	14 534	87,3	7,5
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	193 532	185 508	14 648	83,8	14078	84,5	4,0
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Zinsabschlag)	96 379	86 015	7 102	40,6	6 469	38,8	9,8
davon:							
Lohnsteuer	60 310	52 500	3 984	22,8	3 728	22,4	6,9
veranlagte Einkommensteuer	13 899	12 708	236	1,4	337	2,0	-30,0
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8 305	8 695	1 040	6,0	796	4,8	30,7
Zinsabschlag	5 922	5 174	1724	9,9	1 621	9,7	6,4
Körperschaftssteuer	7 943	6938	117	0,7	- 14	-0,1	X
				0,0			
Steuern vom Umsatz	95 806	98 147	7 560	43,3	7 601	45,6	-0,5
Gewerbesteuerumlage	1 348	1 346	-14	-0,1	8	0,0	×
Energiesteuer	39 248	39 357	319	1,8	373	2,2	-14,5
Tabaksteuer	13 574	13 450	237	1,4	223	1,3	6,3
Solidaritätszuschlag	13 146	13 300	1 124	6,4	1 020	6,1	10,2
Versicherungsteuer	10 478	10 450	543	3,1	545	3,3	-0,4
Stromsteuer	6 2 6 1	6 200	544	114,8	543	3,3	0,2
Branntweinabgaben	2 129	2 133	200	42,2	225	1,4	-11,1
Kaffeesteuer	1 008	1 000	94	19,8	93	0,6	1,1
Ergänzungszuweisungen an Länder	-14850	-14 198	0	0,0	0	0,0	0,0
BNE-Eigenmittel der EU	-15 340	-18 980	-1 238	-261,2	-1 438	-8,6	-13,9
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-3 738	1 280	-332	-70,0	-631	-3,8	-47,4
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6 675	-6 775	- 565	-119,2	- 556	-3,3	1,6
II. Sonstige Einnahmen	31 246	27 159	1 852	390,7	2 119	12,7	-12,6
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4568	4339	170	35,9	422	2,5	-59,7
Zinseinnahmen	737	911	50	10,5	4	0,0	1150,0
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	8 630	4 004	474	100,0	442	2,7	7,2
Einnahmen zusammen	270 476	260 339	17 472	100,0	16 652	100,0	4,9

<sup>1</sup> Stand: Nachtragshaushalt 2009.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM JANUAR 2009

# Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2009

Nach der Stagnation des Aufkommens im letzten Monat des vergangenen Jahres nahmen die Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) im Januar 2009 im Vorjahresvergleich um +3,4% zu. Deutlichen Zuwächsen bei den gemeinschaftlichen Steuern (+4,8%) und leichten Mehreinnahmen bei den Bundessteuern (+0,8%) standen erhebliche Mindereinnahmen bei den Ländersteuern (-13,2%) gegenüber.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) stiegen mit +8,5% kräftiger als die Steuereinnahmen insgesamt, weil für den Monat Januar 500 Mio. € weniger Eigenmittel an die EU abzuführen waren als im Vorjahr. Da aufgrund der gesetzlichen Zahlungstermine im Januar jeden Jahres das Aufkommen sowohl der gemeinschaftlichen Steuern (kein Vorauszahlungstermin) als auch der Bundessteuern (kaum Mineralöl- und Tabaksteuereinnahmen) relativ gering ist, schlagen niedrigere Eigenmittelabführungen stark zu Buche.

Die Lohnsteuereinnahmen sind im Januar um +6,1% gestiegen. Trotz der Eintrübung der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt am aktuellen Rand liegt die Zahl der Arbeitnehmer noch deutlich über dem Vorjahresstand, und zudem wirken sich zwischenzeitliche Lohnzuwächse aufkommenssteigernd aus. Gedämpft wurde der Anstieg der Lohnsteuer durch die Erhöhung des Kindergeldes zum Die Kindergeldausgaben 1. Januar 2009. wuchsen im Vorjahresvergleich um + 3,6%.

Die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer lagen um gut -200 Mio. € unter dem Vorjahresergebnis. Eine Ursache für diesen Rückgang ist der Anstieg der Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer. Darin enthalten sind erste Auswirkungen der Gewährung der alten Pendlerpauschale als Folge der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Die Hauptauswirkungen werden jedoch im Monat Februar eintreten, wenn die Finanzverwaltungen der Länder die Masse der zu korrigierenden Einkommensteuerveranlagungen für das Jahr 2007 abarbeiten werden.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag sorgte der gleiche Sondereffekt wie im vergangenen Monat für einen kräftigen Aufkommenszuwachs von + 33,4%: Das Januar-Aufkommen stammt aus Ausschüttungen im Dezember 2008, und in diesem Monat wurde verstärkt ausgeschüttet, um noch den etwas niedrigeren Steuersatz nach dem Halbeinkünfteverfahren (maximal 22,5% ohne Solidaritätszuschlag) nutzen zu können. Ab dem Jahr 2009 wird auf Dividendeneinnahmen eine Abgeltungsteuer in Höhe von 25% erhoben.

Die Abgeltungsteuer Zins- und auf Veräußerungserträge, die seit Jahresbeginn an die Stelle des bisherigen Zinsabschlages getreten ist, weist einen Zuwachs von +7,0% aus. Wegen der Zeitverzögerung von einem Monat zwischen Entstehung der Steuerschuld und Kasseneingang handelt es sich bei dem Aufkommen im Januar weitestgehend um Einnahmen aus dem alten Zinsabschlag, die ihren Ursprung im Dezember 2008 haben. Ab kommt dann Februar die neue Abgeltungsteuer auch kassenmäßig zum Tragen. Da der Steuersatz von 30% auf 25% reduziert wurde, ist ab dem kommenden Mindereinnahmen Monat mit Vorjahresvergleich zu rechnen.

Das Aufkommen der Körperschaftsteuer liegt im Januar um rund +300 Mio. € über dem Vorjahresresultat. Ursache ist der Wegfall eines negativen Sondereffekts, der im Januar 2008 in einem Bundesland zu hohen

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM JANUAR 2009

Erstattungen geführt hatte. Der Gewinneinbruch der vergangenen Monate wird erst im März Konsequenzen für das Aufkommen haben, wenn die Vorauszahlungen für das 1. Quartal 2009 zu leisten sind.

Der Rückgang der Importe aus Nicht-EU-Staaten hatte im Januar einen deutlichen Rückgang der Einfuhrumsatzsteuer von - 8,6% zur Folge. Da dies zu weniger Vorsteueranrechnung im Inland führte, ist die Umsatzsteuer mit +4,5% vergleichsweise kräftig gewachsen. Zusammengenommen steigen die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz mit +1,4% nur wenig und machen deutlich, dass die Entwicklung des Konsums weiterhin schleppend verläuft.

Die reinen Bundessteuern stagnierten im

# Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr<sup>1</sup> Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern (vorläufige Ergebnisse)

2009	Januar	Veränderung	Schätzungen	Veränderung
		ggü. Vorjahr	für 2009	ggü. Vorjahr
	in Mio €	in%	in Mio € <sup>4</sup>	in%
Gemeinschaftliche Steuern				
Lohnsteuer <sup>2</sup>	12 760	6,1	151 550	6,8
veranlagte Einkommensteuer	556	-28,2	30 450	-6,8
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	2 080	33,4	17 390	4,9
Zinsabschlag	3 941	7,0	11 758	-12,6
Körperschaftsteuer	234	0	16 190	2,0
Steuern vom Umsatz	14071	1,4	181 500	3,1
Gewerbesteuerumlage	-39	0	3 3 1 2	-1,4
erhöhte Gewerbesteuerumlage	-52	0	3 178	-7,2
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	33 551	4,8	415 328	3,0
Bundessteuern				
Energiesteuer	319	-14,6	39 550	0,8
Tabaksteuer	237	5,9	13 450	-0,9
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	200	-11,0	2 130	0,2
Versicherungsteuer	543	-0,3	10 450	-0,3
Stromsteuer	544	0,2	6200	-1,0
Solidaritätszuschlag	1 124	10,3	13 300	1,2
übrige Bundessteuern	139	-8,9	1 458	-0,8
Bundessteuern insgesamt	3 106	0,8	86 538	0,3
Ländersteuern				
Erbschaftsteuer	439	11,1	4 780	0,2
Grunderwerbsteuer	403	-30,7	5 660	-1,2
Kraftfahrzeugsteuer	1014	-14,5	8 900	0,7
Rennwett- und Lotteriesteuer	147	-7,3	1 480	-3,6
Biersteuer	63	7,9	740	0,1
Sonstige Ländersteuern	20	-15,9	320	-0,2
Ländersteuern insgesamt	2 086	-13,2	21 880	-0,3
EU-Eigenmittel				
Zölle	303	12,6	4000	-0,1
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	332	-47,4	-1 280	0
BSP-Eigenmittel	1 238	-13,9	18 980	23,7
EU-Eigenmittel insgesamt	1 873	-19,9	21 700	-6,0
Bund <sup>3</sup>	15 939	8,5	246 939	3,2
Länder <sup>3</sup>	18 483	2,1	225 451	1,6
EU	1 873	-19,9	21 700	-6,0
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 751	4,3	32 307	3,2
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	39 046	3,4	526 397	2,1

<sup>1</sup> Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom November 2008.

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM JANUAR 2009

aufkommensschwachen Monat Januar mit +0,8%. Dabei werden Rückgänge bei der Energiesteuer (-14,6%)und der Branntweinsteuer (-11,0%) durch Zuwächse bei der Tabaksteuer (+5,9%)und dem Solidaritätszuschlag (+10,3%)weitgehend ausgeglichen. Versicherungsteuer (-0,3%) und Stromsteuer (+0,2%) verändern sich in ihrem Aufkommen gegenüber dem Vorjahr nur minimal.

Demgegenüber mussten die reinen Ländersteuern im Januar mit -13,2% einen zweistelligen Aufkommensrückgang hinnehmen. In dem Rückgang der Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer (-14,5%) spiegelt sich die (befristete) Steuerbefreiung für neu zugelassene schadstoffarme PKW wider. Der Rückgang der Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer um -30,7% dürfte der aktuellen Wirtschafts-und Finanzkrise geschuldet sein. Auch die Rennwett-und Lotteriesteuer war mit -7,3% rückläufig. Lediglich die Erbschaftsteuer (+11,1%) und die Biersteuer (+ 7,9%) konnten zulegen.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

## Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

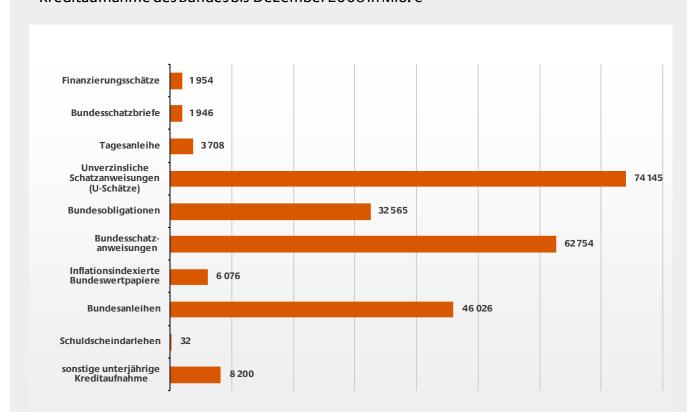
#### Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen stiegen im Januar gegenüber Dezember leicht. Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe, die Ende Dezember bei 2,95% lag, notierte Ende Januar bei 3,27%. Die Zinsen im Dreimonatsbereich-gemessen am EURIBOR-verringerten sich von 2,89% Ende Dezember auf 2,09% Ende Januar. Die Europäische Zentralbank hatte zuletzt am 15. Januar 2009 beschlossen, die Leitzinsen um 50 Basispunkte zu senken. Mit Wirkung vom 21. Januar liegt seitdem der Mindestbietungssatz für die

Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 2,00%, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 1,00% und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,00%.

Die europäischen Aktienmärkte gaben im Januar nach; der Deutsche Aktienindex sank Ende Januar auf 4338 Punkte gegenüber 4810 Punkten Ende Dezember, der 50 Spitzenwerte des Euroraums umfassende Euro Stoxx 50 sank im gleichen Zeitraum von 2451 Punkten auf 2237 Punkte.

#### Kreditaufnahme des Bundes bis Dezember 2008 in Mio. €1



¹ Bruttoemissionen ohne Rückhaltequote und Aufbau von Eigenbeständen. Nachrichtlich: kreditaufnahmewirksame Eigenbestandsveränderungen: 750 Mio. €.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

#### Monetäre Entwicklung

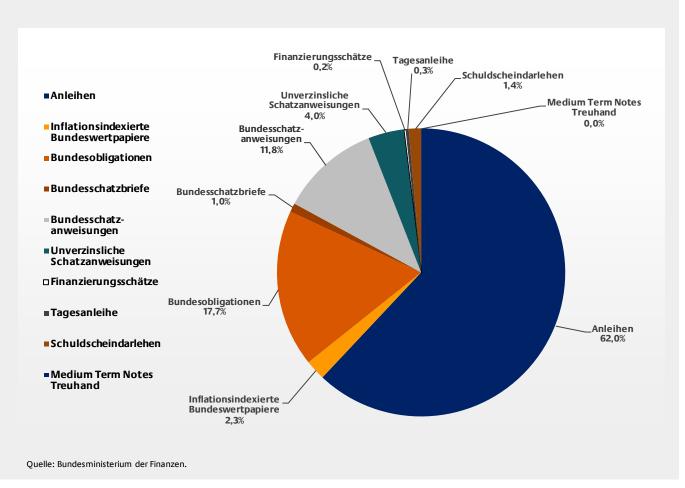
Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet sank im Dezember auf 7,3% (nach 7,7% im Vormonat). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahreswachstumsraten von M3 für den Zeitraum Oktober 2008 bis Dezember 2008 betrug 7,9%, verglichen mit 8,3% des vorangegangenen Dreimonatszeitraumes (Referenzwert: 4,5%).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum sank im Dezember auf 6,8% (nach 8,2% im Vormonat). Die Dynamik des Geldmengen- und Kreditwachstums hat sich damit im Zuge der Finanzkrise und des konjunkturellen Abschwungs zwar weiter abgeschwächt, ist aber im Grunde immer noch relativ kräftig. In Deutschland stieg diese Kreditwachstumsrate von 6,0% im November 2008 auf 6,1% im Dezember 2008.

#### Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Der Bruttokreditbedarf des Bundes und des Finanzmarktstabilisierungsfonds 2008 betrug bis einschließlich Dezember 237,4 Mrd. €. Davon wurden 213 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt. Darüber hinaus wurden im Tenderverfahren die 2,25 %ige inflationsindexierte Obligation des Bundes – ISIN DE 0001030518 – am 5. März 2008 um 3 Mrd. € und am 9. Juli 2008 um 2 Mrd. €

#### Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes per 31. Dezember 2008



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

sowie die 1,5%ige inflationsindexierte Anleihe des Bundes - ISIN DE 0001030500 - am 11. Juni 2008 um 2Mrd.€ aufgestockt. Wegen der Kapitalmarktentwicklung wurde statt der zunächst angekündigten Aufstockung der Bundesanleihe vom 23. Juli - ISIN DE 0001135325 - um 4 Mrd. € eine Neuemission einer Bundesanleihe mit einer 30jährigen Laufzeit - ISIN DE 0001135366 - um 4 Mrd.€ begeben. Drei Unverzinslichen Schatzanweisungen des Bundes (Bubills) mit Fälligkeiten 14. Januar 2009, 18. Februar 2009 und 18. März 2009 (ISIN DE0001115186/WKN 111518, ISIN DE0001115194/WKN 111519, ISIN DE0001115202/WKN 111520) wurden am 22. September 2008 um jeweils 1Mrd. € auf jeweils 7 Mrd. € aufgestockt und von der

Bundesrepublik Deutschland-Finanzagentur GmbH im Rahmen der Marktpflege platziert. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsaufbau: 0,7 Mrd. €).

Die im letzten Quartal 2008 zur Finanzierung des Bundeshaushalts begebenen Kapital- und Geldmarktemissionen sind in der Übersicht über die "Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2008" zusammengestellt.

Die Tilgungen des Bundes inklusive Sondervermögen belaufen sich bis einschließlich Dezember 2008 auf rund 218,2 Mrd. €; die Zinszahlungen des Bundes inklusive Sondervermögen betrugen rund 40,9 Mrd. €.

## Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen (in Mrd. €)

													Summe
Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	insges.
							in Mrd. €						
Anleihen	15,6	-	-	-	-	-	22,8	-	-	-	-	0,0	38,3
Bundesobligationen	-	14,0	-	14,0	-	-	-	-	-	14,0	-	0,0	42,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	16,0	-	-	14,0	-	-	15,0	-	-	14,0	59,0
U-Schätze des Bundes	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	70,6
Bundesschatzbriefe	0,4	0,0	0,4	0,0	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3	0,4	0,0	0,0	2,6
Finanzierungsschätze	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	2,1
Tagesanleihe	-	-	-	-	-	-	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,3	0,5
Fundierungsschuldverschreibungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,0	0,0	-	0,0
MTN der Treuhandanstalt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,1	0,1
Entschädigungsfonds	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,1
Schuldscheindarlehen	1,0	0,3	0,2	0,0	-	-	0,3	0,1	0,6	0,3	-	0,0	2,9
Gesamtes Tilgungsvolumen	23,2	20,4	22,7	20,2	6,2	20,2	29,3	6,5	22,0	20,7	6,2	20,4	218,2

Zinszahlungen

	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd. €						
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,7	0,8	1,2	3,4	0,2	1,7	13,7	0,3	1,3	3,1	0,2	1,4	40,9

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

#### Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2008

#### Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137230 WKN 113 723	Aufstockung	8. Oktober 2008	2 Jahre fällig 10. September 2010 Zinslaufbeginn: 10. September 2010 erster Zinstermin: 10. September 2009	7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141539 WKN 114153	Aufstockung	22. Oktober 2008	5 Jahre fällig 11. Oktober 2013 Zinslaufbeginn: 26. September 2008 erster Zinstermin: 11. Oktober 2009	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135374 WKN 113 537	Neuemission	12. November 2008	10 Jahre fällig 4. Januar 2009 Zinslaufbeginn: 14. November 2008 erster Zinstermin: 4. Januar 2010	7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141539 WKN 114153	Aufstockung	19. November 2008	5 Jahre fällig 11. Oktober 2013 Zinslaufbeginn: 26. September 2008 erster Zinstermin: 11. Oktober 2009	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137248 WKN 113724	Neuemission	10. Dezember 2008	2 Jahre fällig 10. Dezember 2010 Zinslaufbeginn: 10. Dezember 2008 erster Zinstermin: 10. Dezember 2009	7 Mrd. €
			4. Quartal 2008 insgesamt	ca.30 Mrd. €

#### Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115210 WKN 111 521	Neuemission	13. Oktober 2008	6 Monate fällig 22. April 2009	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115228 WKN 111522	Neuemission	17. November 2008	6 Monate fällig 13. Mai 2009	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115236 WKN 111523	Neuemission	8. Dezember 2008	6 Monate fällig 17. Juni 2009	6 Mrd. €
			4. Quartal 2008 insgesamt	ca.18 Mrd. €

 $<sup>^1 \</sup>quad \text{Volumen einschließ lich Marktpflege quote.} \\$ 

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

# Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die gesamtwirtschaftliche Aktivität hat sich im 4. Quartal erheblich verringert.
- Negative Impulse kamen vor allem von den Anlageinvestitionen und vom Außenbeitrag.
- Die Rezession belastet den Arbeitsmarkt nun deutlich.
- Die Teuerung lag erstmals seit Februar 2004 unter 1%.

Die Gesamtheit der Wirtschaftsdaten zeigt, dass sich Deutschland in einer ausgeprägten Rezession befindet. Nach einem sehr kräftigen Wirtschaftswachstum im 1. Quartal 2008 kam es zu einem deutlichen Rückgang gesamtwirtschaftlichen Aktivität im Jahresverlauf 2008. Im 4. Quartal des vergangenen Jahres hat sich die abwärts gerichtete Entwicklungstendenz erheblich verstärkt. So ist gemäß dem Statistischen Bundesamt das Bruttoinlandsprodukt im Schlussquartal 2008 preis-, kalender- und saisonbereinigt um 2,1% gesunken. Das war der größte Rückgang gegenüber einem Vorguartal wiedervereinten Deutschland. Die jahresdurchschnittliche Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts für 2008 blieb mit preisbereinigt 1,3% gegenüber der ersten vorläufigen Meldung des Statistischen Bundesamtes im Januar unverändert.

Der ungebremste Rückgang Industrieindikatoren hatte bereits auf eine Verringerung der Wirtschaftsleistung im 4. Quartal hingedeutet. Im Schlussquartal des gingen vergangenen Jahres saisonbereinigten Vorquartalsvergleich vor allem von den Anlageinvestitionen sowie vom Außenbeitrag negative Wirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt aus. Hauptursache dafür ist der weltweite, nahezu synchron verlaufende wirtschaftliche Abschwung, der durch die Verschärfung der Finanzmarktkrise September vergangenen Jahres noch verstärkt wurde. Auch die privaten Konsumausgaben waren niedriger als im 3. Quartal. Die

Konsumschwäche hatte sich bereits in dem Einzelhandelsumsätze Rückgang der abgezeichnet. Das schwache Aufkommen der Steuern vom Umsatz im Dezember und Januar, die auf im Oktober und November entstandene Umsätze erhoben wurden, deutet ebenfalls in diese Richtung. Der Arbeitsmarkt reagierte als nachlaufender Indikator im Wesentlichen erst im 4. Quartal auf die Verringerung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität. insbesondere auf der den Rückgang Investitionstätigkeit. Dies dürfte die privaten Konsumausgaben ebenfalls gedämpft haben.

Die Abnahme der Wirtschaftsleistung im 4. Quartal ist höher als bisher erwartet. Der statistische Unterhang aus dem Jahresverlauf 2008 dürfte daher noch größer sein als bisher Die vorlaufenden angenommen. Indikatoren - wie die stark rückläufigen Auftragseingänge und die schlechte Stimmung in den Unternehmen-lassen erwarten, dass das Bruttoinlandsprodukt auch im 1. Quartal 2009 zurückgehen wird. Zusammengenommen stellt dies eine erhebliche Vorbelastung für die wirtschaftliche Entwicklung im laufenden Jahr

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

#### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

	2008				Veränderung i	n% gegenüber		
Gesamtwirtschaft/	Mrd.€ bzw. Index	\/!	Vorj	periode (saison	ber.)		Vorjahr	
Einkommen	in Mio €	gg.Vorj. %	2. Q.08	3.Q.08	4.Q.08	2. Q.08	3.Q.08	4.Q.08
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	110,1	+1,3	-0,5	-0,5	-2,1	+3,4	+1,4	-1,6
jeweilige Preise	2 492	+2,9	+0,0	-0,3	-1,2	+4,8	+2,8	+0,6
Einkommen <sup>1</sup>								
Volkseinkommen	1 880	+2,9	+0,4	+0,3		+5,1	+2,9	
Arbeitnehmerentgelte	1 226	+3,6	+0,7	+0,6	•	+3,3	+3,6	•
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	655	+1,7	-0,0	-0,1		+8,7	+1,7	•
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 553	+2,6	+0,8	+0,5		+2,8	+2,7	•
Bruttolöhne ugehälter	996	+3,9	+0,8	+0,6	•	+3,7	+3,9	•
Sparen der privaten Haushalte	181	+8,2	-0,2	+1,4		+8,3	+9,6	•
Außenhandel/					Veränderung i	n % gegenüber		
Umsätze/ Produktion/	2008		Vor	periode (saison	ber.)		Vorjahr	
Auftragseingänge	Mrd.€ bzw. Index	gg.Vorj. %	Nov 08	Dez 08	Dreimonats- durchschnitt	Nov 08	Dez 08	Dreimonats- durchschnitt
in jeweiligen Preisen					durchischnice			durchischinic
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd.€) <sup>4</sup>	81	-0,6	-3,5		-1,0	+0,2		+4,4
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	993	+2,8	-10,8	-3,7	-8,4	-12,2	-7,7	-6,1
Waren-Importe	815	+5,8	-5,8	-4,1	-8,9	-1,6	-3,3	-0,0
in konstanten Preisen von 2000								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2000=100) <sup>2</sup>	116,3	+0,0	-3,7	-4,6	-6,8	-6,9	-12,0	-7,5
Industrie <sup>3</sup>	121,4	+0,3	-3,8	-5,3	-7,5	-7,2	-13,1	-8,0
Bauhauptgewerbe	82,6	-0,7	+0,3	+1,4	-0,3	-1,8	-2,8	-2,4
Umsätze im Produzierenden Gewerbe <sup>2</sup>								
Industrie (Index 2000=100) <sup>3</sup>	121,6	+0,0	-4,4	-6,2	-6,4	-7,0	-13,2	-7,8
Inland	107,8	+0,6	-3,7	-4,7	-5,8	-6,1	-10,1	-6,1
Ausland	143,8	-0,7	-5,3	-7,9	-7,1	-8,1	-16,8	-9,8
Auftragseingang (Index 2000=100) <sup>2</sup>								
Industrie <sup>3</sup>	122,7	-6,1	-5,3	-6,9	-15,7	-23,4	-27,7	-22,9
Inland	108,3	-4,2	-7,0	-4,3	-14,0	-20,2	-23,4	-18,5
Ausland	140,7	-7,9	-3,7	-9,4	-17,4	-26,3	-31,7	-26,9
Bauhauptgewerbe <sup>4</sup>	77,6	+4,0	-4,1	•	-4,9	-14,7	•	-12,8
Umsätze im Handel (Index 2003=100)	99,4	-0,7	+0,0	-0,4	-0,9	-5,3	-0,6	-2,6
Einzelhandel (einschl. Kfz. und Tankstellen)	112,4	+3,1	-0,8	-0,4	-0,4	-5,5 -4,5	+6,1	+0,8
Großhandel (ohne Kfz.)	112,4	⊤3,1	-0,8	-0,2	Veränderung in		то, і	+0,6
Arbeitsmarkt	2008		Vori	periode (saison		rsa. gegenaber	Vorjahr	
Aubelesmarke	Personen Mio.	gg.Vorj. %	Nov 08	Dez 08	Jan 09	Nov 08	Dez 08	Jan 09
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	3,27	-13,5	+4	+33	+56	-390	-304	-170
Erwerbstätige, Inland	40,35	+1,5	-3	-10		+427	+353	
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27,46	+2,2	-10			+442		
<u> </u>					Veränderung i	n%gegenüber		
Preisindizes	2008	aa Vari		Vorperiode			Vorjahr	
2000=100	Index	gg.Vorj. %	Nov 08	Dez 08	Jan 09	Nov 08	Dez 08	Jan 09
Importpreise	113,6	+5,1	-3,4	-4,0		-1,3	-5,1	
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	126,3	+6,0	-1,5	-1,0		+5,3	+4,3	
Verbraucherpreise 2005 = 100	106,6	+2,6	-0,5	+0,3	-0,5	+1,4	+1,1	+0,9
ifo-Geschäftsklima				saisonbere	inigte Salden			
gewerbliche Wirtschaft								
	Jun 08	Jul 08	Aug 08	Sep 08	Okt 08	Nov 08	Dez 08	Jan 09
Klima	+1,3	-6,1	-11,4	-15,1	-20,4	-28,7	-35,2	-34,5
Geschäftslage	+12,0	+7,0	+2,3	-4,5	-4,3	-13,8	-25,6	-29,7
Geschäftserwartungen	-8,9	-18,4	-24,1	-25,2	-35,2	-42,4	-44,2	-39,1

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Quartale Rechenstand November 2008.

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt, \, Deutsche \, Bundesbank, \, if o\text{-}Institut.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Ohne Energie.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Spalte 2008: Jahresdurchschnitt 2007.

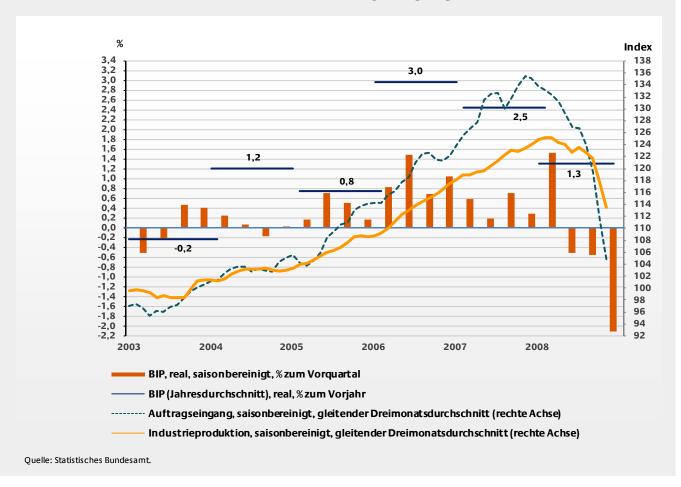
KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Detaillierte Ergebnisse zum Bruttoinlandsprodukt im 4. Quartal lagen bei Redaktionsschluss noch nicht (Veröffentlichung durch das Statistische Bundesamt am 25. Februar 2009). Anhand der Entwicklung monatlichen der Konjunkturindikatoren lassen sich aber Schlüsse auf den Verlauf der einzelnen Aggregate des Bruttoinlandsprodukts ziehen.

Die Exporttätigkeit deutscher Unternehmen wird durch die Abkühlung der Weltkonjunktur sehr stark belastet. Nach dem dramatischen Einbruch der nominalen Warenexporte im November hält die abwärts gerichtete Entwicklungstendenz auch im Dezember an. Im 4. Quartal hat die Exporttätigkeit damit spürbar abgenommen, nachdem sie im

3. Quartal noch stagnierte. Im Vorjahresvergleich war der Rückgang der Ausfuhren im Dezember in den Nicht-Euroraum der Europäischen Union (EU) besonders stark ausgeprägt (-16,6%). Die Ausfuhren in den Euroraum (-10,8%) gaben deutlich ebenfalls nach, während Ausfuhren in Drittländer (+1,1%) zunahmen. Im Jahresdurchschnitt 2008 stieg der Wert der Warenexporte um 2,8% an. Dies war nur noch etwa  $\frac{1}{3}$  der Zunahme aus dem Jahr 2007. Nach Ländergruppen legten Exporte in Drittländer (+6,0%) vergleichsweise deutlich zu und damit etwas mehr als 2007. Ausfuhren in die Länder der EU (+1,1%) stiegen dagegen nur leicht an. 2007 hatte die Zunahme noch betragen. Dies zeigt, dass die konjunkturelle Abschwächung bei den

#### BIP-Wachstum sowie Produktion und Auftragseingang in der Industrie



KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Handelspartnern der EU die deutsche Wirtschaft besonders stark beeinträchtigt. Gegenüber den Ländern außerhalb des Euroraums hat sich zwar durch die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar im 4. Quartal (-12,2%)die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen wieder etwas verbessert. Dies wird aber deutlich überlagert durch den weltweiten Wirtschaftsabschwung. Aussichten für die Exportwirtschaft sind nach erheblich eingetrübt: wie Auslandsnachfrage ist im 4. Quartal stark zurückgegangen. Dabei verzeichneten die Bestellungen für den Maschinen- und Fahrzeugbau ein Minus von mehr als 20%. Die ifo-Exporterwartungen im Januar zeigen an, dass die Unternehmen mit einer anhaltenden Abwärtstendenz ihrer Exporttätigkeit rechnen. Die Verschlechterung Absatzmöglichkeiten und -perspektiven dürfte bei den exportorientierten Unternehmen zu einer geringeren Investitionstätigkeit führen. Somit wirkt sich die außenwirtschaftliche Schwäche auch auf die Binnenkonjunktur aus.

Die nominalen Warenimporte gingen im Dezember deutlich zurück. Im 4. Quartal verringerten sich die Einfuhren spürbar, nachdem sie im 3. Quartal noch angestiegen waren. Für den starken Rückgang der Importe dürften sowohl die Abschwächung der Binnenkonjunktur als auch der Einbruch der Exporte, die importierte Vorleistungen enthalten, verantwortlich sein.

Der abwärts gerichtete Trend der Industrieindikatoren hat sich im 4. Quartal ungebremst fortgesetzt. So wurde angesichts der stark verschlechterten Auftragslage die Industrieproduktion im Dezember erneut gedrosselt. Im 4. Quartal hat sich damit die rückläufige Entwicklung gegenüber dem Vorquartal spürbar beschleunigt. industrielle Erzeugung wurde im 4. Quartal für Gütergruppen (Vorleistungs-, drei Investitions-, Konsumgüter) zurückgefahren. Am kräftigsten war der Rückgang der Vorleistungsgütersowie der

Investitionsgüterproduktion. Beide Bereiche sind von zyklischen Schwankungen besonders stark betroffen. Auch die Umsätze in der sind 4. Quartal Industrie im spürbar zurückgegangen - auf den ausländischen Märkten stärker als im Inland. Im Inland gaben Umsätze Vorleistungsgüter für Investitionsgüter sehr deutlich nach. Der Auslandsumsatz im Euroraum verzeichnete ebenfalls bei diesen Gütergruppen das größte Minus. Die Abnahme von Produktion und Umsatz von Investitionsgütern im 4. Quartal deutet darauf hin, dass deutlich weniger in Ausrüstungen investiert wurde als im 3. Vierteljahr. Die rückläufige Entwicklung von Produktion und Umsatz dürfte anhalten. Dafür spricht zum einen der starke Abwärtstrend der Vorleistungsgüterherstellung, Indikator für die zukünftige Produktion ist. Zum anderen hat sich die Verringerung der Auftragseingänge im 4. Quartal gegenüber der Vorperiode nochmals beschleunigt. So ist das Minus mit 15,7% nahezu viermal höher als im rückläufigen 3. Vierteljahr. Die stark Inlandsbestellungen zeigen, dass die Abkühlung der Weltwirtschaft mittlerweile die deutsche Binnenwirtschaft voll erfasst hat. Im Nachfrage Inland ist die nach Vorleistungsgütern und Investitionsgütern drastisch eingebrochen. Die Verschlechterung der Situation und der Aussichten im Verarbeitenden Gewerbe sowie die-trotz des leichten Anstiegs-schlechte Stimmung in den Unternehmen deuten darauf hin, dass die Rezession anhalten dürfte.

Die Bauwirtschaft wirkte im 4. Quartal eher stabilisierend. So ist die Bauproduktion im 4. Quartal nur leicht zurückgegangen (gegenüber dem Vorquartal). Die rückläufigen Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe (hier lagen bis Redaktionsschluss nur die Daten bis November vor) deuten jedoch auf eine nachlassende Bautätigkeit hin. So nahmen zwar die Aufträge für den Wohnungsbau im Oktober/November gegenüber der Vorperiode zu. Aber im Tiefbau sowie im Hochbau ohne Wohnungsbau verschlechterte sich Auftragslage erheblich.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Der private Konsum ist im 4. Quartal 2008 nicht aus seiner Schwächephase herausgekommen. Dies belegen die Einzelhandelsumsätze, die im Schlussquartal eine rückläufige Entwicklungstendenz aufwiesen. Die deutliche Verringerung des Handels mit Kfz hat den Umsatz zusätzlich belastet. Auch Dezemberergebnis fiel im Einzelhandel schwach aus und hat somit die Hoffnung auf ein besonders gutes Weihnachtsgeschäft nicht bestätigt. Zwar begünstigte die Beruhigung des Preisklimas ab Herbst 2008 die Kaufkraft der Verbraucher. Aber die Unsicherheit über die negativen Auswirkungen der Wirtschaftsund Finanzmarktkrise bremste wahrscheinlich die Kauflust. Die weiteren Aussichten für den Einzelhandel sind uneinheitlich: Einerseits hat die deutliche Abschwächung der Konjunktur mittlerweile den Arbeitsmarkt erreicht. In den kommenden Monaten dürften sich die Arbeitsmarktdaten weiter verschlechtern. Sobald sich der Beschäftigungsabbau auf das Einkommen der verfügbare Haushalte auswirkt, ist mit weiteren Belastungen für den Einzelhandel zu rechnen. Andererseits kam es in den vergangenen Monaten zu einer spürbaren Dämpfung Verbraucherpreisanstiegs. Insbesondere die Preisrückgänge bei Kraftstoffen und Heizöl haben zu deutlichen Kaufkraftentlastungen geführt. Eine Fortsetzung der moderaten Preisentwicklung könnte den Einzelhandel begünstigen. Dafür sprechen auch die leichte Verbesserung des ifo-Geschäftsklimas für den Einzelhandel sowie der **Anstieg** der Anschaffungsneigung (GfK-Konsumklima).

Die rückläufige gesamtwirtschaftliche Aktivität schlägt sich nun immer deutlicher negativ auf dem Arbeitsmarkt nieder. So ist die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl im Januar deutlich angestiegen (+56 000 Personen gegenüber dem Vormonat). Dies ist die stärkste saisonbereinigte Zunahme seit Inkrafttreten der Hartz-IV-Gesetze 2005. Die registrierte Arbeitslosigkeit (nach Ursprungszahlen) ist im Januar im Vergleich zum Vorjahr um 170 000 auf 3,49 Mio. Personen zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote nahm dabei um

0,4 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr auf 8,3% ab (West 6,9%, Ost 13,9%). Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) ist im Dezember um 10000 Personen gegenüber dem Vormonat gesunken. Im Monatsdurchschnitt Januar bis Oktober war noch ein deutlicher Anstieg zu (+38 000 Personen). verzeichnen Im Vorjahresvergleich erhöhte sich die Erwerbstätigenzahl spürbar (+353000)Personen) auf 40,58 Mio. Personen, aber weniger stark als in den Monaten zuvor. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die im Verlauf bis zum September noch angestiegen war. weist nun im November - erstmals seit Januar 2006 - merkliche Verluste auf. Im Vorjahresvergleich war noch eine Zunahme zu verzeichnen, die allerdings wesentlich schwächer ausfiel als zuvor. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Rückgang der Erwerbstätigenzahl dürften sich in Monaten noch kommenden fortsetzen. Besonders betroffen von dieser Entwicklung ist der Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen. Der in der Aufschwungphase Aufbau Arbeitnehmerüberlassungen wird nun wieder spürbar zurückgefahren. Auf die deutliche Verschlechterung der Situation auf dem Arbeitsmarkt in diesem Jahr deutet auch die nachlassende Nachfrage nach Arbeitskräften hin. So signalisiert der BA-X Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit eine gesunkene Einstellungsbereitschaft. Darüber hinaus planen Industrieunternehmen ihr Personal zu reduzieren (ifo-Geschäftsklima Einkaufsmanagerindex). Über die Nutzung von Kurzarbeitergeld wird versucht, zumindest die Fachkräfte in den Unternehmen zu halten. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit dürfte dadurch im Verlauf abgemildert werden.

Der Verbraucherpreisindex (VPI) für Deutschland hat sich im Januar um 0,9% gegenüber dem Vorjahresniveau erhöht. Damit blieb die Teuerung erstmals seit knapp fünf Jahren unter 1%. Im Vergleich zum Vormonat ist das Verbraucherpreisniveau

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

leicht gefallen. Die niedrige Inflationsrate ist rückläufige vor allem auf eine Preisentwicklung bei Mineralölprodukten zurückzuführen (Kraftstoffe: -14,5%, leichtes Heizöl: -18,5%). Preiserhöhungen gab es dagegen bei Gas (+20,0%), Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme (+16,0%) sowie Strom (+5,3%). Nahrungsmittelpreise lagen um 1,1% über dem Vorjahresniveau. Ohne Einrechnung von Mineralölprodukten die Inflationsrate bei 1,8%. Kerninflation (Teuerungsrate ohne Energie und Nahrungsmittelpreise) liegt mit 1,2% gegenüber dem Vorjahr so hoch wie im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre. Die Rückbildung der Jahresteuerungsrate seit ihrem Höchststand im Juli 2008 (+3,3% gegenüber dem Vorjahr) ist vor allem auf die rückläufige Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohöl zurückzuführen. Die Nachfrage nach diesem Rohstoff hat durch die weltweite Abkühlung der Koniunktur spürbar nachgelassen. Die moderate Preisentwicklung dürfte sich in den nächsten Monaten fortsetzen. Dafür sprechen die anhaltende Schwäche der Weltwirtschaft sowie die deutliche Rückbildung des Preisniveauanstiegs vorgelagerten Handelsstufen. auf den Deflationäre Tendenzen sind jedoch nicht zu erkennen. Insgesamt begünstigt die Abflachung der Inflationsrate die Kaufkraft der Verbraucher. Davon dürfte der private Konsum in diesem Jahr profitieren.

Der Preisniveauanstieg der Erzeugerpreise im Dezember wird nach wie vor von den Energieprodukten geprägt. Die Erzeugerpreise für Erdgas erhöhten sich rapide (+41,1%). Der Anstieg macht allein mehr als drei Viertel der gesamten Jahresteuerungsrate aus. Die Strompreise stiegen um 6,3%. Die Preise für Mineralölprodukte lagen dagegen um 19,5% unter dem Vorjahresniveau. Ohne Berücksichtigung von Energieerzeugnissen

stiegen die Erzeugerpreise im Vorjahresvergleich um 1.5%. Im **Jahresdurchschnitt** 2008 hat der Erzeugerpreisindex um 6,0% gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Dies ist die höchste Teuerungsrate seit 1981. Die Preissteigerung für Energie lag bei 15,4%. Preise für Erdgas stiegen April stark ab an, Preise Mineralölerzeugnisse nahmen bis Juli zu und entwickelten sich danach bis zum Jahresende von rückläufig. Ohne Berücksichtigung Energieerzeugnissen erhöhte das sich Erzeugerpreisniveau im Vorjahresvergleich um 2,8%.

Der Importpreisindex lag im Dezember deutlich unter seinem Vorjahresniveau. Dies war der höchste Rückgang gegenüber dem Vorjahresmonat seit November 2001 (-5,2%). Die Verringerung des Importpreisniveaus ist insbesondere auf deutlich rückläufige Importpreise für Erdöl und Mineralölerzeugnisse zurückzuführen. Ohne Einrechnung dieser Produkte erhöhte sich das Importpreisniveau um 1,4% im Vergleich zum Vorjahr. Allerdings verteuerten sich Importe von Erdgas (+46,0%) und Steinkohle (+37,3%) Vorjahresvergleich erheblich. Im **Jahresdurchschnitt** 2008 der stieg Importpreisindex um 5,2% gegenüber dem Vorjahr an (2007: +1,2%). Innerhalb des Jahres gab es stark gegenläufige Tendenzen: Bis Juli stiegen die Importpreise kräftig an bis zum Höhepunkt von +9,3%. Ab August begann sich die Zuwachsrate zurückzubilden. Diese Trends waren auf die Entwicklung der Preise für Rohöl und Mineralölerzeugnisse zurückzuführen, die im Jahresdurchschnitt maßgeblich zu dem hohen Anstieg der Importpreise insgesamt beitrugen. Ohne Erdöl und Mineralölerzeugnisse lag der Einfuhrpreisindex 2,6% dem um über Vorjahresstand.

ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS DEZEMBER 2008

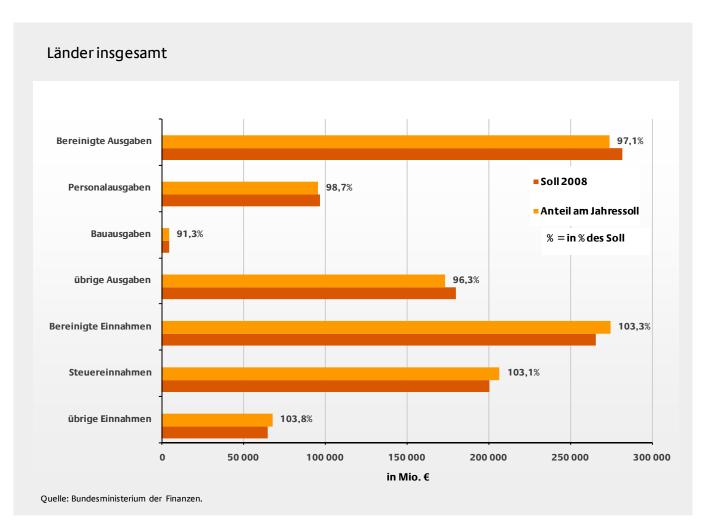
## Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2008

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich Dezember 2008 vor.

Die positive Entwicklung der Länderhaushalte im Verlauf des Jahres 2008 hat sich nach den vorläufigen Abschlussdaten im Dezember deutlich abgeschwächt. Der Finanzierungssaldo betrug am Ende des Berichtszeitraums +0,7 Mrd. € für die Länder insgesamt und fiel um rd. 2,2 Mrd. € geringer aus als der Vorjahreswert. Die Haushaltsansätze sehen dagegen ein Defizit von rd.-16,3 Mrd. € vor. Die Ausgaben der

Länder stiegen bis Ende Dezember 2008 im Vergleich zum Vorjahr um +3,7% auf 273,9 Mrd. €, lagen jedoch rd. 8,3 Mrd. € unter den Planungen. Die Einnahmen erhöhten sich im gleichen Zeitraum um +2,8% auf rd. 274,6 Mrd. € und übertrafen die Planungen um rd. 8,8 Mrd. €. Die Steuereinnahmen beliefen sich auf 206,8 Mrd. € (+4,5%).

In den westdeutschen Flächenländern stiegen die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr um +4,6% auf rd.193,4 Mrd. €, lagen aber rd.7,8 Mrd. € unter den Planungen. Insbesondere aufgrund der hohen Steuereinnahmen (+4,2%) erhöhten sich die



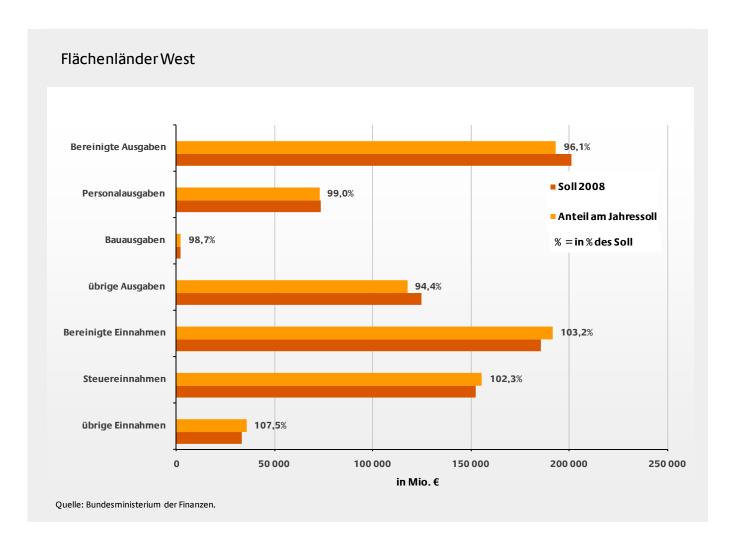
ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS DEZEMBER 2008

Gesamteinnahmen im gleichen Zeitraum um +3.3% rd. 191,8 Mrd. € und rd. 6.0 Mrd. € über den Ansätzen. Die Personalausgaben nahmen um +1,3% und die Bauausgaben um +10.7% Z11. Das Finanzierungsdefizit der Flächenländer West in Höhe von rd. - 1,7 Mrd. € unterschritt deutlich den Planwert von rd. - 15,4 Mrd. €.

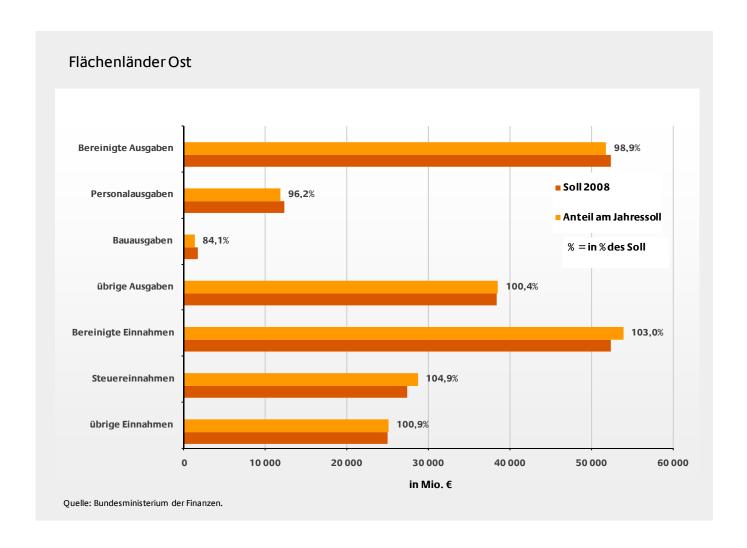
In den Flächenländern Ost erhöhten sich die Ausgaben um +1,7%, während sich die Gesamteinnahmen um -0,2% verringerten. Die Steuereinnahmen stiegen um +3,2% an, dagegen sanken die Personalausgaben um -2,6% und die Bauausgaben um -10,5%. Die Flächenländer Ost insgesamt erzielten einen

Finanzierungsüberschuss von rd. + 2,1 Mrd. € im Vergleich zum Soll von rd. - 15 Mio. €.

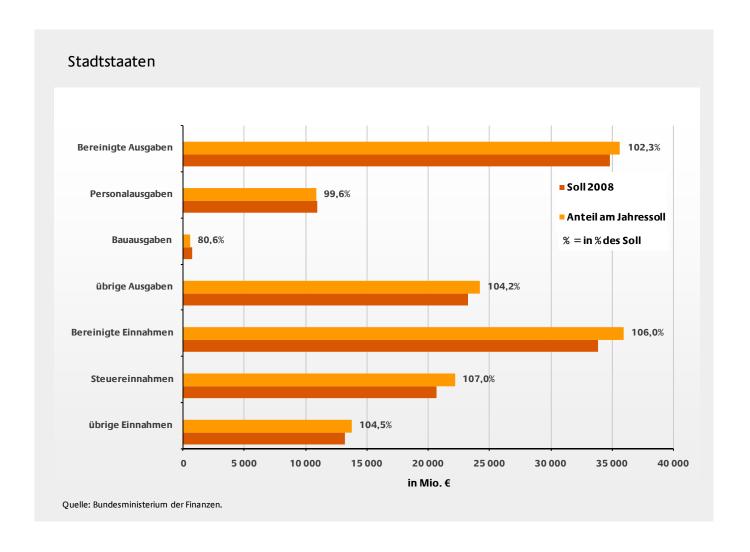
Die Ausgaben der Stadtstaaten stiegen bis einschließlich Dezember 2008 im Vergleich zum Vorjahr um +2,5% auf rd. 35,7 Mrd. € und über lagen rd. 0.8 Mrd. € den Haushaltsansätzen. Die Personalausgaben erhöhten sich im Berichtszeitraum um +1,7% und die Bauausgaben nahmen deutlich um +20,3% zu. Die Gesamteinnahmen stiegen um +6,2% und die Steuereinnahmen nahmen deutlich um +7,7% zu. Insgesamt erzielten die Stadtstaaten einen Finanzierungsüberschuss von rd. 0,3 Mrd. € und verbesserten sich damit im Vergleich zu den Planansätzen 2008 (-1,0 Mrd. €) deutlich.



ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS DEZEMBER 2008



ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS DEZEMBER 2008



EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

## Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

#### Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 10. Februar 2009 in Brüssel

#### Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates (19. bis 20. März 2009)

a) EuropäischesKonjunkturprogramm

#### Implementierung der nationalen Konjunkturprogramme

Die Europäische Kommission (KOM) gab einen Überblick über die Beurteilung der von den Mitgliedstaaten im Rahmen des europäischen Konjunkturpakets ergriffenen nationalen Maßnahmen. Die fiskalische Unterstützung im **Jahr** 2009 sei mit rund1% Bruttoinlandsproduktes (BIP) substanziell. Zusammen mit den ebenfalls substanziellen automatischen Stabilisatoren ergebe sich für 2009/2010 in der EU ein Impuls von 3% bis 4% des BIP. Im Volumen würden sich die jeweiligen nationalen Impulse - je nach Handlungsspielraum Mitgliedstaaten - deutlich unterscheiden. Um die Wirksamkeit des fiskalischen Impulses zu sichern, müsse die Funktionsfähigkeit der dringend wiederhergestellt Kreditmärkte werden. Der Vorsitzende des Wirtschafts- und Finanzausschusses, Xavier Musca betonte darüber hinaus die Bedeutung des Stabilitätsund Wachstumspakts; die Mitgliedstaaten müssten bald einer fiskalischen mit Konsolidierung beginnen, gerade auch im Hinblick auf den Druck der Finanzmärkte. Bei der Ausformulierung des Eckpunktepapiers (siehe b) für den Europäischen Rat solle nun die Präsidentschaft die vorgenannten Punkte berücksichtigen.

#### Finanzielle Aspekte der Vorschläge zu Energieinfrastruktur- und Breitbandprojekten

Die Minister diskutierten über Maßnahmen des europäischen Konjunkturprogramms, die auf Gemeinschaftsebene ergriffen werden sollen. Von den hierfür von der KOM vorgeschlagenen 30 Mrd. € sind 25 Mrd. € für Kredite der Europäischen Investitionsbank und das Vorziehen von Strukturfondsmitteln schon vor der Ratssitzung unstrittig. Strittig sind die Energie- und Breitbandprojekte, für die die KOM Kosten in Höhe von 5 Mrd. € veranschlagt hat. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück äußerte erhebliche Zweifel, ob durch die EU-Projekte angesichts des Volumens und der späten Auszahlungen ein sinnvoller konjunktureller Impuls erreicht werde. Er lehnte eine Änderung der Finanziellen Vorausschau und eine Aufstockung des EU-Haushalts entschieden ab. Diese Haltung wurde von einer Reihe von Mitgliedstaaten unterstützt. Andere Mitgliedstaaten zeigten sich offen gegenüber den KOM-Vorschlägen, kritisierten iedoch deren geografische Unausgewogenheit beziehungsweise forderten eine stärkere Fokussierung auf die Energiesicherheit. Präsidentschaft Die kündigte an, die Ergebnisse dieser ECOFIN-Diskussion mit den Vorsitzenden des Rates für Allgemeine Angelegenheiten beziehungsweise des Europäischen Rates weiter zu erörtern.

 b) Entwurf eines Beitrags zu den Schlussfolgerungen der Frühjahrstagung des Europäischen Rates: Eckpunktepapier

Der ECOFIN-Rat billigte einstimmig und ohne weitere Aussprache den vorliegenden Entwurf zu Inhalt und Gliederung des ECOFIN-

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Eckpunktepapiers für die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates im März 2009. Die Präsidentschaft kündigte an, dass der ECOFIN-Rat das endgültige Dokument in seiner Sitzung am 10. März 2009 diskutieren werde.

Der ECOFIN-Rat (und andere Ratsformationen) erarbeitet jährlich für den Frühjahrsgipfel ein sogenanntes Eckpunktepapier. Der Entwurf für das Eckpunktepapier sieht Ausführungen zum europäischen Konjunkturpaket, zur Finanzmarktstabilität, zu Strukturreformen, zum Stabilitäts- und Wachstumspakt und zur Wirtschafts- und Währungsunion vor.

#### c) Ermäßigte Mehrwertsteuersätze

Nach dem grundsätzlichen Beschluss des Europäischen reduzierte Rates. Mehrwertsteuersätze in bestimmten Sektoren in Mitgliedstaaten zuzulassen, sind die Details hierzu bislang weiter offen. Um den Auftrag des Europäischen Rates zu erfüllen, wollen die Minister eine Lösung auf dem folgenden ECOFIN-Rat am 10. März 2009 finden. Die Präsidentschaft plädierte für eine Beschränkung der Diskussion auf eine begrenzte Liste von arbeitsintensiven Dienstleistungen und erhielt hierfür die Unterstützung einer Reihe von Mitgliedstaaten. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück und vier andere Mitgliedstaaten plädierten erneut für eine umfassende, abschließende Behandlung Themas - einschließlich der verbindlichen Festlegung von Bereichen, in denen keine ermäßigten Sätze infrage kommen-und unterstrichen, dass ein Kompromiss nur im beiderseitigen Nachgebens des gefunden werden könne; bislang sei nicht erkennbar, was die an einer weiteren Ausdehnung des Anwendungsbereichs ermäßigter Mehrwertsteuersätze interessierten Mitgliedstaaten zu geben bereit seien.

#### Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union - Verfahren zur Entlastung der Kommission für das Haushaltsjahr 2007

Der ECOFIN-Rat verabschiedete die Empfehlung an das Europäische Parlament zur Entlastung der Kommission für die Ausführung des Haushaltsplans 2007 mit qualifizierter Mehrheit bei Gegenstimme aus den Niederlanden.

#### Sonstiges: Wertpapier-Leerverkäufe

Der niederländische Finanzminister sprach die Problematik der Aktienleerverkäufe an. Nach seiner Meinung bestehen hierzu in den Mitgliedstaaten unterschiedliche staatliche Auflagen. Er warb daher für eine Vereinheitlichung. **EU-Kommissar** Charlie McCreevy kündigte einen Bericht über die nationalen Bestimmungen zu Leerverkäufen an. Die Kommission kündigte außerdem an, in Kürze eine Mitteilung über Bonuszahlungen an Manager zu veröffentlichen.

# Überwachung der Umsetzung der nationalen Finanzrettungspakete

Beim informellen ECOFIN-Frühstück sprachen die Minister auch über weitere, die bisherigen Maßnahmen ergänzende Schritte zur Stabilisierung der Finanzmärkte. Im Vordergrund stand der Umgang mit sogenannten notleidenden Vermögenswerten der Banken. Die Minister verständigten sich in einer schriftlichen und am selben Tag veröffentlichten Erklärung darauf, dass auch hier gemeinsam und koordiniert und im Einklang mit den im vergangenen Oktober beschlossenen Grundsätzen vorgegangen werden solle. Um die Wettbewerbsgleichheit auf dem Europäischen Binnenmarkt zu wahren, müsse dazu insbesondere schlüssiger Ansatz für die Bewertung notleidender Bankaktiva gefunden werden. Die Kommission, die Europäische Zentralbank und die Mitgliedstaaten werden in den kommenden Wochen zügig daran weiterarbeiten.

TERMINE, PUBLIKATIONEN

# Termine, Publikationen

#### Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

9./10. März 2009	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
14. März 2009	G20-Finanzminister-Treffen in London
19./20. März 2009	Europäischer Rat in Brüssel
1./2. April 2009	Weltfinanzgipfel in London
3./4. April 2009	Informeller ECOFIN in Prag
24. April 2009	G7-Treffen in Washington
25./26. April 2009	Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washington

#### Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2010

12. bis 14. Mai 2009	Steuerschätzung
bis 12. Juni 2009	Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
22. Juni 2009	Zuleitung an Kabinett
24. Juni 2009	Kabinettsbeschluss
8. Juli 2009	Finanzplanungsrat
7. August 2009	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat

# Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Veröf	öffentlichungszeitpunkt
	20. März 2009
	23. April 2009
	20. Mai 2009
	22. Juni 2009
	20. Juli 2009
	20. August 2009
	21. September 2009
	22. Oktober 2009
	20. November 2009
	21. Dezember 2009

TERMINE, PUBLIKATIONEN

#### Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen Referat Bürgerangelegenheiten Wilhelmstraße 97 10117 Berlin buergerreferat@bmf.bund.de www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice: Telefon: 01805 / 77 80 90<sup>1</sup> Telefax: 01805 / 77 80 94<sup>1</sup>

Internet: http://www.bundesfinanzministerium.de http://www.bmf.bund.de

 $<sup>^{1} \ \, \</sup>text{Jeweils 0,12} \\ \in \text{/Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.}$ 

Konjunkturgerechte Wachstumspolitik	34
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 4. Quartal 2008 und im Jahr 2008	50
Stellungnahme zu den Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland	54
Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2008	
Fiskalpolitischer Handlungsbedarf zur Konjunkturstärkung	63

KONJUNKTURGERECHTE WACHSTUMSPOLITIK

# Konjunkturgerechte Wachstumspolitik

# Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2009

1	Vorbemerkung	.34
	Wirtschaftliche Entwicklung	
	Den weltwirtschaftlichen Herausforderungen begegnen	
	Finanz- und Steuerpolitik	
	Finanzpolitik	
	Steuerpolitik	
	Anpassung der Rahmenbedingungen auf den Finanzmärkten	
	Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft stärken	

- Die globale Wirtschaftskrise stellt die Wirtschaftspolitik in Deutschland vor große, neuartige Herausforderungen.
- Konsolidierungserfolge der vergangenen Jahre geben fiskalischen Freiraum für eine konjunkturgerechte Wachstumspolitik.
- Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland zur Sicherung der Arbeitsplätze, Stärkung der Wachstumskräfte und Modernisierung des Landes.
- Nachhaltige Finanzpolitik: Sicherung des Konsolidierungskurses durch neue Schuldenregel.
- Nationale und internationale Rahmenbedingungen für stabile und transparente Finanzmärkte dauerhaft verbessern.

## 1 Vorbemerkung

Das Bundeskabinett hat am 21. Januar 2009 den diesjährigen Jahreswirtschaftsbericht (JWB) der Bundesregierung beschlossen. Der JWB ist gemäß §2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) alljährlich von der Bundesregierung dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat vorzulegen. Mit dem JWB erläutert die Bundesregierung ihre Wirtschafts-Finanzpolitik und stellt gesamtwirtschaftliche Orientierungsdaten für 2009 zur Verfügung. Gleichzeitig nimmt sie zum aktuellen Jahresgutachten (JG) des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Stellung. Im Folgenden sind wesentliche Aussagen des

Berichts – mit Schwerpunkt auf den finanzpolitischen Maßnahmen – zusammengefasst dargestellt. Wesentliche aktuelle Entwicklungen werden zusätzlich berücksichtigt.

## 2 Wirtschaftliche Entwicklung

Das Jahr 2008 markiert das Ende eines lange anhaltenden Aufschwungs der Weltwirtschaft. Nach einem guten 1. Quartal 2008 machten sich die Folgen der schwächeren Weltwirtschaft und der Finanzmarktkrise auch in der deutschen Wirtschaft bemerkbar. Die kurzfristigen Wachstumsperspektiven haben sich drastisch verschlechtert. Wie kaum ein anderes Industrieland ist Deutschland in die internationale Wirtschaft integriert. Negative Rückwirkungen der weltweiten Rezession und

KONJUNKTURGERECHTE WACHSTUMSPOLITIK

der internationalen Finanzmarktkrise treffen Deutschland deshalb in besonderem Maß. Der private Konsum kann die Entwicklung zwar stabilisieren, den dämpfenden Einfluss der Weltwirtschaft aber nicht völlig kompensieren. Gesamtjahr 2009 erwartet die Bundesregierung unter Berücksichtigung der der von Bundesregierung getroffenen Maßnahmen zur Stabilisierung Wachstumsstärkung einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von preisbereinigt 21/4% (siehe Tabelle 1).

## 3 Den weltwirtschaftlichen Herausforderungen begegnen

## Widerstandsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gestiegen

Deutschland ist aufgrund der Erfolge der vergangenen Jahre, die nicht zuletzt das Ergebnis struktureller Reformen sind, für diese schwierigen Zeiten gut gerüstet: Die Zahl der arbeitslosen Menschen ist auf dem niedrigsten Stand seit 1992. Die Arbeitsmärkte sind anpassungsfähiger und flexibler geworden. Die Unternehmen haben ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöht und ihre

Bilanzen solide finanziert. Ein ausgeglichener öffentlicher Gesamthaushalt gibt der öffentlichen Hand Spielräume, um mit einer konjunkturgerechten Wachstumspolitik auf die Eintrübung der Weltwirtschaft zu reagieren. Der globale Abschwung trifft damit auf eine widerstandsfähigere deutsche Volkswirtschaft, als dies im Abschwung 2001 der Fall war.

Wie auch der Sachverständigenrat feststellt, hat die Finanzpolitik in den vergangenen große Fortschritte bei Konsolidierung gemacht (JGTz302). Im Jahr 2004 hatte das staatliche Defizit noch bei 3.8% Relation zum Bruttoinlandsprodukt gelegen (siehe Abbildung 1). 2008 Im Jahr war der Staatshaushalt ausgeglichen. nahezu Allerdings wies der Bund noch ein Defizit auf. Auch die Länder schlossen leicht negativ ab. Dem standen allerdings erneut deutliche Überschüsse von Gemeinden und Sozialversicherungen Die gegenüber. fiskalische Disziplin der vergangenen drei Jahre ermöglicht es nun, die Haushalte im Sinne einer konjunkturgerechten Finanzpolitik lassen. Die sogenannten atmen automatischen Stabilisatoren können damit voll wirken. Insofern ist auch hier die

Tabelle 1: Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland '

	2007	2008	Jahresprojektion 2009
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
Bruttoinlandprodukt (preisbereinigt)	2,5	1,3	-2 1/4
Erwerbstätige (im Inland)	1,7	1,5	-0,7
Arbeitslosenquote in % (Abgrenzung der BA) <sup>2</sup>	9,0	7,8	8,4
Verwendung des BIP (preisbereinigt)			
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	-0,4	0,0	0,8
Ausrüstungen	6,9	5,3	-11,9
Bauten	1,8	2,8	-0,3
Inlandsnachfrage	1,1	1,6	-0,1
Exporte	7,5	3,9	-8,9
Importe	5,0	5,1	-5,0
Außenbeitrag (BIP-Wachstumsbeitrag) <sup>3</sup>	1,4	-0,3	-2,2
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (nominal)	1,6	2,3	2,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 2008 vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand: 14. Januar 2009.

Bezogen auf alle Erwerbspersonen.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Beitrag zur Zuwachsrate des BIP.

KONJUNKTURGERECHTE WACHSTUMSPOLITIK

Ausgangslage deutlich besser als am Ende des letzten Aufschwungs. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland ist deshalb heute in der Lage, dem Vertrauensverlust auf den Finanzmärkten und dem konjunkturellen Abschwung wirkungsvoll entgegenzutreten.

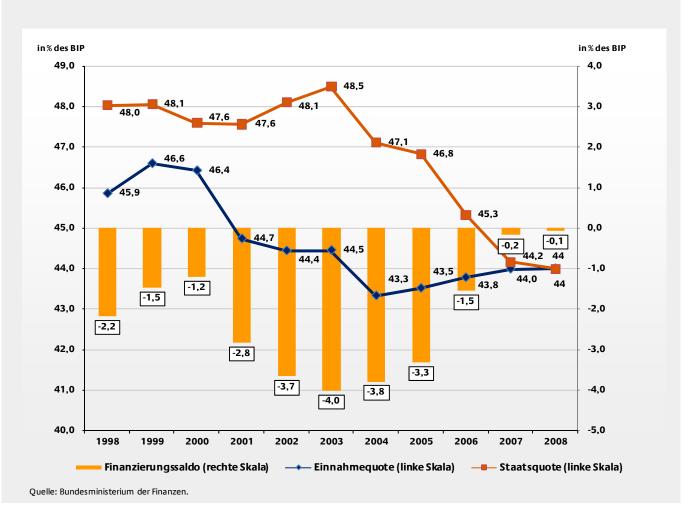
#### Finanzmärkte stabilisieren

Die globale Wirtschaftskrise stellt die Wirtschaftspolitik in Deutschland vor eine große, neuartige Herausforderung. Wichtig ist es, die Ursachen richtig zu erkennen und zu wissen, auf welche Stärken Deutschland sich verlassen kann. Die Politik hat gezeigt, dass sie schnell handelt, wenn es sein muss, sogar in kürzester Zeit. Die Bundesregierung nimmt

ihre Verantwortung für Deutschland entschlossen wahr. Gemeinsam mit Ländern und Kommunen hat sie in einem finanziellen Kraftakt ein Impulspaket auf den Weg gebracht, wie es so konzentriert und koordiniert noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik geschehen ist. Wichtig ist, dass die Maßnahmen früh greifen, um Vertrauen wiederherzustellen, den Abschwung in seiner sich selbst verstärkenden Dynamik zu bremsen, strukturelle Verkrustungen zu verhindern und Arbeitsplatzverluste zu vermeiden.

Um die Spareinlagen der Bürger und die Kreditversorgung der Unternehmen zu sichern sowie das Vertrauen in die Stabilität des Finanzsystems wiederherzustellen, waren

Abbildung 1: Deutschlands Weg zu einem ausgeglichenen Staatshaushalt



KONJUNKTURGERECHTE WACHSTUMSPOLITIK

Regierungen und Zentralbanken weltweit zu Interventionen gezwungen. Anfang Oktober 2008 verständigten sich EU und G7 auf die grundlegenden Prinzipien und Instrumente, die von den einzelnen Staaten unter Berücksichtigung nationaler Besonderheiten ergriffen werden sollten.

Am 13. Oktober 2008 hat die Bundesregierung ein in das internationale Vorgehen eng eingebettetes, umfassendes Rettungsprogramm für das deutsche Finanzsystem beschlossen. **Bereits** am 18. Oktober 2008 ist das Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FMStG) in Kraft getreten, das der Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft und der Absicherung der Sparer und Anleger dient. Das Gesetz umfasst ein Bündel von Maßnahmen, die das Vertrauen in das Finanzsystem wiederherstellen und den Geschäftsverkehr zwischen den Finanzinstitutionen wieder in geordnete Bahnen lenken sollen. Sie sind so ausgestaltet, dass daraus resultierende mögliche Belastungen für die Steuerzahler möglichst gering ausfallen.

#### Wirtschaft kurzfristig stärken

Um einem Übergreifen der Finanzmarktkrise und der internationalen Konjunkturabschwächung auf die gesamte Wirtschaft so weit wie möglich entgegenzuwirken, hat die Bundesregierung eine Reihe von Maßnahmen beschlossen. Mit ihrer konjunkturgerechten Wachstumspolitik verbindet sie im Sinne der Ausführungen des Sachverständigenrates .das wachstumspolitisch Richtige mit dem konjunkturpolitisch Erforderlichen" (JG Tz 441). Bei diesem Konzept geht es gleichzeitig darum, die Krise kurzfristig zu meistern und die für die Perspektiven wirtschaftliche Entwicklung langfristig zu verbessern (Kasten 1). Deutschland soll aus der Krise stärker herauskommen, als es hineingeht. Im Mittelpunkt stehen der Erhalt der Arbeitsplätze und die Investitionsfähigkeit der Betriebe. Die Maßnahmen erhöhen die Investitionen in Zukunftsbereiche, vor allem in die Bildung. Sie fördern die Qualifizierung der Arbeitnehmer noch stärker und entlasten nachhaltig Privathaushalte und Betriebe.

#### Kasten 1: Konjunkturgerechte Wachstumspolitik

Länger anhaltende Konjunkturkrisen, die auf massive internationale Nachfrageausfälle und Vertrauensverluste mit der Gefahr der Selbstverstärkung zurückgehen, können Wachstumsund Beschäftigungspotenziale auf Dauer zerstören. In solchen Situationen ist die Politik
gefordert, stabilisierend gegenzusteuern. Maßnahmen, die dazu ergriffen werden, müssen auf
die Krisenursache abzielen und mit der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage vor allem auch das
Zukunftsvertrauen von Wirtschaft und Bürgern stärken. Sie müssen kurzfristig umsetzbar und
rasch wirksam sein, um eine selbstgetriebene Abwärtsspirale zu vermeiden.

Vertrauen lässt sich nur mit Maßnahmen stabilisieren, die sich in ein glaubwürdiges, konsistentes und nachhaltiges Wachstumskonzept einordnen. Temporäre Maßnahmen müssen Brücken zu längerfristigem Wachstum bauen. Nur so entstehen positive Erwartungen und damit die Bereitschaft, höhere Einkommen auch tatsächlich zu verausgaben und neue Investitionschancen zu nutzen. Der positive Erwartungseffekt ist das Schwungrad, das über den unmittelbaren fiskalischen Impuls hinaus Wachstum entstehen lässt.

Solche Entlastungsmaßnahmen können durch den Staat "vorfinanziert" werden – solange die Finanzierung in eine überzeugende Konsolidierungsstrategie eingebettet ist. Der verfassungsrechtlichen Verankerung einer neuen Schuldenregel, wie sie die Bundesregierung anstrebt, kommt deshalb ein erheblicher vertrauensbildender – und deshalb wachstumsstärkender – Effekt zu. Um kurzfristige Strohfeuer-Effekte zu Lasten künftiger Generationen zu vermeiden und stattdessen auf Dauer das Wachstumspotenzial zu erhöhen, ist es sinnvoll, die Maßnahmen vorzuziehen, die ohnehin wachstumspolitisch langfristig wirken.

KONJUNKTURGERECHTE WACHSTUMSPOLITIK

Dazu gehören insbesondere rasch umsetzbare Infrastrukturmaßnahmen sowie nachhaltige Entlastungen von privaten Haushalten. Eine solche konjunkturgerechte Wachstumspolitik der Bundesregierung befürwortet ausdrücklich auch der Sachverständigenrat (JG Tz 22).

Bereits im Jahr 2008 hat die Bundesregierung Unternehmen und private Haushalte nachhaltig entlastet. Allein die Unternehmensteuerreform 2008 führt zu einer Steuererleichterung von jeweils 7 Mrd. € in den Jahren 2009 und 2010. Mit dem "Maßnahmenpaket Senkung der zur steuerlichen Belastung, Stabilisierung der Sozialversicherungsabgaben für Investitionen in Familien" vom 7. Oktober 2008 entlastet die Bundesregierung Bürger und Unternehmen im Jahr 2009 um mehr als 6 Mrd. € und ab 2010 um jährlich fast 14 Mrd. €.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung mit dem 15-Punkte-Programm "Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung" vom 5. November 2008 die zunehmende Eintrübung wirtschaftlichen Aussichten reagiert, um eine möglichst rasche Überwindung der Konjunkturschwäche und die Sicherung von Arbeitsplätzen zu ermöglichen. Die den Maßnahmen sind entsprechend Forderungen des Sachverständigenrates (JGTz420) im Sinne einer konjunkturgerechten, auf nachhaltiges Wachstum ausgerichteten Wirtschaftspolitik konzipiert, also langfristig sinnvoll, kurzfristig umsetzbar und zielgenau (vgl. Monatsbericht BMF 11/2008).

Zum Ende des vergangenen Jahres hat sich abgezeichnet, dass Ablauf und Ausmaß der Krise tiefer greifen als ursprünglich erwartet. In dieser Situation ist die Politik ganz besonders gefordert, Orientierung zu geben und ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Es gilt, in einer großen Kraftanstrengung die vorbereitenden Initiativen aller staatlichen Ebenen zusammenzuführen und gebündelten Konjunkturimpuls mit großer Dynamik umzusetzen. Ziel ist es gleichermaßen, Arbeitsplätze zu sichern, Wachstumskräfte zu stärken und das Land zu

modernisieren. Dabei sind Bund, Länder und Kommunen gefordert, gemeinsam die wichtigsten Ressourcen für eine gute Entwicklung, Vertrauen und Zuversicht zu beleben.

Mit dem "Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland" hat die Bundesregierung in fünf zentralen Bereichen entsprechende Maßnahmen ergriffen. Der Pakt enthält für die Jahre 2009 und 2010 neue Maßnahmen in einem Gesamtumfang von rund 50 Mrd.€. den Zusammen mit Maßnahmen Konjunkturstabilisierung im Herbst 2008 hat die Bundesregierung gesamtstaatlich einen fiskalischen Impuls von rund 80 Mrd. € gesetzt. Einen weiteren konjunkturellen Impuls bringt **Urteils** die Umsetzung des des Bundesverfassungsgerichts Pendlerpauschale, die in den Jahren 2009 und 2010 zu Mindereinnahmen von rund 8 ½ Mrd. €

Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland zur Sicherung der Arbeitsplätze, Stärkung der Wachstumskräfte und Modernisierung des Landes

Im Mittelpunkt des "Paktes für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland" steht eine Bildungs- und Qualifizierungsoffensive, weil die Kreativität der Menschen Deutschlands wichtigste Produktivkraft ist. Hinzu kommen zusätzliche Impulse für Klimaschutz und Energieeffizienz. Bund. Länder Kommunen fördern in den Jahren 2009 und 2010 Investitionen in die Bildung und eine leistungsfähige Infrastruktur, die den Standort langfristig moderner und leistungsfähiger machen. Die ausgewählten Investitionen sind schnell umsetzbar, erzielen eine wirtschaftliche Wirkung und vermeiden unfinanzierbare Folgelasten.

KONJUNKTURGERECHTE WACHSTUMSPOLITIK

#### Zukunftsinvestitionen der öffentlichen Hand

Für die Zukunftsinvestitionen der öffentlichen Hand stellt die Bundesregierung mit dem Investitions- und Tilgungsfonds u. a. insgesamt rund 14 Mrd. € in den Jahren 2009 und 2010 zusätzlich für die Bildungs- und sonstige Infrastruktur bereit. Davon werden 4 Mrd. € für zusätzliche Bundesinvestitionen und 10 Mrd. € als Finanzhilfen für zusätzliche Investitionen der Kommunen und der Länder eingesetzt. Die Länder und Gemeinden übernehmen zusätzlich einen Kofinanzierungsanteil von 25%, sodass für Investitionen in Kommunen und Ländern insgesamt 13,3 Mrd.€ zur Verfügung stehen. Die Mittel können bis zum Jahr 2011 zur Ausfinanzierung begonnener Maßnahmen verwendet werden.

Im Bildungsbereich werden 65% der Mittel, also 8,6 Mrd. €, u. a. für Investitionen in die energetische Sanierung von Schulen und Hochschulen, in Kindertagesstätten sowie in Forschung eingesetzt. Die übrigen 4,6 Mrd. € können für die Modernisierung der Infrastruktur eingesetzt werden, u. a. für Krankenhäuser, Städtebau, ländliche Infrastruktur und Lärmschutzmaßnahmen an kommunalen Straßen.

Die Länder können schnell und entsprechend den Problemlagen vor Ort investieren und über Investitionsvorhaben eigenverantwortlich entscheiden. Sie haben ihre Unterstützung zugesagt, damit 70% der Finanzhilfen in den Kommunen investiert werden. Sie werden außerdem dafür Sorge tragen, dass die Mittel auch in den finanzschwachen Kommunen ankommen.

Zusätzlich sollen die Vergabeverfahren zur beschleunigten Umsetzung von Investitionen vereinfacht werden. Dazu werden für Vergaben des Bundes befristet auf zwei Jahre Schwellenwerte festgelegt, unterhalb derer die Vergabestellen ohne Nachweis eines Ausnahmetatbestandes Beschränkte Ausschreibungen und Freihändige Vergaben durchführen können. Der entsprechende

Schwellenwert beträgt für die Beschränkte Ausschreibung von Bauleistungen 1 Mio. €, für die Freihändige Vergabe von Bauleistungen sowie die Freihändige Vergabe und Beschränkte Ausschreibung von Liefer- und Dienstleistungen 100 000 €. Die Länder sind aufgefordert, entsprechend zu verfahren.

#### Kredit- und Bürgschaftsprogramm; Förderung von Investitionen, Innovation und Nachfrage in der Wirtschaft

In der Krise geht es ganz wesentlich darum, die Substanz der deutschen Volkswirtschaft zu schützen. Aber auch in der Krise können die Weichen so gestellt werden, dass sich die Substanz verbessert. Ziel ist auch, dass keine gesunden, wettbewerbsfähigen Betriebe, die häufig ausgezeichneten mit Weltmarktpotenzialen ausgestattet wegen der Verwerfungen im Bankensektor verloren gehen. Ganz entscheidend für die mittelfristigen Perspektiven ist es, dass die Betriebe ihre Forschungsietzt Innovationsanstrengungen auf hohem Niveau fortsetzen, um nicht im globalen Wettbewerb ihre hervorragenden Ausgangspositionen zu verlieren. Dazu erhalten sie zusätzliche Hilfen.

#### Kredit- und Bürgschaftsprogramm

Um die Kreditversorgung der Wirtschaft in Ergänzung des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes weiter zu sichern, werden neue Maßnahmen ergriffen und das bestehende Instrumentarium für eine sichere Kreditversorgung der Unternehmen wird erweitert.

- Dazu werden die Bedingungen des mittelstandsorientierten KfW-Sonderprogramms 2009 flexibilisiert, um eine zieladäquate Inanspruchnahme sicherzustellen. Hiermit wird zum Beispiel die Finanzierung von Projekten und von Betriebsmitteln verbessert.
- Darüber hinaus wird analog zum KfW-Sonderprogramm 2009 ein

KONJUNKTURGERECHTE WACHSTUMSPOLITIK

Kreditprogramm für größere Unternehmen aufgelegt.

- Das bestehende inländische Bürgschaftsinstrumentarium zur Sicherung der Kreditversorgung von Unternehmen wird besser genutzt und ausgeweitet.
- Zusätzlich werden neue Bürgschaftsinstrumente zur Stützung der Unternehmensfremdfinanzierung geprüft, mit dem Ziel, insbesondere die Finanzierungssituation von z. B. Kreditversicherern, Leasinggesellschaften und Factoring-Gesellschaften zu verbessern.
- Über das bei der KfW bereits laufende Sonderprogramm (15 Mrd. €) für den Mittelstand hinaus wird mit diesen Maßnahmen ein Bürgschaftsvolumen in Höhe von bis zu 100 Mrd. € zur Verfügung stehen.

Ausweitung der bundesgedeckten Exportfinanzierung

Die Bundesregierung prüft die Erweiterung der Möglichkeiten zur bundesgedeckten Exportfinanzierung.

#### Ausweitung der Innovationsförderung

Das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) fördert Forschungs- und Entwicklungsvorhaben mittelständischer Unternehmen mit bis zu 250 Beschäftigten. Es werden FuE-Kooperationsvorhaben in ganz Deutschland und einzelbetriebliche FuE-Vorhaben in Ostdeutschland in Form von Zuschüssen unterstützt.

Um den in der Wirtschaftskrise gewachsenen Finanzierungsbedarf für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben des Mittelstandes zu decken, werden in den Jahren 2009 und 2010 auch einzelbetriebliche FuE-Vorhaben von westdeutschen Unternehmen und FuE-Vorhaben von größeren Unternehmen mit bis zu 1000 Beschäftigten in Ost- und

Westdeutschland gefördert. Ostdeutsche Unternehmen erhalten dabei höhere Fördersätze. Hierfür wird ein zusätzliches Haushaltsvolumen von insgesamt 900 Mio. € (davon 200 Mio. € für ostdeutsche Unternehmen) zur Verfügung gestellt. Die Umsetzung erfolgt über den Investitions- und Tilgungsfonds.

#### Breitbandstrategie der Bundesregierung

Bundesregierung den Die wird Breitbandausbau in Deutschland massiv vorantreiben, kurzfristig Versorgungslücken in der Fläche schließen und den Aufbau von leitungsgebundenen und funkaestützten Hochleistungsnetzen forcieren. Schwerpunkte sind dabei Maßnahmen zur Senkung von Investitionskosten, Förderaspekte sowie eine investitionsund wachstumsorientierte Regulierung. Die Bundesregierung wird zur Umsetzung dieser Zielsetzungen bis Mitte Februar eine umfassende Breitbandstrategie vorlegen.

#### Stärkung der Pkw-Nachfrage

Private Autohalter können ab Kabinettbeschluss eine Umweltprämie beantragen, wenn ein mindestens neun Jahre altes Altfahrzeug, das für mindestens ein Jahr auf den Halter zugelassen war, verschrottet und gleichzeitig ein umweltfreundlicher Neuoder Jahreswagen ab Euro-4-Norm gekauft und zugelassen wird. Die Umweltprämie beträgt 2500€ und wird für Zulassungen bis zum 31. Dezember 2009 gewährt. Bundesregierung sieht als Gesamtvolumen des umweltpolitischen konjunkturund Programms zur Stärkung der Pkw-Nachfrage hierfür 1,5 Mrd. € vor. Diese Mittel sind im Investitions- und Tilgungsfonds veranschlagt.

#### Neuregelung der Kfz-Steuer

Um die Kaufzurückhaltung abzumildern, wurde in einem ersten Schritt mit dem Maßnahmenpaket "Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung" eine befristete Befreiung der zwischen 5. November 2008 und

KONJUNKTURGERECHTE WACHSTUMSPOLITIK

30. Juni 2009 erstmals zugelassenen Pkw von der Kfz-Steuer eingeführt. In einem zweiten Schritt wird zum 1. Juli 2009 Bemessungsgrundlage der Kfz-Steuer für Pkw vor allem auf den Ausstoß von Kohlendioxid umgestellt. Damit wird Rechtsklarheit geschaffen, SO dass Pkw-Käufer rasch Planungssicherheit erlangen.

Als Eckpunkte sind vorgesehen: ein an den EU-Zielvorgaben für Pkw orientierter CO<sub>2</sub>-Ausstoß, der steuerfrei bleibt, ein linearer Steuertarif, der jedes Gramm darüber gleich belastet, ein von Antriebsart und Hubraumgröße abhängiger Sockelbetrag sowie eine befristete Steuerbefreiung für Pkw mit Dieselmotor, die vorzeitig die Euro-6-Abgasvorschrift erfüllen. Ebenfalls zum 1. Juli 2009 werden die Ertragsund die Verwaltungshoheit für die Kfz-Steuer von den Ländern auf den Bund übergehen.

Förderung anwendungsorientierter Forschung im Bereich Mobilität

Für die Jahre 2009 und 2010 wird die Bundesregierung über den Investitions- und Tilgungsfonds zusätzlich insgesamt 500 Mio. € für Förderprogramme bzw. KfW-Kredite einsetzen. die z.B. für Hybridantrieb, Brennstoffzell- oder Speichertechnologien werden können. verwendet Förderprogramme werden auf das vom Europäischen Rat beschlossene EIB-Programm abgestimmt.

#### Beschäftigungssicherung und Qualifizierungsoffensive

Die Rezession gefährdet die Arbeitsplätze vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, von gering wie hoch qualifizierten. Zugleich baut die deutsche Wirtschaft in der globalen Arbeitsteilung immer stärker auf qualifizierte und spezialisierte Fähigkeiten und Fertigkeiten. Für die Arbeitsmarktpolitik muss darum der oberste Grundsatz in diesem Jahr lauten, Entlassungen zu vermeiden und Qualifikationen auszubauen. Dafür wird die Kurzarbeit attraktiver und unbürokratischer ausgestaltet, das Verfahren wird vereinfacht

und die Hälfte der Sozialversicherungsbeiträge wird erstattet. Die Kombination von Kurzarbeit und Qualifizierung wird gefördert.

Zur Sicherung der Beschäftigung und Stabilisierung der Beiträge wurde im Einzelnen folgendes beschlossen:

- Den Arbeitgebern werden in den Jahren 2009 und 2010 bei Kurzarbeit die von ihnen allein zu tragenden Sozialversicherungsbeiträge hälftig durch die Bundesagentur für Arbeit erstattet. Für Zeiten der Qualifizierung während der Kurzarbeit können den Arbeitgebern auf Antrag die vollen Sozialversicherungsbeiträge erstattet werden. Die Antragstellung und das Verfahren werden vereinfacht.
- Darüber hinaus wird der gesetzliche Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung bis zum Ende des Jahres 2010 bei 2,8% stabilisiert.

Auch wird die Bundesregierung die Aktivierung, Betreuung und Qualifizierung ausbauen.

- Zu diesem Zweck werden für die Jahre 2009 und 2010 zusätzliche Mittel in Höhe von 1,2 Mrd. € im Bundeshaushalt Aktivierungsund Qualifizierungsmaßnahmen der Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende zur Verfügung gestellt und 770 Mio.€ bei der Bundesagentur für Arbeit, insbesondere für Arbeitnehmer über 25, die über keinen Berufsabschluss verfügen, Jugendliche, die schon lange vergeblich eine Lehrstelle suchen, sowie für den Ausbau von Betreuung und Pflege.
- Darüber hinaus wird zur Qualifizierung von Beschäftigten das Programm "Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer in Unternehmen" geöffnet und um 200 Mio. € pro Jahr aufgestockt.

KONJUNKTURGERECHTE WACHSTUMSPOLITIK

- Die für Deutschland zur Verfügung stehenden Mittel des Europäischen Sozialfonds für die Förderung von Qualifizierung während Kurzarbeit und zur Förderung von Projekten zur Beratung von Unternehmen zur Beschäftigungssicherung für die Jahre 2009 und 2010 werden um insgesamt 200 Mio. € aufgestockt.
- Für die Wiedereinstellung von Arbeitnehmern in der Leiharbeit werden Zuschüsse zur Qualifizierung in den Jahren 2009 und 2010 aus dem Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (BA) zur Verfügung gestellt.
- Schließlich erhalten die Arbeitsagenturen 5 000 zusätzliche Stellen für die Vermittlung, Betreuung und Leistungsgewährung (je 2 500 im Geltungsbereich des SGB III und des SGB II).

#### Stärkung der Bürger, Entlastung der Privathaushalte und des Mittelstandes

Damit die Abfederung des Konjunktureinbruchs und der Brückenschlag zum nächsten Aufschwung gelingen, werden die privaten Haushalte, insbesondere auch diejenigen, die Sozialabgaben und Steuern zahlen, nachhaltig entlastet. Die Entlastungen sind keine Einmalmaßnahmen, sondern auf Dauer angelegt. Deshalb fördern sie die Binnennachfrage in der Krise besonders nachhaltig und stärken die Leistungsbereitschaft und den Grundoptimismus der Menschen.

#### Senkung der Einkommensteuer

Von der Senkung der Einkommensteuer profitieren die privaten Haushalte und mittelständische Unternehmen (Personengesellschaften). Die privaten Haushalte werden 2009 in Höhe von 2,9 Mrd. € und ab 2010 in Höhe von rund 6,1 Mrd. € entlastet.

- Zur gezielten Entlastung der untersten Einkommen erfolgt eine Anhebung des Grundfreibetrages um 170 € auf 7 834 €, rückwirkend ab dem 1. Januar 2009; die übrigen Tarifeckwerte werden ebenfalls ab 1. Januar 2009 um 400 € nach rechts verschoben.
- Eine weitere steuerliche Entlastung wird ab dem 1. Januar 2009 durch Absenkung des Eingangssteuersatzes von 15% auf 14% erreicht.
- Zusätzlich erfolgt ab 2010 eine weitere Anhebung des Grundfreibetrages auf dann 8 004 € und eine weitere Rechtsverschiebung der Tarifeckwerte um 330 €.

Senkung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung

Der Bundeszuschuss an die gesetzliche Krankenversicherung wird mit Wirkung zum 1. Juli 2009 für das Jahr 2009 um rund 3,2 Mrd. € und für das Jahr 2010 um rund 6,3 Mrd. € erhöht. Die paritätisch finanzierten Beitragssätze sollen dementsprechend um 0,6 Prozentpunkte gesenkt werden.

#### Familien- und kinderbezogene Leistungen

Über die Familienkassen wird im Jahr 2009 an alle Kindergeldbezieher eine Einmalzahlung (Kinderbonus) von 100 € je Kind ausgezahlt. Sie wird nicht mit den Bedarfssätzen der Bezieher von Sozialleistungen verrechnet. Die Einmalzahlung wird bei der Einkommensteuerveranlagung für das Jahr 2009 mit den Kinderfreibeträgen verrechnet.

Die abgeleiteten Regelsätze für Kinder im SGB II und SGB XII werden stärker differenziert. Für Kinder im Alter von sechs bis 13 Jahren soll die Förderung auf 70% des Eckregelsatzes mit Wirkung zum 1. Juli 2009 erhöht werden.

#### Nachhaltige Finanzpolitik für künftige Generationen

KONJUNKTURGERECHTE WACHSTUMSPOLITIK

Das Ziel eines ausgeglichenen Staats- und Bundeshaushaltes bleibt unverändert gültig: Auch nach Ansicht des Sachverständigenrates (JGTz 441) müssen in der jetzigen Situation höhere Finanzierungsdefizite hingenommen werden. Denn das Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushalts ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Situation zu verfolgen, würde in eine prozyklische Finanzpolitik münden, die nicht nur der Konjunktur, sondern auch dem Wachstum langfristigen schadet. antizyklische Finanzpolitik bedeutet aber, dass Defizite aus schlechten Zeiten in guten Zeiten wieder ausgeglichen werden müssen. Dies erfordert nach Bewältigung der globalen Finanz- und Konjunkturkrise zusätzliche Konsolidierungsanstrengungen. (vgl. Föderalismusreform II)

#### 4 Finanz-und Steuerpolitik

#### 4.1 Finanzpolitik

# Die öffentlichen Haushalte wachstumsgerecht gestalten

Eine nachhaltiq wachstumsfördernde Ausgestaltung öffentlicher Ausgaben und Einnahmen ist ein wesentlicher Baustein zur Erreichung eines dauerhaft höheren Wachstumspfades. Auch fiskalpolitische Regeln und Institutionen, die eine stärkere Ergebnisorientierung im **Budgetprozess** gewährleisten, spielen hierbei eine wichtige Quantitative Rolle. und qualitative Konsolidierung ergänzen einander: langfristige Sicherung der erreichten Erfolge bei der strukturellen Konsolidierung ist die entscheidende Voraussetzung, um verstärkt Akzente in zukunftsorientierten Bereichen setzen zu können.

Die Politik der Bundesregierung für Wachstum und Beschäftigung und die strukturelle Konsolidierung der öffentlichen Haushalte haben in den zurückliegenden Jahren einen stetigen und deutlichen Abbau der Neuverschuldung des Bundes ermöglicht. Nachdem das gesamtstaatliche Defizit (Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherung) in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunken war, wurde 2008 ein nahezu ausgeglichener Staatshaushalt erreicht. obwohl hier zusätzlich auch nicht kassenwirksame Hilfen für Banken öffentlichen Eigentum und bereits auch ein Teil der Rückzahlung im Zuge der Umsetzung des Urteils zur Pendlerpauschale berücksichtigen waren.

Durch den konsequenten Konsolidierungskurs Reformen und die der gesetzlichen Rentenversicherung in den vergangenen Jahren sind wesentliche Meilensteine erreicht worden, um die öffentlichen Finanzen in Deutschland wieder auf eine langfristig tragfähige Basis zu stellen. Die zentralen Bedingungen für Wohlstand. Chancengerechtigkeit und staatliche Handlungsfähigkeit in einer alternden Gesellschaft haben sich damit nachhaltig verbessert.

Die wiedergewonnenen Handlungsspielräume ermöglichen es in der jetzigen konjunkturellen Schwächephase, die automatischen Stabilisatoren im Sinne einer konjunkturgerechten Finanzpolitik voll wirken zu lassen. Auch der Sachverständigenrat empfiehlt (JG Tz 413), auf konjunkturell bedingte Mindereinnahmen Mehrausgaben nicht mit Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen zu reagieren.

Die Konsolidierungserfolge haben zudem die Möglichkeit eröffnet, gezielt kräftige Impulse für öffentliche und private Investitionen zu geben, Bürger und Unternehmen zu entlasten, den Konsum zu beleben und die Beschäftigungserfolge zu sichern.

Allerdings wird sich das Finanzierungsdefizit vor dem Hintergrund der konjunkturellen Abkühlung und der bereits ergriffenen Maßnahmen der Bundesregierung zur Konjunkturstützung im Jahr 2009 deutlich verschlechtern. Das Bundeskabinett hat am 27. Januar 2009 einen Nachtragshaushalt 2009

KONJUNKTURGERECHTE WACHSTUMSPOLITIK

beschlossen. der zum einen die haushaltsrechtlichen Grundlagen die Maßnahmen des "Paktes für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland" schafft, die nicht Investitions-Gegenstand des und Tilgungsfonds sind. Im Wesentlichen handelt dabei um den zusätzlichen Bundeszuschuss an die gesetzliche Krankenversicherung in Höhe von 3,2 Mrd.€. Zum anderen schlagen sich auch die Erhöhung des Kinderregelsatzes beim Arbeitslosengeld II, die Kinderbonus bezeichnete Einmalzahlung in Höhe von 100 € sowie die von der Bundesregierung beschlossene Entlastung bei der Einkommensteuer nieder. Darüber hinaus bildet der Entwurf Nachtragshaushalts 2009 insbesondere bereits feststehende Belastungen – wie abzeichnende Steuermindereinnahmen und Mehrausgaben für den Arbeitsmarkt - ab.

Der Investitions- und Tilgungsfonds ist nicht Gegenstand des Entwurfs des Nachtragshaushaltes 2009, da er eine eigene Kreditermächtigung sowie eine verbindliche Tilgungsregel erhalten soll. Neben der Finanzierung von Ausgaben in Höhe von 16,9 Mrd.€ ist auch Vorsorge für zukünftige Zinszahlungen getroffen. In welchen Jahrestranchen diese Kreditermächtigung genutzt wird, ist zwar schwer prognostizierbar; klar ist aber, dass die Neuverschuldung des Bundes−im weiteren Sinne−damit im Jahr 2009 den Wert von 36,8 Mrd.€ deutlich überschreiten wird.

# Föderalismusreform II erfolgreich abschließen

Auch wenn die jetzt notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der aktuellen Wirtschaftsund Finanzkrise eine vorübergehende Erhöhung der Staatsverschuldung unumgänglich machen. hält Bundesregierung am Ziel einer langfristig soliden und tragfähigen Finanzpolitik fest. Die Bundesregierung hat deshalb Verabschiedung der konjunkturstabilisierenden Maßnahmen mit dem Beschluss, eine neue Verschuldungsregel im Grundgesetz zu verankern, verknüpft. In der Föderalismuskommission II haben sich Bund und Länder am 12. Februar auf eine Schuldenbremse verfassungsrechtliche geeinigt.

#### Kasten 2: Elemente der neuen verfassungsrechtlichen Verschuldungsregel

Die Haushalte von Bund und Ländern sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Beim Bund ist diesem Grundsatz Rechnung getragen, wenn die Einnahmen aus Krediten in der konjunkturellen Normallage 0,35 % des Bruttoinlandsproduktes nicht überschreiten. Für die Länderhaushalte wird kein solcher struktureller Verschuldungsspielraum vorgesehen.

Eine symmetrische Berücksichtigung der konjunkturellen Situation ist zulässig. Das heißt, konjunkturbedingte Defizite im Abschwung sind erlaubt, wenn in entsprechender Weise konjunkturbedingte Überschüsse im Aufschwung vorgesehen werden.

Die Einhaltung der Verschuldungsregel des Bundes im Haushaltsvollzug wird über ein Kontrollkonto sichergestellt. Auf diesem werden Über- oder Unterschreitungen der zulässigen strukturellen Verschuldungsspielräume in den einzelnen Haushaltsjahren saldiert. Überschreitet ein möglicher negativer Kontostand eine Schwelle von 1,5 % des BIP, setzt eine Verpflichtung zum konjunkturgerechten Ausgleich des Kontrollkontos ein.

In Notsituationen wie etwa bei Naturkatastrophen gibt es eine Ausnahmeklausel, die eine zusätzliche Kreditaufnahme ermöglicht. Wird von der Ausnahmeklausel Gebrauch gemacht, so müssen die aufgenommenen Kredite nach einem verbindlichen Tilgungsplan zurückgezahlt werden.

KONJUNKTURGERECHTE WACHSTUMSPOLITIK

Die neue Schuldenregel soll erstmals für den Haushalt 2011 gelten. Aufgrund der aktuellen Verschuldung wegen der Finanzmarktkrise gilt allerdings eine Übergangsregelung: Der Bund startet 2011 mit einem erweiterten strukturellen Verschuldungsspielraum, der dann in Analogie zu den Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts in jährlichen Schritten von 0,25% des BIP bis zum Erreichen der 0,35-%-Grenze zurückgeführt werden soll. Für die Länder soll 2020 überhaupt keine strukturelle Verschuldung mehr möglich sein.

Um den Ländern Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein angesichts ihrer schwierigen Haushaltssituation den Übergang Einhaltung der neuen Schuldenregel zu erleichtern, soll diesen die Gewährung von Konsolidierungshilfen im Zeitraum von 2011 bis 2019 in Höhe von insgesamt 800 Mio.€ jährlich angeboten werden. Diese finanziellen Lasten sollen zur Hälfte vom Bund und zur Hälfte von den Ländern getragen werden. Im Gegenzug müssen sich diese Länder zur Einhaltung eines strikten Konsolidierungspfades und dessen Kontrolle durch ein neues Bund-Länder-Gremium, den Stabilitätsrat, verpflichten. Gleichzeitig mit neuen Schuldenregel Frühwarnsystem zur Vermeidung künftiger Haushaltsnotlagen eingeführt.

#### 4.2 Steuerpolitik

Gute strukturelle Rahmenbedingungen sind die Grundlage für ein kräftiges und nachhaltiges Wachstum. Sie gewinnen in der derzeitigen Situation zusätzlich an Bedeutung, weil sie mittel- und langfristig unternehmerische Perspektiven eröffnen.

#### Steuerliche Anreize setzen

#### Unternehmensteuerreform setzt Investitionsanreize

Investitionsanreize hängen auch von steuerlichen Rahmenbedingungen ab. Deshalb hat die Bundesregierung im Rahmen des Maßnahmenpakets "Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung" u.a. Abschreibungsmöglichkeiten für die Jahre 2009 und 2010 verbessert. Die Unternehmensteuerreform 2008. deren wesentliche Elemente bereits seit dem 1. Januar 2008 gelten, führte allein im Jahr 2008 zu Steuerleichterungen in Höhe von 7 Mrd.€. Sie fördert damit Investitionen, macht den Wirtschaftsstandort Deutschland wettbewerbsfähiger und trägt gleichzeitig dazu bei, die Beschäftigung und auch das Steueraufkommen langfristig zu sichern (vgl. JWB 2008, Tz 32).

Mit der Abgeltungsteuer auf Kapitaleinkünfte ist am 1. Januar 2009 ein weiterer Baustein der Unternehmensteuerreform 2008 in Kraft getreten. Die laufenden Erträge sowie die Ergebnisse aus der Veräußerung oder Einlösung einer Kapitalanlage unterliegen damit einheitlich einem attraktiven Steuersatz in Höhe von 25%. Der Steuerabzug bei Kapitalerträgen hat abgeltende Wirkung, das heißt, es besteht grundsätzlich keine Pflicht mehr, diese Erträge in der Steuererklärung anzugeben. Steuerpflichtige haben jedoch weiterhin die Möglichkeit, diese Einkünfte mit der Einkommensteuererklärung veranlagen zu Diese Form der Kapitaleinkommenbesteuerung ist weitgehend unbürokratisch und in der EU in vielen Mitgliedstaaten üblich.

#### Erbschaftsteuer reformieren

Mit der Reform der Erbschaftsteuer verfolgt die Bundesregierung das Ziel, den Übergang von Betrieben an nachfolgende Generationen zu erleichtern und auf diese Weise Arbeitsplätze zu erhalten. Deshalb können Betriebe und

KONJUNKTURGERECHTE WACHSTUMSPOLITIK

Unternehmen künftig ganz oder zum größten Teil steuerfrei übertragen werden. Dies trägt auch dazu bei, den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken. Kernelement der Reform ist die vom Bundesverfassungsgericht geforderte einheitliche Bewertung Vermögensarten, die sich am gemeinen Wert bzw. Verkehrswert orientiert (vgl. JWB 2008, Tz 33). Die jeweiligen Bedingungen wurden so gestaltet, dass sie nicht nur den Erhalt von Arbeitsplätzen sichern, sondern auch den wirtschaftlichen und unternehmerischen Realitäten und Notwendigkeiten Rechnung tragen.

Der Übernehmer hat die Wahl: Wenn er den Betrieb sieben Jahre lang-auch unter Einhaltung einer bestimmten Lohnsummefortführt, werden 85% vererbten des Unternehmensvermögens von der Erbschaftsteuer verschont. Der Anteil des Verwaltungsvermögens (z. B. an Dritte überlassene Grundstücke) darf dabei nicht mehr als 50% betragen. Kleine und mittlere Unternehmen profitieren bei dieser Variante zusätzlich von einem gleitenden Abzugsbetrag in Höhe von 150 000 €. Er stellt sicher, dass Betriebsvermögen im Gesamtwert bis zu 1Mio.€ unbesteuert bleibt. Bis zu einem Gesamtwert des Betriebsvermögens von 3 Mio.€ wird dieser Abzugsbetrag abgeschmolzen. Es gibt darüber hinaus eine Option, nach der auch 100% des Betriebs steuerfrei übertragen werden können. In diesem Fall muss der Übernehmer das Unternehmen zehn Jahre lang fortführen und dabei ebenfalls eine bestimmte Lohnsumme erhalten. Der Anteil des Verwaltungsvermögens darf in diesem Fall nicht mehr als 10 % betragen.

Die Reform soll weiterhin Vermögensübertragungen im enasten Familienkreis begünstigen. stärker persönlichen Freibeträge werden deshalb stark angehoben. Unabhängig davon soll im Falle der Vererbung einer selbst genutzten Wohnimmobilie der überlebende Ehegatte bzw. Lebenspartner keine Steuer zahlen. Bei

Vererbung einer selbst genutzten Wohnimmobilie an Kinder soll künftig eine Wohnfläche von bis zu 200 qm steuerfrei sein. Voraussetzung ist jeweils, dass der Erwerber die Immobilie unverzüglich nach dem Erwerb zu eigenen Wohnzwecken nutzt und diese Selbstnutzung zehn Jahre lang fortsetzt.

#### Unternehmen stärken

# Gründungen fördern und Finanzierungsbedingungen verbessern

Unternehmensgründungen sorgen mit neuen Ideen und neuen Produkten für frischen Wind Wettbewerb und schaffen neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze in Deutschland. Existenzgründerinnen Existenzgründern zu einem guten Start ins Wirtschaftsleben zu verhelfen, hat die Bundesregierung deshalb die Gründungskosten weiter gesenkt. Mit der Reform des GmbH-Gesetzes zum 1. November 2008 die wurde sogenannte haftungsbeschränkte

Unternehmergesellschaft neu geschaffen. Insbesondere weniger kapitalintensive Gründungen im Dienstleistungsbereich können nun mit einem geringen Stammkapital sowie einer einfachen und kostengünstigen notariellen Beurkundung den Weg in die Selbständigkeit beschreiten. Weiterhin wurde die einzelbetriebliche Beratungsförderung des Bundes für Gründungen sowie kleine und mittlere Unternehmen umfassend umstrukturiert und deutlich transparenter und effizienter gestaltet

Finanzierungsbedingungen Um die insbesondere für kleine und mittlere generell Unternehmen zu verbessern. entwickelt die Bundesregierung außerdem ihre Förderprogramme des European Recovery Program (ERP) sowie der KfW-Bankengruppe weiter fort. Im Rahmen des Bürgschaftsbankenprogramms von Bund und Ländern wurden 2008 Kreditbürgschaften und Beteiligungsgarantien zugunsten kleiner und

KONJUNKTURGERECHTE WACHSTUMSPOLITIK

mittlerer Unternehmen von über 1Mrd.€ qewährt.

#### Bürokratieabbau weiter voranbringen

Um insbesondere dem Mittelstand sowie Existenzgründern "mehr Luft zum Atmen" zu verschaffen, hat sich die Bundesregierung vorgenommen, die Wirtschaft von besonders wachstumshemmenden und nötigen Bürokratiekosten zu befreien. Sie zielt dabei Reduktion auf eine von 25% der gegenwärtigen Bürokratiekostenbelastung. Zwischenetappe Als strebt die Bundesregierung an, bis Ende 2009 in etwa die Hälfte des anvisierten Abbauziels zu erreichen. Nach den vom Statistischen Bundesamt im Auftrag der Bundesregierung durchgeführten Messungen belaufen sich die Bürokratiekosten der Wirtschaft, die aus der Erfüllung von Informationspflichten erwachsen, auf jährlich 47,6 Mrd. €. Von der Gesamtbelastung sind danach rund 22,5 Mrd. € allein vom nationalen Gesetzgeber veranlasst, 25,1 Mrd. € gehen auf Regelungen zurück, die durch EU- und internationales Recht veranlasst wurden.

Die Bundesregierung hat-von der Statistik über Buchführung, das Sozialversicherungs-, Gewerbe-, Preis- sowie Straßenverkehrsrecht bis hin zur Handwerkszählung-eine Vielzahl von Bereichen durchforstet (vgl. Bericht der Bundesregierung 2008 zur Anwendung des Standardkosten-Modells und zum Stand des Bürokratieabbaus vom 10. Dezember 2008). Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Der Entlastungseffekt all dieser Maßnahmen beläuft sich bislang auf insgesamt rund 7,1 Mrd. € pro Jahr. Maßnahmen mit einer Entlastungswirkung von rund 3,5 Mrd. € jährlich sind bereits in Kraft getreten. Davon profitieren Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger sowie die Verwaltung.

#### 4.3 Anpassung der Rahmenbedingungen auf den Finanzmärkten

#### Finanzmarktregulierung anpassen

Ungeachtet der aktuellen Verwerfungen tragen funktionsfähige Finanzmärkte maßgeblich dazu bei, die Produktivität in allen Volkswirtschaften zu erhöhen. Ihre Aufgabe ist es, Kapital in effiziente Verwendungen zu Risiken zu streuen und die Transformation von Fristen- und Losgrößen zu ermöglichen. Damit die Finanzmärkte diese Aufgabe adäguat erfüllen können, gilt es, die richtigen Anreize zu setzen und bestehende Risiken zu begrenzen. Die Finanzmarktkrise hat deutlich gemacht, dass globalisierte Finanzmärkte eine Finanzmarktarchitektur erfordern. Doch auch auf europäischer und nationaler Ebene müssen Regeln überdacht und angepasst werden.

#### Finanzmarktaufsicht neu ordnen

Die Bundesregierung prüft Vorschläge für eine Finanzmarktaufsicht. Neugestaltung der Dieses Vorhaben ist Teil des beschlossenen Maßnahmenpakets der Bundesregierung zur Stabilisierung der Finanzmärkte und zur Vermeidung negativer Auswirkungen auf die Wirtschaft. Aus Sicht der Bundesregierung sollte der Finanzwirtschaft auch künftig ein Ansprechpartner im Sinne Allfinanzaufsicht zur Verfügung stehen. Diese erscheint auch unter dem Gesichtspunkt der Europatauglichkeit als das beste Modell. Außerdem wird derzeit auf nationaler und europäischer Ebene geprüft, wie man die Eingriffsmöglichkeiten Finanzaufsichtsinstitutionen in Krisenzeiten verbessern kann. Die Europäische Kommission beabsichtigt, zu diesem Thema ein Weißbuch vorzulegen. Die Bundesregierung begleitet den Prozess intensiv. Darüber hinaus muss die auch auf europäischer Aufsicht internationaler Ebene reformiert werden. Es geht vor allem darum, die Aufsicht über das Eigenkapital-, Risikound

KONJUNKTURGERECHTE WACHSTUMSPOLITIK

Liquiditätsmanagement zu stärken sowie die Transparenz, die Bewertungsstandards und den Ratingprozess zu verbessern. Zudem sollen die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Aufsichtsbehörden und grenzüberschreitende Krisenmanagement gestärkt werden. Die EU-Richtlinie zur Eigenkapital-Änderung der Bankenrichtlinie (Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG), die die europäischen Finanzminister im Dezember gebilligt haben, bringt hier wichtige Fortschritte. Die Richtlinie soll im April 2009 im Europäischen Parlament beschlossen werden und muss dann national umgesetzt werden.

Die Richtlinie sieht eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Aufsichtsbehörden vor. Die betroffenen nationalen Behörden sollen stärker vernetzt werden. Sie sollen grenzüberschreitende Finanzgeschäfte besser verfolgen und bewerten können. Außerdem fordert der Europäische Rat neue Regeln in den Mitgliedstaaten für die Einlagensicherung. Darüber hinaus postuliert er eine Überprüfung von Vergütungs- und Anreizsystemen, damit alle Akteure des Finanzsystems angemessene Verantwortung übernehmen. Er appelliert an die Mitgliedstaaten, auf die Anwendung entsprechender Grundsätze hinzuarbeiten. Die Bundesregierung begleitet diese Diskussion intensiv.

#### Rechtssicherheit erhöhen

Mit dem Risikobegrenzungsgesetz, das am 19. August 2008 in weiten Teilen in Kraft getreten ist, hat die Bundesregierung die Transparenz, Klarheit und Rechtssicherheit auf den Kapitalmärkten erhöht. Die Maßnahmen sollen zum einen dafür sorgen, dass der Einfluss von Investoren auf Unternehmen in Übereinstimmung mit ihrem Stimmrechtsanteil steht. Aktionäre müssen künftig, sobald sie 10% oder mehr der Anteile eines Unternehmens erworben haben, die mit

der Beteiligung verfolgten Ziele und die Herkunft der Mittel offenlegen. Unternehmensbelegschaften erhalten deutlich mehr Informationsrechte. Damit sollen die Unternehmensleitungen, Arbeitnehmer, Fremdkapitalgeber und Aktionäre frühzeitig auf die Planungen von Investoren reagieren können.

Zum anderen wird der Verbraucherschutz bei Kreditverkäufen gestärkt. Die Forderungen aus Darlehensverträgen u.a. an Finanzinvestoren zu verkaufen, hat bei einer Reihe von Kreditnehmern Besorgnis ausgelöst. Diese bezieht sich vor allem darauf, dass sich ein neuer Forderungsinhaber-insbesondere bei Immobiliendarlehensverträgen-nicht an die mit dem ursprünglichen Darlehensgeber getroffenen Vereinbarungen halten könnte. Das Risikobegrenzungsgesetz enthält deshalb eine Reihe von Maßnahmen, mit denen die Transparenz vor und nach Vertragsabschluss erhöht wird sowie unberechtigte Kündigungen und Vollstreckungen erschwert werden.

#### Anpassung der internationalen Rahmenbedingungen für Finanzmärkte

Als Reaktion auf die Finanzkrise haben viele Staaten kurzfristig wirksame Maßnahmen auf den Weg gebracht, um das Vertrauen der Finanzmarktakteure wie auch der breiten Öffentlichkeit zu stabilisieren. Ihre Aktivitäten haben sie international abgestimmt. Um in der Krise aufgedeckte Schwachstellen internationalen Finanzsystems zu beseitigen und die Rahmenbedingungen für stabile und transparente Finanzmärkte dauerhaft zu verbessern, müssen die Regulierungsbemühungen auf internationaler Ebene weiter verstärkt werden.

Darüber hinaus verständigten sich die G20-Staaten beim Weltfinanzgipfel Mitte November 2008 in Washington auf einen Aktionsplan mit zahlreichen Einzelmaßnahmen (vgl. Kasten 3).

KONJUNKTURGERECHTE WACHSTUMSPOLITIK

#### Kasten 3: Ergebnisse des Weltfinanzgipfels am 15. November 2008

Verbesserung der Transparenz und Rechenschaftspflicht: Finanzmarktakteure müssen umfassend informieren, z. B. auch über hochkomplexe Finanzprodukte. Es sollen keine übermäßigen Risiken mehr eingegangen werden.

Verbesserung der Regulierung: Regulierung und Aufsicht soll alle Finanzmärkte, Finanzprodukte und Marktteilnehmer umfassen.

Stärkung der Integrität der Finanzmärkte: Besserer Investoren- und Anlegerschutz, die Vermeidung von Interessenkonflikten sowie der Kampf gegen Marktmanipulation, Betrug, Korruption und Geldwäsche.

Stärkung der internationalen Zusammenarbeit: Krisenprävention, Krisenmanagement und Krisenlösung sollen besser international koordiniert werden.

Reform der Internationalen Finanzinstitutionen: Das Forum für Finanzstabilität (FSF) soll um wichtige Schwellenländer erweitert werden. Der IWF soll in Zusammenarbeit mit dem FSF seine Frühwarnkapazitäten stärken und bei der Bewältigung von Krisen eine zentrale Rolle spielen. Entwicklungs- und Schwellenländer sollen ein größeres Mitspracherecht in IWF und Weltbank bekommen.

### 5 Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft stärken

Das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft und ihre selbstverständliche Akzeptanz als Wirtschaftsordnung sind seit einigen Jahren geringer geworden. Vielfach wird von einer zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung gesprochen. Wirtschaftliche Mechanismen sind schwerer verständlich und undurchschaubarer geworden. Erwerbsbiografien werden vielfach unsicherer wahrgenommen. Demografische Herausforderungen, steigende Umweltrisiken und globale Konkurrenz treten Unsicherheitsfaktoren hinzu. Die Bundesregierung ist der Überzeugung, dass die Soziale Marktwirtschaft nach wie vor die beste Wirtschaftsordnung ist, um den aktuellen Herausforderungen zu begegnen. Soziale Marktwirtschaft ernst zu nehmen heißt, den

politisch notwendigen Ausgleich von Ökonomie mit der Idee der Effizienz und den gesellschaftlichen Zusammenhalt mit dem Ziel "Wohlstand für alle" stets zu beachten.

Die Bundesregierung begreift deshalb die Soziale Marktwirtschaft als freien Wettbewerb innerhalb eines festen Ordnungsrahmens, der permanent angepasst und weiterentwickelt werden muss. Dort wo die Bundesregierung mit den Strukturreformen der vergangenen Jahre den Leitideen der Freiheit und des Wettbewerbs wieder mehr Raum gegeben hat, konnten sich neue Erfolge einstellen, vor allem am Arbeitsmarkt. Insofern erfüllt die Soziale Marktwirtschaft mit ihrem wettbewerblichen Ordnungsrahmen selbst eine soziale Funktion. Sinne von Chancenim und Leistungsgerechtigkeit auch im internationalen Rahmen gerecht zu gestalten, ist eine Daueraufgabe.

DIE STEUEREINNAHMEN DES BUNDES UND DER LÄNDER IM 4. QUARTAL 2008 UND IM JAHR 2008

# Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 4. Quartal 2008 und im Jahr 2008

- - Steuereinnahmen (ohne Gemeindesteuern) stiegen 2008 um + 4,4 %.
  - Entwicklung im 4. Quartal 2008 mit +2,1% deutlich schwächer als in den Vorquartalen.
  - Alle Gebietskörperschaften verbuchten im Jahr 2008 Zuwächse.

# 1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne Gemeindesteuern)<sup>1</sup> im 4. Quartal 2008 und im Jahr 2008

Die bei Bund und Ländern eingegangenen Steuereinnahmen betrugen im Jahr 2008 nach endgültigen Ergebnissen 515,5 Mrd. €, das sind +21,7 Mrd. € bzw. +4,4% mehr als im Jahr 2007.

Die Steuereinnahmen im Jahr 2008 und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

Das Aufkommen der **gemeinschaftlichen Steuern** nahm im Jahr 2008 im Vorjahresvergleich um +5,8% zu. Dabei schwächte sich der Einnahmenzuwachs im Vorjahresvergleich von +9,7% im 1. Quartal 2008 auf +3,0% im 4. Quartal 2008 deutlich ab.

Tabelle 1: Entwicklung der Steuereinnahmen im Jahr 2008

Steuereinnahmen nach Ertragshoheit	Kalend	derjahr	Änderung gegenüber Vorjahr		
	2008	2007			
	in M	io. €	in Mio. €	in %	
Gemeinschaftliche Steuern	403 256	381 309	21 947	5,8	
Reine Bundessteuern	86302	85 690	613	0,7	
Reine Ländersteuern	21 937	22 836	-898	-3,9	
Zölle	4002	3 983	19	0,5	
Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	515 498	493 818	21 681	4,4	

Differenzen in den Summen durch Rundung.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmeergebnisse werden in der Fachserie 14 "Finanzen und Steuern", Reihe 4 "Steuerhaushalt" im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht.

DIE STEUEREINNAHMEN DES BUNDES UND DER LÄNDER IM 4. QUARTAL 2008 UND IM JAHR 2008

Die verbesserte Lage auf dem Arbeitsmarkt hat Lohnsteigerungen Verbindung mit insgesamt zu einer dynamischen Entwicklung der Einnahmen aus der Lohnsteuer geführt (im Jahr 2008 +7,7%), wenngleich sich der Anstieg im 4. Quartal mit +7,1% etwas verhaltener vollzog als in den Vorguartalen. **Positiv** beeinflusst wurde das Lohnsteueraufkommen auch durch den Rückgang der Kindergeldzahlungen um - 1,9%.

Im Bereich der veranlagten Einkommensteuer kam es 2008 erneut zu einer enormen Aufkommenssteigerung um fast ein Drittel gegenüber dem Vorjahr (+30,6%, nach +42,5% im Jahre 2007), resultierend insbesondere aus den guten Ergebnissen der ersten drei Quartale. Im 4. Quartal 2008 lag die Veränderungsrate aber mit +11,9% immer noch im zweistelligen Bereich. Ausschlaggebend für das erfreuliche **Ergebnis** waren neben guten einer Gewinnentwicklung insbesondere die verminderten Auszahlungen der Eigenheimzulage (-1,4 Mrd. €) der und Rückgang der Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG (-2,4 Mrd. €) als Folge von Steuerrechtsänderungen.

Das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer hat sich im 4. Quartal 2008 um fast zwei Drittel (-60,8%) verringert, nachdem in den drei Quartalen zuvor schon deutliche Einbußen zu verzeichnen waren. Hierin spiegelt sich neben der verzögerten Reaktion auf die Unternehmensteuerreform auch die verschlechterte Gewinnentwicklung Jahresende wider. Für das Gesamtjahr 2008 ergibt sich ein Einnahmerückgang um - 30,8 %.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag zeigt sich ein umgekehrtes Bild: Hier war im 4. Quartal 2008 ein Aufkommensplus von +53,8% zu verbuchen, was nach den weniger starken Vorquartalen (in einer Größenordnung von +9,9% bis +16,2%) zu einem Gesamtanstieg der Einnahmen im Jahre 2008 um +20,2% führte. Vor dem Hintergrund der Umstellung von dem bis 2008 geltenden

Halbeinkünfteverfahren auf die neue Abgeltungsteuer ist es zum Jahresende noch zu außerordentlich hohen Ausschüttungen von Gewinnen des Jahres 2007 und wohl sogar zu Vorabausschüttungen für das Jahr 2008 gekommen.

Beim **Zinsabschlag** setzte sich die positive Entwicklung im Gesamtjahr 2008 mit +20,4% weiter fort. Im Verlauf der vier Quartale sanken die Zuwachsraten jedoch von +29,0% auf zuletzt+11,9%.

Die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz übertrafen 2008 insgesamt ihr Vorjahresniveau um +3,7%, mit unterschiedlichen Steigerungsraten für die (+2,6%)Umsatzsteuer und die Einfuhrumsatzsteuer (+7,3%). Während die Umsatzsteuer im 4. Quartal 2008 mit +4,4% ihr höchstes Quartalsergebnis erzielte, gingen die Zuwachsraten bei der Einfuhrumsatzsteuer auf Importe aus Nicht-EU-Staaten-nicht zuletzt auch wegen des sinkenden Ölpreiseskontinuierlich zurück (von +14,8% 1. Quartal auf + 0,6% im 4. Quartal).

Die reinen Bundessteuern verzeichneten mit nur +0,7% im abgelaufenen Kalenderjahr fast Stagnation, wenngleich 4. Quartal 2008 noch einen Zuwachs um +1,2% aufwies. Bei der Energiesteuer (2008: +0,8%) ergab sich zuletzt ein leichter Rückgang (3. bzw. 4. Quartal 2008: -1,0 bzw. -0,5%). Während es deutliche Einbußen bei der Energiesteuer auf **Erdgas** (-13,6% Gesamtjahr 2008) gab, wuchs das Aufkommen aus der Energiesteuer auf Heizöl kräftig (+14,6%). Dem Einnahmeplus im Jahre 2008 aus dem Solidaritätszuschlag (+6,5%) und der Versicherungsteuer (+1,4%)standen Aufkommensverluste bei der Tabaksteuer (-4,8%) und der Stromsteuer (-1,5%) gegenüber. Die Tabaksteuer übertraf im 4. Quartal 2008 den Vorjahresstand um +0,2%, nachdem im 1. Quartal 2008 noch ein Rückgang um - 12,7% zu konstatieren war. Es bleibt abzuwarten, ob hier bereits eine allmähliche Wiederannäherung an das Konsumverhalten

DIE STEUEREINNAHMEN DES BUNDES UND DER LÄNDER IM 4. QUARTAL 2008 UND IM JAHR 2008

vor Einführung der Nichtraucherschutz-Gesetzgebung abzeichnet.

Das Entwicklungsmuster bei den reinen Ländersteuern ist in den vier Quartalen des Jahres 2008 recht differenziert: Nach Unterschreiten des Vorjahresniveaus im 1. und 3. Quartal um jeweils rund-4% und einer Zunahme im 2. Quartal um +3,3% sanken die Einnahmen im 4. Quartal drastisch um -11,5% (Gesamtiahr 2008: -3.9%). Grunderwerbsteuer (-28,1%) und die Rennwettund Lotteriesteuer (-26,2%) prägten das Ergebnis des 4. Quartals und beeinflussten auch das Gesamtergebnis 2008 mit Minusraten von -17,6% bzw. -9,7%. Hinzu kamen Negativraten für das Gesamtjahr auch bei der Kraftfahrzeugsteuer (-0,6%) und bei der Biersteuer (-2,3%). Lediglich die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer (+13,5%) und der Feuerschutzsteuer (+2,5%)lagen Berichtsjahr im positiven Bereich.

# 2 Entwicklung derSteuereinnahmen in deneinzelnen Monaten des4. Quartals 2008

Steuereinnahmen insgesamt Gemeindesteuern) überschritten im Oktober 2008 mit +1,7% das Vorjahresergebnis nur leicht. Hier schlugen jedoch wie im Vormonat September Sonderfaktoren, insbesondere die Auszahlung von Altkapitalguthaben bei der Körperschaftsteuer, zu Buche. Die gemeinschaftlichen Steuern legten um +3,7% zu, während die Einnahmen den Bundessteuern um -2,3% und aus den Ländersteuern um - 11,7% zurückgingen.

Im November 2008 gingen insgesamt um +6.1% mehr Steuern ein Vorjahresmonat. **Besonders** kräftig entwickelten sich die gemeinschaftlichen Steuern +8,2%. mit Hierzu trugen insbesondere das qute Ergebnis bei der Lohnsteuer (+10,4%) und die Erholung bei den Steuern vom Umsatz (+6,7%) bei. Die

Bundessteuern verzeichneten einen Anstieg um +6,1%, während die Ländersteuern mit -21,7% erhebliche Einnahmeeinbußen hinnehmen mussten.

Die annähernde Stagnation des Gesamtzuwachses (+0.4%)im aufkommensstarken Vorauszahlungsmonat Dezember 2008 resultierte insbesondere aus den gegenüber dem Dezember 2007 nur geringfügig höheren Einnahmen bei den gemeinschaftlichen Steuern (+0.2%). Ursächlich hierfür waren der verhaltene Anstieg bei der Lohnsteuer (+5,1%) und das Unterschreiten des Vorjahresniveaus bei der Körperschaftsteuer (-33,3%) und den Steuern vom Umsatz (-0,4%). Auch die Bundessteuern und die Ländersteuern verzeichneten mit ieweils nur +0.6% sehr niedriae Einnahmezuwächse. Während 11. a. Energiesteuer (+1,3%), die Versicherungsteuer (+3,1%) und die Stromsteuer (+2,5%) einen des Aufkommens realisierten. **Anstieg** die Einnahmen aus stagnierten dem Solidaritätszuschlag (+0,6%), und es kam zu Einnahmeeinbußen insbesondere bei der Tabaksteuer (-3,5%). Bei den Ländersteuern stand den positiven Ergebnissen bei der Erbschaftsteuer (+31,3%)und der Kraftfahrzeugsteuer (+9,7%) ein Absinken bei der Grunderwerbsteuer (-12,4%) und der Biersteuer (-7,6%) gegenüber.

## 3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Die Verteilung der Steuereinnahmen im Jahr 2008 auf Bund, EU, Länder und Gemeinden und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum werden in der nachstehenden Tabelle dargestellt.

Im Berichtszeitraum konnten alle Gebietskörperschaften im Vorjahresvergleich Zuwächse verbuchen. Die etwas höheren EU-Abführungen gehen zu Lasten des Bundes. Die Einnahmen des Bundes sind daher etwas

DIE STEUEREINNAHMEN DES BUNDES UND DER LÄNDER IM 4. QUARTAL 2008 UND IM JAHR 2008

Tabelle 2: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Steuereinnahmen nach Ebenen	Kalen	derjahr	Änderung geg	genüber Vorjahr
	2008	2007		
	in M	lio. €	in Mio. €	in%
Bund <sup>1</sup>	239 180	230 104	9076	3,9
EU	23 081	22 249	832	3,7
Länder <sup>1</sup>	221 921	213 201	8 720	4,1
Gemeinden <sup>2</sup>	31 316	28 263	3 052	10,8
Zusammen	515 498	493 818	21 681	4,4

Differenzen in den Summen durch Rundung.

weniger stark gestiegen als die Steuereinnahmen der Länder.

Die Einzelergebnisse der von Bund und Ländern verwalteten Steuern sowie deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften im Jahr 2008 und in den einzelnen Monaten finden Sie im Internetangebot des BMF unter http://www.bundesfinanzministerium.de unter der Rubrik Steuern> Steuerschätzung/Steuereinnahmen> Steuereinnahmen.

 $<sup>^1 \</sup>quad {\sf Nach\,Bundeserg\"{a}nzungszuweisungen.}$ 

 $<sup>^2 \ \</sup> Lediglich \ Gemeinde anteil \ an \ der \ Einkommensteuer, \ am \ Zinsabschlag \ und \ an \ den \ Steuern \ vom \ Umsatz.$ 

STELLUNGNAHME ZU DEN ARTIKEL-IV-KONSULTATIONEN DES INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS MIT DEUTSCHLAND

# Stellungnahme zu den Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland

- Der Internationale W\u00e4hrungsfonds (IWF) hat am 14. Januar 2009 seine j\u00e4hrlichen Artikel-IV-Konsultationen mit Deutschland abgeschlossen.
- Für Deutschland erwartet der IWF einen Rückgang der Wirtschaftsleistung von 2,5 % in diesem Jahr. Neben den aktuellen Finanzmarktturbulenzen sei vor allem der Einbruch des Welthandels für diese Entwicklung verantwortlich, welcher Deutschland als exportorientierte Volkswirtschaft besonders hart treffe.
- Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Finanzmarkt- und Konjunkturstabilisierung werden positiv beurteilt.

Zu den wesentlichen Aufgaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) gehört der Dialog mit den Mitgliedsländern über die nationalen und internationalen Auswirkungen ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Grundsätze für diese Konsultationen sind in Artikel IV des Übereinkommens über den IWF festgelegt.

Der IWF bietet allen Mitgliedsländern jährliche Konsultationen an. Üblicherweise besucht zunächst ein Team von IWF-Mitarbeitern das jeweilige Land, um sich über die Wirtschaftsund Finanzlage zu informieren und mit der Regierung die politische Ausrichtung zu diskutieren. Auf dieser Grundlage verfasst das IWF-Team einen Bericht, den die ständigen Vertreter der Mitgliedsländer beim IWF, die Exekutivdirektoren, erörtern. veröffentlicht danach eine Presseerklärung, die sogenannte "Public Information Notice" (PIN), Ergebnisse wesentlichen Konsultationen zusammenfasst. Die PIN zur Artikel-IV-Konsultation 2008 mit Deutschland ist in deutscher Übersetzung diesem Artikel beigefügt. Das IWF-Exekutivdirektorium hat Artikel-IV-Konsultation Deutschland am 14. Januar abgeschlossen.

Nach einem moderaten Wirtschaftswachstum in Deutschland im Jahr 2008 von 1,3% prognostiziert der IWF für 2009 einen Rückgang des BIP um 2,5%. Der drastische Rückgang erkläre sich zum einen durch Übertragungs-Effekte Finanzmarktturbulenzen auf die Realwirtschaft. Zum anderen sei Deutschland als offene, exportorientierte Volkswirtschaft besonders hart vom Einbruch des Welthandels betroffen. Nach Einschätzung des IWF wird dieser Einbruch nicht durch die Binnennachfrage kompensiert werden können, da diese aufgrund unsicherer Zukunftserwartungen von Unternehmen und Konsumenten schwach ausfallen dürfte.

Grundsätzlich fällt die **Bewertung** der wirtschaftspolitischen Maßnahmen Deutschland positiv aus. So begrüßt der IWF neben dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz die Maßnahmen im "Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland". Diese seien geeignet, sowohl kurzfristige Koniunkturals langfristige auch Wachstumsimpulse zu geben. Diesbezüglich werden sowohl die Senkung der Sozialbeiträge auch verstärkten öffentlichen Investitionen in Infrastrukturprojekte positiv hervorgehoben. Neben der Notwendigkeit

STELLUNGNAHME ZU DEN ARTIKEL-IV-KONSULTATIONEN DES INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS MIT DEUTSCHLAND

entschlossenen finanzpolitischen zum Handeln unterstreichen Exekutivdirektoren die Bedeutung tragfähiger öffentlicher Finanzen. In diesem Zusammenhang werden insbesondere die erzielten bisher Erfolge der Haushaltskonsolidierung und die geplante Reform der verfassungsrechtlichen Verschuldungsregel gelobt. Dieses Konzept der "Schuldenbremse" sollte aus Sicht des IWF auch auf die Bundesländer übertragen werden.

Zusätzlich hält der IWF auch weitere Anstrengungen insbesondere im Bereich der Finanzmarktstabilisierung für erforderlich. Das Exekutivdirektorium sieht eine Notwendigkeit zur Restrukturierung der Landesbanken und zur Stärkung der Einlagensicherungssysteme, welche europäisch koordiniert erfolgen sollte. Zudem spricht sich der IWF dafür aus, striktere Regeln für Finanzinstitute zu implementieren und deren Einhaltung zeitnah zu überwachen.

#### IWF-Exekutivdirektorium schließt Artikel-IV-Konsultationen 2008 mit Deutschland ab

Am 14. Januar 2009 schloss das Exekutivdirektorium des Internationalen Währungsfonds (IWF) die Artikel-IV-Konsultationen mit Deutschland ab.

#### Hintergrund

Nach robuster Entwicklung in den Jahren 2006 und 2007 hat sich das reale BIP-Wachstum 2008 abgeschwächt und dürfte nun drastisch sinken. Die globale Nachfrage geht derzeit zurück, und die Stimmungsindikatoren verschlechtern sich. Die Krise an den Finanzmärkten hat sich auf die Stimmung und die Realwirtschaft niedergeschlagen. Die Zurückhaltung der deutschen Verbraucher in der derzeit unsicheren Situation wird die Abschwächung im Export verstärken, und Investitionsentscheidungen dürften aufgeschoben werden. Für 2008 wird ein BIP-Wachstum von 1,3 % vorhergesagt. Für 2009 wird eine Schrumpfung der Wirtschaft um 2½% prognostiziert, auf die 2010 eine langsame Erholung folgt. Die Abwärtsrisiken bleiben jedoch bestehen.

Die Finanzmarktturbulenzen haben Schwachstellen im deutschen Finanzsystem offengelegt. Bereits im Sommer 2007 waren wegen der Schieflage von IKB und Sachsen LB staatliche Interventionen erforderlich. Nach der Insolvenz von Lehman Brothers im Herbst 2008 wurde das Vertrauen in das System durch den Refinanzierungsbedarf der Hypo Real Estate erneut gefährdet. Eine staatliche Garantie für Einlagen privater Haushalte bot erste Stabilität. Ihr folgte im Oktober 2008 als Teil einer weltweit koordinierten Maßnahme ein umfassendes Paket zur Förderung der Marktliquidität und der Bankenkapitalisierung.

Die Haushaltskonsolidierung der vergangenen Jahre und das Wachstum bei Einkommen und Beschäftigung im Jahr 2007 begünstigten einen ausgeglichenen Haushalt 2008. Für 2009 und 2010 wird jedoch aufgrund der Abkühlung der Konjunktur und des Arbeitsmarktes ein Anstieg des Defizits erwartet. Das Konjunkturpaket der Regierung dürfte der Binnennachfrage die benötigten Impulse geben, jedoch auch zu einem Defizitanstieg führen. Um Bedenken hinsichtlich der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen Rechnung zu tragen, beabsichtigt die Regierung die Einführung einer Defizitregel, mit der der strukturelle Finanzierungssaldo auf nahe Null begrenzt würde. Ehrgeizigere Pläne für eine Reform des Fiskalföderalismus wurden jedoch auf das Jahr 2019 verschoben.

#### Beurteilung durch das Exekutivdirektorium

Die Exekutivdirektoren stellten fest, dass Deutschland in den vergangenen drei Monaten durch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise unter erhöhten Druck geraten sei, was auf den Offenheitsgrad der deutschen Wirtschaft und ihre starke Verflechtung mit der Weltwirtschaft zurückzuführen sei. Wegen des starken Einbruchs im Welthandel und der anhaltend schwachen Binnennachfrage stehe Deutschland vor einem erheblichen und möglicherweise länger

STELLUNGNAHME ZU DEN ARTIKEL-IV-KONSULTATIONEN DES INTERNATIONALEN WÄHRLINGSFONDS MIT DEUTSCHLAND

andauernden wirtschaftlichen Abschwung. Die Krisen im Unternehmens- und Finanzsektor der deutschen Wirtschaft, die bisher relativ unabhängig voneinander auftraten, drohten künftig stärker in Verflechtung zu geraten. Vor diesem Hintergrund begrüßten die Direktoren die jüngsten Initiativen der deutschen Regierung, das finanzielle Sicherheitsnetz erheblich zu stärken und wertvolle konjunkturelle Impulse zu geben. Sie erkannten an, dass die grundlegenden Wirtschaftsdaten in Deutschland weiterhin solide seien, und begrüßten die dauerhafte fiskalpolitische Umsicht der vergangenen Jahre, die den nötigen Spielraum für beträchtliche fiskalische Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft geschaffen habe.

Die Direktoren begrüßten, dass die deutsche Regierung der Wahrung der Finanzstabilität und der Stabilisierung der Realwirtschaft weiterhin Priorität beimesse. Das globale politische Handeln und Maßnahmen zur Eindämmung der Gefahr eines kostspieligen und sich selbst verstärkenden Einbruchs der Weltwirtschaft sollten im Interesse größtmöglicher Wirksamkeit vorzugsweise regional und international koordiniert werden. Deutschland komme hierbei angesichts der Größe seiner Wirtschaft und der beträchtlichen Übertragungswirkungen zwischen der Bundesrepublik und anderen Volkswirtschaften eine besondere Führungsrolle zu.

Die Direktoren stellten fest, dass die globale Finanzkrise erhebliche Schwachstellen im deutschen Finanzsystem aufgezeigt habe, die durch die konjunkturelle Abkühlung in Deutschland verstärkt werden könnten. Sie begrüßten die entschiedene Antwort der Regierung und erwähnten insbesondere die Einrichtung des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) als unerlässlichen Schutz für den Finanzsektor. Mehrere Garantien wurden gewährt, die die Banken unterstützen, ihren kurzfristigen Finanzbedarf zu decken. Die Direktoren begrüßten zudem die Anstrengungen zur Stärkung der Kapitalpositionen. Angesichts der Kapitalschwäche mehrerer Banken könne wegen der zu erwartenden Qualitätsverschlechterung der Aktiva eine weitere Rekapitalisierung wünschenswert sein. Die Direktoren empfahlen außerdem, dass die Finanzmarktstabilisierungsanstalt (FMSA) ihre Befugnisse umfassender anwende, um die Stabilität des Finanzsektors zu stärken. Insbesondere forderten die Direktoren eine entschlossene Sanierung und Verkleinerung der Landesbanken, die die öffentlichen Finanzen anhaltend belasteten und die Finanzstabilität bedrohten.

Die Direktoren forderten eine verbesserte Einlagensicherung, die angesichts der Risiken bei den vorhandenen unterschiedlichen Sicherungssystemen, die sich in der Regel auf eine nachträgliche Lastenverteilung verlassen, ein zentrales Element des finanziellen Sicherheitsnetzes darstelle. Ein Unterbau in Form eines aus Beiträgen aller Banken vorfinanzierten obligatorischen Einlagensicherungssystems ("ex ante") würde den Einlegerschutz vereinheitlichen und die Anreize für das Verschieben von Einlagen zwischen den vorhandenen Systemen verringern. Die derzeit entstehenden EU-Vorschriften dürften Orientierung bei den Deckungsgrenzen bieten.

Die Direktoren stellten fest, dass die Notwendigkeit strengerer Regulierungs- und Aufsichtsverfahren im Bankensektor zwingender geworden sei. Die Regierung wurde ermutigt, unabhängig vom jährlichen Zyklus der externen Rechnungsprüfung der Banken stärker auf zeitnahe aufsichtsbehördliche Bewertungen zurückzugreifen sowie Regulierung und Aufsicht mit einem System aus Makroüberwachung und Stabilitätsanalyse zu verknüpfen, um unmittelbar auf Problemlagen reagieren zu können. In diesem Kontext könne eine stärkere Konsolidierung der regulatorischen und aufsichtsrechtlichen Ressourcen beträchtliche Vorteile mit sich bringen.

Die Direktoren begrüßten die Konjunkturprogramme, die die Regierung in den zurückliegenden vier Monaten aufgelegt habe, um die Binnennachfrage anzukurbeln und eine weitere Eintrübung von Konsum- und Geschäftsklima zu verhindern. Sie betrachteten diese Programme als zur rechten Zeit aufgelegt. Die Direktoren begrüßten insbesondere die

STELLUNGNAHME ZU DEN ARTIKEL-IV-KONSULTATIONEN DES INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS MIT DEUTSCHLAND

wichtigen Impulse durch das jüngste Paket. Sie stellten fest, dass die beschleunigte Senkung der Sozialversicherungsbeiträge und die Aufstockung der Ausgaben für Infrastrukturvorhaben als Bestandteile des Pakets besonders zielgerichtet seien und sowohl kurzfristige Impulse als auch langfristige Vorteile bieten dürften. Die Direktoren erkannten an, wie komplex eine präzise Beurteilung des optimalen Ausmaßes von Konjunkturimpulsen angesichts einer sich rasant – und häufig in unerwarteter Weise – verändernden globalen Situation sei. Angesichts der zuletzt erheblich verschlechterten Wirtschaftsaussichten sowie der im Wesentlichen robusten Haushaltssituation Deutschlands hätte sich eine Reihe von Direktoren noch mehr Entschlossenheit bei den Impulsen gewünscht. Andere Direktoren dagegen unterstützten den bedachten Ansatz der Regierung, weiterhin gleichermaßen auf diskretionäre Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft und auf die Wahrung fiskalpolitischer Umsicht zu setzen. Alle Direktoren begrüßten das wiederholte Bekenntnis der Regierung zur Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen in der mittleren Frist. Diese sei für die langfristige Glaubwürdigkeit der Staatsfinanzen in Einklang mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt von entscheidender Bedeutung.

Die Direktoren stellten fest, dass die Entwicklungen bei den Gesundheitsausgaben und der Schuldenanhäufung der Länder weiterhin Anlass zur Sorge gäben. Eine weitere Begrenzung der Arzneimittelausgaben und mehr leistungsfördernder Wettbewerb blieben attraktive Möglichkeiten zur Eindämmung der Gesundheitskosten. Die Direktoren erwähnten die möglichen Vorteile einer größeren Steuerautonomie der Länder und einer Umgestaltung der Bundesergänzungszuweisungen, um den Ländern mehr Anreize zur Ausgabendisziplin zu bieten. Sie begrüßten die vorgeschlagene Haushaltsregel, mit der der strukturelle Haushaltssaldo auf nahe Null begrenzt wird, und empfahlen, diese Regel auch auf die Länder anzuwenden.

STELLUNGNAHME ZU DEN ARTIKEL-IV-KONSULTATIONEN DES INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS MIT DEUTSCHLAND

Tabelle 1: Ausgewählte Konjunkturindikatoren laut IWF-Artikel-IV-Konsultationen zu Deutschland

	2004	2005	2006	2007	20081			
Wirtschaftliche Aktivität und Preise	Veränderung in %, falls nicht anders angegeben							
Reales BIP	1,2	2,5	1,3					
Nettoexporte <sup>2</sup>	1,4	0,7	1,0	1,4	-0,2			
Inlandsnachfrage gesamt	-0,1	0,0	2,1	1,1	1,6			
Privater Verbrauch	0,1	0,2	1,0	-0,4	0,0			
Bruttoanlageinvestitionen	-0,3	1,1	7,7	4,3	4,1			
Bauinvestitionen	-3,9	-3,0	5,0	1,8	2,7			
Bruttoinlandsersparnisse (% des BIP)	21,8	22,1	23,7	25,9	25,0			
Bruttoinlandsinvestitionen (% des BIP)	17,1	16,9	17,6	18,3	19,0			
Erwerbsbevölkerung <sup>3</sup>	43,0	43,3	43,2	43,3	43,4			
Beschäftigung <sup>3</sup>	38,8	38,8	39,0	39,7	40,3			
Standardisierte Arbeitslosenquote (%)	9,2	10,6	9,8	8,4	7,3			
Lohnstückkosten (gewerbliche Wirtschaft; Angabe in Stunden)	-3,1	-4,2	-4,0	-3,1	-1,2			
BIP-Deflator	1,0	0,7	0,5	1,8	1,4			
Harmonisierter VPI-Index	1,8	1,9	1,8	2,3	2,8			
Öffentliche Finanzen	in%des BIP							
Saldo der öffentlichen Haushalte <sup>4</sup>	-3,8	-3,3	-1,5	-0,2	-0,1			
Struktureller Haushaltssaldo	-2,6	-2,3	-1,2	-0,3	-0,3			
Bruttoverschuldung der öffentlichen Haushalte	64,7	66,4	66,0	65,0	68,7			
Geld- und Kreditvolumen		12-mo	onatige prozentuale Verände	erung				
Kredite an Privatpersonen und Unternehmen <sup>5</sup>	-0,2	2,2	3,5	3,2	6,6			
M3-Geldmenge <sup>5</sup>	2,2	5,2	4,9	10,6	11,1			
Zinssätze			in%					
Dreimonatiger Geldmarktsatz <sup>6</sup>	2,1	2,1	3,7	4,8	3,4			
Rendite auf zehnjährige Staatsanleihen <sup>6</sup>	4,1	3,6	3,8	4,3	3,2			
Zahlungsbilanz		in Mr	d. €, falls nicht anders angeg	eben				
Exporte <sup>7</sup>	850,3	924,6	1 056,3	1 148,6	1 206,6			
Importe <sup>7</sup>	739,9	805,1	925,5	975,6	1 047,6			
Handelsbilanz (% des BIP)	6,3	6,4	6,3	7,8	7,1			
Leistungsbilanzsaldo	102,9	116,6	141,5	184,2	149,4			
Leistungsbilanz (% des BIP)	4,7	5,2	6,1	7,6	6,0			
Wechselkurs			Durchschnitt im Zeitraum					
Euro pro US-Dollar <sup>6</sup>	0,80	0,80	0,80	0,73	0,74			
Nominaler effektiver Kurs (1990 = 100) <sup>6</sup>	115,7	114,7	114,9	119,7	115,8			
Realer effektiver Kurs (1990 = 100) <sup>8</sup>	105,5	102,2	99,1	97,9	95,1			

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> 2008 geschätzt, falls nicht anders angegeben.

Quellen: Deutsche Bundesbank; IWF, International Financial Statistics; IWF, World Economic Outlook; und IWF-Stabsprognosen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Beitrag zum BIP-Wachstum.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Nationale Definition nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) gemäß dem neuen integrierten System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Nach VGR gemäß dem neuen integrierten System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Daten für 2008 beziehen sich auf Dezember 2007. M3 bezieht sich auf Deutschlands Beitrag im Eurogebiet.

 $<sup>^{\</sup>rm 6}$  Die Daten für 2008 beziehen sich auf Dezember.

Güter und Dienstleistungen

 $<sup>^{8} \ \ \</sup>text{Gest\"{u}tzt} \ \text{auf} \ \text{die} \ \text{relativen} \ \text{normierten Lohnst\"{u}ckkosten} \ \text{im} \ \text{verarbeitenden Gewerbe}. \ \text{Die} \ \text{Daten} \ \text{f\"{u}r} \ \text{2008} \ \text{beziehen} \ \text{sich} \ \text{auf} \ \text{Dezember}.$ 

ERGEBNISSE DES LÄNDERFINANZAUSGLEICHS 2008

# Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2008

1	Bundesstaatlicher Finanzausgleich	59
	Umsatzsteuerverteilung unter den Ländern	
	Länderfinanzausgleich	
	Bundesergänzungszuweisungen	
2	Ergebnisse 2008	61

- Der bundesstaatliche Finanzausgleich soll alle Länder finanziell in die Lage versetzen, ihre verfassungsmäßigen Aufgaben zu erfüllen.
- Durch den Länderfinanzausgleich werden die Finanzkraftunterschiede zwischen den Ländern spürbar verringert.
- Das Umverteilungsvolumen des Länderfinanzausgleichs lag im Jahr 2008 bei 8,3 Mrd. €.

# 1 Bundesstaatlicher Finanzausgleich

Der bundesstaatliche Finanzausgleich (aufeinander aufbauend: Umsatzsteuerverteilung, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen) Aufgabe, alle Länder finanziell in die Lage zu versetzen, ihre verfassungsmäßigen Aufgaben zu erfüllen und ihre Eigenstaatlichkeit zu entfalten. Die Grundzüge des Finanzausgleichs sind im Grundgesetz festgelegt. Seine konkrete Ausgestaltung erfolgt durch einfache Gesetze: Das abstrakt gehaltene Maßstäbegesetz konkretisiert betreffenden finanzverfassungsrechtlichen Regelungen und bildet die Grundlage für das Finanzausgleichsgesetz, das die Einzelheiten des Finanzausgleichs bestimmt. Maßstäbegesetz und Finanzausgleichsgesetz gelten seit 2001 beziehungsweise 2005 und sind bis Ende 2019 befristet.

# 1.1 Umsatzsteuerverteilung unter den Ländern

In der ersten Stufe des Ausgleichssystems wird der Länderanteil am Umsatzsteueraufkommen den einzelnen Ländern zugeordnet. Dabei erhalten diejenigen Länder, deren Aufkommen

aus der Einkommensteuer. der Körperschaftsteuer und den Landessteuern je Einwohner unterhalb des Länderdurchschnitts liegt, einen Teil des Länderanteils an der Umsatzsteuer, höchstens jedoch 25%, als sogenannte Ergänzungsanteile. Dadurch wird die Lücke zwischen den Steuereinnahmen steuerschwacher Länder und Länderdurchschnitt teilweise, aber keineswegs vollständig geschlossen. Die exakte Höhe der Umsatzsteuer-Ergänzungsanteile ist abhängig davon, wie stark die Steuereinnahmen je Einwohner eines Landes den unter durchschnittlichen Steuereinnahmen ie Einwohner aller Länder liegen. Der Rest des Länderanteils an der Umsatzsteuer, mindestens 75%, wird nach der Einwohnerzahl verteilt. Die Umsatzsteuerverteilung hat durch diese beiden Verteilungskriterien bereits Finanzausgleichswirkungen.

#### 1.2 Länderfinanzausgleich

Durch den Länderfinanzausgleich, der zweiten Stufe des Ausgleichssystems, werden die Einnahmeunterschiede zwischen den Ländern weiter verringert. Die finanzschwachen Länder erhalten Ausgleichszuweisungen, die von den finanzstarken Ländern aufgebracht werden müssen. Durch die weitere Annäherung der Einnahmen der Länder soll die Herstellung und

ERGEBNISSE DES LÄNDERFINANZAUSGLEICHS 2008

Bewahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse für alle Einwohner im Bundesgebiet ermöglicht werden.

Ausgangspunkt für den Länderfinanzausgleich ist die Finanzkraft je Einwohner der einzelnen Länder. Die Finanzkraft eines Landes ist die Summe seiner Einnahmen und anteilig (zu 64%) der Einnahmen seiner Gemeinden. Prinzipiell werden alle Einnahmearten der Länder und Gemeinden bei der Bestimmung der Finanzkraft berücksichtigt; aufgrund von Ausnahmen von dieser Regel fließen im Wesentlichen die Steuereinnahmen der Länder und Gemeinden in den Länderfinanzausgleich.

Grundsätzlich wird ein gleicher Finanzbedarf je Einwohner in allen Ländern angenommen. Für die drei Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen ist diese Annahme nicht angemessen. Stadtstaaten weisen einen deutlich höheren Finanzbedarf ie Einwohner auf Flächenländer. Ihre Einwohnerzahl wird deshalb im Länderfinanzausgleich fiktiv auf 135% erhöht (Einwohnergewichtung). geringfügig höherer Finanzbedarf je Einwohner besteht auch in den drei besonders besiedelten Flächenländern dünn Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Deshalb wird auch ihre Einwohnerzahl im Länderfinanzausgleich fiktiv geringfügig erhöht.

Die exakte Höhe der Ausgleichszuweisungen für ein finanzschwaches Land ist davon abhängig, um wie weit seine Finanzkraft je (gewichtetem) Einwohner durchschnittliche Finanzkraft je Einwohner unterschreitet. Die Lücke zum Durchschnitt wird - auf der Basis eines progressiven Ausgleichstarifs - teilweise, aber nicht vollständig geschlossen. Analog dazu ist die Ausgleichsbeiträge, Höhe finanzstarkes Land zu leisten hat, davon abhängig, um wie weit seine Finanzkraft je Einwohner die durchschnittliche Finanzkraft je Einwohner übersteigt. Symmetrisch zum Ausgleichstarif wird die überdurchschnittliche

Finanzkraft anteilig, aber nicht vollständig abgeschöpft. Die Regelungen sind im Einzelnen so ausgestaltet, dass die Finanzkraftreihenfolge der Länder durch den Länderfinanzausgleich nicht verändert werden kann.

#### 1.3 Bundesergänzungszuweisungen

Bundesergänzungszuweisungen, dritte als Stufe des Ausgleichssystems, sind den Länderfinanzausgleich ergänzende Zuweisungen Bundes des an Länder. leistungsschwache Sie sind ungebundene Mittel und dienen der ergänzenden Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs. Zu unterscheiden ist zwischen allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen und Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen.

allgemeine Durch wird Bundesergänzungszuweisungen leistungsschwachen Ländern die nach dem Länderfinanzausgleich verbleibende Lücke zu der durchschnittlichen Finanzkraft weiter verringert. Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen erhalten Länder, deren Finanzkraft je gewichtetem Einwohner nach dem Länderfinanzausgleich unter 99,5% des Durchschnitts liegt. Die nach Länderfinanzausgleich verbleibende Lücke wird anteilig aufgefüllt.

Die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen demgegenüber auf den Ausgleich besonderer Finanzbedarfe leistungsschwacher aufgrund spezifischer Sonderlasten. Die Höhe der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen ist unabhängig von den aktuellen Finanzkraftverhältnissen und im Finanzausgleichsgesetz festgeschrieben.

ERGEBNISSE DES LÄNDERFINANZAUSGLEICHS 2008

## 2 Ergebnisse 2008<sup>1</sup>

Die vorläufige Jahresrechnung 2008 des bundesstaatlichen Finanzausgleichs (Umsatzsteuerverteilung,

Länderfinanzausgleich und allgemeine Bundesergänzungszuweisungen) liegt nunmehr vor. Einzelheiten ergeben sich aus der nachstehenden Übersicht.

Das Volumen des Umsatzsteuerausgleichs im Jahr 2008 betrug 8,2 Mrd. € und ist damit gegenüber 2007 (8,0 Mrd. €) gestiegen. Die relativen Steueraufkommensunterschiede zwischen den Ländern haben sich 2008 gegenüber 2007 verringert, so auch die Spreizung zwischen Ost und West: Gemessen am Länderdurchschnitt lag das Steueraufkommen der neuen Flächenländer im Jahr 2008 zwischen 44,2% (Mecklenburg-Vorpommern) und 55,9% (Brandenburg) gegenüber 2007 mit 40,5% (Mecklenburg-Vorpommern) und 51,9% (Brandenburg).

Das Umverteilungsvolumen des Länderfinanzausgleichs lag im abgelaufenen Jahr bei 8,3 Mrd. € (450 Mio. € über dem Vergleichswert 2007); insbesondere

- gab es vier Zahlerländer (Hessen, Bayern, Baden-Württemberg und Hamburg) und zwölf Empfängerländer; Nordrhein-Westfalen ist erstmals seit 1995 - dem Jahr der vollständigen und gleichberechtigten Einbeziehung der neuen Länder in den gesamtdeutschen Finanzausgleich - kein Zahlerland, sondern Nehmerland;
- größtes Zahlerland war-gemessen an der Höhe der geleisteten Ausgleichsbeträge
   Bayern mit 2,9 Mrd. € und wies auch den höchsten Zuwachs auf (636 Mio. €);
- größtes Empfängerland war gemessen an der Höhe der erhaltenen

Ausgleichszuweisungen-wiederum Berlin mit 3.2 Mrd. €.

Vom Umverteilungsvolumen des Jahres 2008 entfielen 6,8 Mrd. € und damit 81,4% auf den West-Ost-Ausgleich.

Das Volumen der allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen betrug 2008 für elf Empfängerländer 3,1 Mrd. €, und damit 151 Mio. € mehr als im Jahr zuvor. Nordrhein-Westfalen hat keinen Anspruch auf allgemeine Bundesergänzungszuweisungen, da Finanzkraft nach Länderfinanzausgleich nur knapp unter dem Länderdurchschnitt liegt. Größter Empfänger war auch hier, wie bereits 2007, Berlin mit 986 Mio. € (Vorjahr 909 Mio. €). Durch die allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen wurde die Finanzkraft der leistungsschwachen Länder auf 97,4% (Berlin) und zwischen 99.3% (Niedersachsen) angehoben.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Grundlage: vorläufige Jahresrechnung 2008.

ERGEBNISSE DES LÄNDERFINANZAUSGLEICHS 2008

Tabelle 1: Daten zur horizontalen Umsatzsteuerverteilung, zum Länderfinanzausgleich und zu den allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) im Jahr 2008

	NW	BY	BW	NI	HE	SN	RP	ST
Steuer der Länder vor Umsatzsteuerausgleich (je Einwohner in % des Durchschnitts)	104,2	124,6	121,1	82,9	132,3	48,7	95,9	47,6
Umsatzsteuerausgleich (Differenz zwischen Verteilung nach geltendem Recht und vollständiger Verteilung nach Einwohnern) in Mio. €	-2 813,0	-1 960,0	-1 683,0	585,0	- 950,0	2 319,0	-432,0	1 358,0
Finanzkraft in % des Länderdurchschnitts <sup>1</sup> (vor Finanzausgleich)	99,8	112,4	112,4	97,2	120,4	85,4	94,2	86,2
Ausgleichsbeiträge und -zuweisungen im Länderfinanzausgleich in Mio. €	49,9	-2 938,0	-2 520,5	322,8	-2 488,6	1 169,8	376,6	632,5
Finanzkraft in % des Länderdurchschnitts <sup>1</sup> (nach Finanzausgleich)	99,9	104,5	104,5	98,6	106,5	94,8	97,4	95,0
Allgemeine BEZ in Mio. €				167,2		450,6	195,4	247,2
Finanzkraft in % des Länderdurchschnitts <sup>1</sup> (nach Finanzausgleich und allgemeinen BEZ)				99,3		98,4	99,0	98,5

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Genauer: in % der Ausgleichsmesszahl.

noch Tabelle 1: Daten zur horizontalen Umsatzsteuerverteilung, zum Länderfinanzausgleich und zu den allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) im Jahr 2008

	SH	ТН	ВВ	MV	SL	BE	нн	НВ	Insgesamt
Steuer der Länder vor Umsatzsteuerausgleich (je Einwohner in % des Durchschnitts)	87,1	46,7	55,9	44,2	81,9	81,2	175,1	101,0	100,0
Umsatzsteuerausgleich (Differenz zwischen Verteilung nach geltendem Recht und vollständiger Verteilung nach Einwohnern) in Mio. €	45,0	1 318,0	1 141,0	1 028,0	90,0	334,0	- 277,0	- 104,0	±8219
Finanzkraft in % des Länderdurchschnitts <sup>1</sup> (vor Finanzausgleich)	95,9	85,2	86,9	83,4	93,3	67,2	108,8	72,4	100,0
Ausgleichsbeiträge und -zuweisungen im Länderfinanzausgleich in Mio. €	178,4	643,3	626,7	544,8	116,7	3 154,5	- 375,3	506,7	±8322
Finanzkraft in % des Länderdurchschnitts <sup>1</sup> (nach Finanzausgleich)	98,0	94,8	95,2	94,3	97,1	90,2	103,5	91,5	100,0
Allgemeine BEZ in Mio. €	96,9	246,9	249,0	202,2	57,7	986,2		164,0	3 063,3
Finanzkraft in % des Länderdurchschnitts <sup>1</sup> (nach Finanzausgleich und allgemeinen BEZ)	99,2	98,4	98,5	98,3	99,0	97,4		97,7	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Genauer: in % der Ausgleichsmesszahl.

FISKALPOLITISCHER HANDLUNGSBEDARF ZUR KONJUNKTURSTÄRKUNG

# Fiskalpolitischer Handlungsbedarf zur Konjunkturstärkung

Brief des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen an Minister Peer Steinbrück vom 4. Dezember 2008

- Schnell realisierbare Nachfrageimpulse können nach Auffassung des Wissenschaftlichen Beirats am ehesten durch kommunale Investitionen erzeugt werden.
- Konsumschecks sind allenfalls als sehr kurzfristige und einmalige Maßnahme zu empfehlen.
- Größere Wirkungen könnte ein fiskalpolitisches Programm nur dann erzielen, wenn die Maßnahmen Teil eines international koordinierten Konjunkturpakets wären.

## Besteht in Deutschland weiterer fiskalpolitischer Handlungsbedarf zur Stabilisierung der Konjunktur?

Derzeit versuchen die Regierungen der Industrieländer weltweit, dem aktuellen, massiven Konjunktureinbruch durch eine aktive Geld- und Fiskalpolitik zu begegnen. Im Euroraum hat die Europäische Zentralbank eine Reihe geldpolitischer Maßnahmen ergriffen. Unabhängig davon, ob weitere geldpolitische Schritte erfolgen müssen, konzentriert die Debatte sich nun auf fiskalpolitische Handlungsmöglichkeiten.

Europäische Kommission Mitgliedstaaten aufgefordert, nicht allein die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen, sondern zusätzlich ein kreditfinanziertes Konjunkturprogramm in Höhe von 1,2% des Bruttoinlandsprodukts der Europäischen Union (170 Mrd. €) aufzulegen. Viele Regierungen haben bereits erste Konjunkturprogramme beschlossen, so auch in Deutschland. Die Bundesregierung jedoch von verschiedenen Seiten, auch aus dem Ausland, aufgefordert, weitere fiskalpolitische Maßnahmen zu ergreifen, um gesamtwirtschaftliche Nachfrage

stärken. Diese Forderungen werfen eine Reihe von Fragen auf:

- Warum sollte die Bundesregierung jetzt zu fiskalpolitischen Maßnahmen greifen, nachdem in Wissenschaft und Politik seit vielen Jahren von aktiver Konjunkturpolitik eher abgeraten wurde?
- 2. Sind fiskalpolitische Impulse geeignet, um in der aktuellen Situation die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu stabilisieren? Falls ja, welche Maßnahmen wären zu ergreifen?
- 3. Welche quantitativen Wirkungen kann man von fiskalpolitischen Maßnahmen in Deutschland erwarten?
- 4. Ist weiteres fiskalpolitisches Handeln angesichts der Verschuldung der öffentlichen Haushalte in Deutschland zu verantworten?

FISKALPOLITISCHER HANDLUNGSBEDARF ZUR KONJUNKTURSTÄRKUNG

1 Warum sollte die
Bundesregierung jetzt zu
fiskalpolitischen
Maßnahmen greifen,
nachdem in Wissenschaft
und Politik seit vielen Jahren
von aktiver
Konjunkturpolitik eher
abgeraten wurde?

Prinzipiell herrscht in Wissenschaft und Politik seit langer Zeit erhebliche Skepsis gegenüber aktiver Konjunkturpolitik und vor allem aktiver Fiskalpolitik. Das liegt daran, dass die Erfahrungen mit Versuchen der Konjunktursteuerung und -stimulierung in den letzten Jahrzehnten vielfach negativ waren. In offenen Volkswirtschaften ist Fiskalpolitik auch weniger wirksam als in geschlossenen. Aktive Fiskalpolitik ist darüber hinaus ungeeignet, eine länger anhaltende, chronische Wachstumsschwäche bekämpfen, wie sie lange auch in Deutschland vorlag.

Die aktuelle wirtschaftliche Lage ist jedoch außergewöhnlich. Die deutsche Wirtschaft ist erheblichen Störungen an den Finanzmärkten und einem Einbruch des Vertrauens in die wirtschaftliche Entwicklung mit der Folge drastisch sinkender gesamtwirtschaftlicher Nachfrage konfrontiert. Der Nachfrageeinbruch beschränkt sich nicht nur auf Deutschland, er trifft alle Industrieländer. Wie der Beirat in seiner Stellungnahme "Verstärkte Koordinierung der antizyklischen Finanzpolitik in Europa" (August 2002) erläutert hat, kann es im Fall eines schweren makroökonomischen Schocks, der die Länder der Europäischen Wirtschafts-Währungsunion gemeinsam trifft, erforderlich fiskalpolitische Maßnahmen sein, Stabilisierung der Konjunktur zu ergreifen. Diese Maßnahmen sollten allerdings eine Reihe von Kriterien erfüllen:

- Sie sollten möglichst schnell wirken. Maßnahmen, die erst mit größerer Zeitverzögerung wirken, könnten zu spät kommen, um den Konjunktureinbruch einzudämmen.
- 2. Sie sollten zielgenau sein. Es ist wichtig, sich auf Maßnahmen zu konzentrieren, die tatsächlich unmittelbare und möglichst große Wirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage entfalten.
- 3. Sie sollten temporärer Natur sein. Permanente Ausgabensteigerungen oder Steuersenkungen bergen die Gefahr, dass sie zu strukturellen Defiziten in den öffentlichen Haushalten führen, die unerwünscht sind.
- 4. Sie sollten international koordiniert werden. Ein isoliertes fiskalpolitisches Handeln einzelner Länder hat kaum Aussicht, seine Ziele zu erreichen.

## 2 Sind fiskalpolitische Impulse geeignet, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu stärken?

Der Staat kann die gesamtwirtschaftliche Nachfrage unmittelbar steigern, indem er seine eigenen Ausgaben für Güter und Dienstleistungen erhöht, beispielsweise durch erhöhte öffentliche Investitionen. Darüber hinaus können fiskalpolitische Maßnahmen an der Konsumnachfrage der privaten Haushalte oder an der Investitionsnachfrage der Unternehmen ansetzen.

Die Steigerung der öffentlichen Nachfrage durch vermehrte öffentliche Investitionen ist Teil des bereits beschlossenen Konjunkturpakets. Dabei besteht das Problem, dass viele öffentliche Investitionen einer längeren, unter Umständen mehrjährigen Vorlaufzeit bedürfen. Das gilt zumindest für Vorhaben, bei denen aufwendige Planungsverfahren erforderlich sind. Zur

FISKALPOLITISCHER HANDLUNGSBEDARF ZUR KONJUNKTURSTÄRKUNG

kurzfristigen Nachfragesteigerung eignen sich deshalb zunächst Investitionen, deren Planung bereits abgeschlossen ist und die bisher mangels Finanzierbarkeit nicht durchgeführt worden sind, wie z.B. Erhaltungsinvestitionen für öffentliche Bauten. Gleichzeitig könnten Planungen für längerfristige Maßnahmen vorangetrieben und durch eine zeitweilige Vereinfachung der Genehmigungsverfahren beschleunigt werden.

Vergleichsweise schnell realisierbare Nachfrageimpulse können auch durch kommunale Investitionsqutscheine erzeugt Inhaltlich könnte werden. dies durch Zuweisungen erfolgen, die innerhalb kurz zu bemessender Fristen verausgabt werden müssen. Hierbei kann man sich auf die Vorschriften des Art. 104b GG stützen, der zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts vorsieht, dass der Bund den Ländern Finanzhilfen für Investitionen der Gemeinden gewährt. Wegen der großen Zahl der Gemeinden können gesamtwirtschaftlich wirksame Nachfrageimpulse auch schon von Projekten ausgelöst werden, die im Einzelfall nicht die finanziellen Volumina erreichen, bei denen eine europaweite Ausschreibung erforderlich ist, die einer zügigen Umsetzung entgegensteht. Derartiq Investitionsprogramme tragen nach Ansicht des Beirats aufgrund ihrer Nachhaltigkeit zur Vertrauensbildung und zu positiveren Erwartungen bei.

Um die Konsumnachfrage der privaten Haushalte anzuregen, können Steuern gesenkt oder Transfers erhöht werden. Ein zentrales Problem besteht darin. dass Konsumentscheidungen der meisten privaten Haushalte stärker durch die Erwartungen über die mittel- bis langfristige Einkommens- und Vermögenssituation als durch das laufende verfügbare Einkommen beeinflusst sind. Empirische Untersuchung zeigen, dass der private Konsum nur zu etwa 30% durch das laufende Einkommen bestimmt wird. Viele Haushalte würden in der aktuellen und von

Unsicherheit geprägten wirtschaftlichen Lage auf Steuerentlastungen mit höherer Ersparnis reagieren. Das würde vor allem für Einkommensteuersenkungen gelten. Lediglich Haushalte, die ihre latenten Konsumwünsche nur deswegen nicht befriedigen, weil sie keine Kredite erhalten oder aufnehmen wollen, würden auf einen Anstieg ihres verfügbaren Einkommens unmittelbar mit im gleichen Umfang steigenden Konsumausgaben reagieren. Das dürften vor allem Haushalte in niedrigen Einkommensschichten sein.

Um fiskalpolitische Maßnahmen auf diese Gruppe auszurichten, müsste man Instrumente zurückgreifen, die teilweise negative Nebenwirkungen entfalten. So würde beispielsweise eine temporäre Anhebung der **Transfers** ALG-II-Empfänger an voraussichtlich die Konsumnachfrage steigern. Gleichzeitig würden iedoch negative Beschäftigungsanreize entstehen. Erwägenswert wäre eine vorübergehende Senkung der Anrechnungssätze bei selbst erzielten Einkommen im Rahmen des ALG II. Auch dabei wären die Beschäftigungsanreize jedoch problematisch, weil das Aufstocken gegenüber der voll Existenz sichernden Arbeit attraktiver würde. Hinzu kommt, dass es schwierig wäre, diese Maßnahme nach ein oder zwei Jahren zurückzunehmen.

Alternativ wäre eine temporäre Senkung der Mehrwertsteuer denkbar. wie sie Vereinigten Königreich beschlossen wurde. Dieses Instrument wird auch von der Europäischen Kommission empfohlen. Eine temporäre Senkung der Konsumentenpreise hätte vermutlich stärkere Auswirkungen auf die laufenden Konsumausgaben als eine Einkommensteuersenkung. Allerdings stellt sich die Frage, ob eine Mehrwertsteuersenkung sich kurzfristig tatsächlich in hinreichendem Umfang in Konsumentenpreisen niedrigeren niederschlagen würde. Falls dies eintritt, wären vor allem bei langlebigen Konsumgütern Vorzieheffekte erreichbar. Vermutlich würde aber ein erheblicher Teil der

FISKALPOLITISCHER HANDLUNGSBEDARF ZUR KONJUNKTURSTÄRKUNG

steuerlichen Entlastung in höhere Ersparnis fließen. Es besteht die Gefahr, dass den hohen fiskalischen Kosten einer temporären Mehrwertsteuersenkung nur eine begrenzte Wirkung auf die Konsumnachfrage gegenübersteht.

Diskutiert werden derzeit auch völlig neue, recht originelle fiskalpolitische Instrumente, so beispielsweise ein "Konsumscheck" in Form eines Gutscheins, der an die Bevölkerung verteilt wird und innerhalb einer gewissen Frist verwendet werden muss, weil er sonst verfällt. Verschiedentlich wird auch gefordert, dass der Gutschein bei Einlösung eine gewisse Zuzahlung der Konsumenten verlangt.

Mit einem Gutschein an Stelle eines Geldtransfers soll sichergestellt werden, dass die eingesetzten Mittel tatsächlich die Konsumnachfrage steigern und nicht etwa zu mehr Ersparnis führen. Dabei wird übersehen, dass die Konsumenten mit dem Gutschein Güter erwerben können, die sie auch sonst gekauft hätten. Ein Anstieg der Ersparnis lässt sich deshalb nicht allein dadurch verhindern, dass man Haushalten statt eines Geldbetrags einen Einkaufsgutschein zukommen lässt. Entscheidend ist, dass es sich bei den Empfängern um Haushalte handelt, von denen ihrer wirtschaftlichen wegen Situation erwartet werden kann, dass sie den erhaltenen Transfer sofort ausgeben. Wenn man sich für einen Konsumscheck entscheidet, sollte es sich also um einen Geldtransfer handeln, auch um den administrativen Aufwand in Grenzen zu halten.

Die Vorteile des Konsumschecks als konjunkturpolitisches Instrument liegen darin, dass man ihn schnell einsetzen könnte und ihn gezielt bestimmten Haushalten gewähren eine könnte, die hohe kurzfristige Ausgabenneigung haben, beispielsweise Haushalten mit mehreren Kindern oder einkommensschwachen Gruppen. Bei der Auswahl der Haushalte, die den Konsumscheck erhalten sollen, ist es aus rechtlichen Gründen wichtig, eine willkürliche Begünstigung

bestimmter Gruppen zu vermeiden. Der Beirat würde Konsumschecks allenfalls als sehr kurzfristige und einmalige Maßnahme empfehlen, die gerechtfertigt sein kann, wenn andere Maßnahmen, insbesondere öffentliche Investitionen, mehr Zeit benötigen, um ausgabenwirksam zu werden.

Die Investitionsnachfrage der Unternehmen reagiert empirischen Untersuchungen zufolge sensitiv auf Änderungen steuerlicher Anreize. Das gilt allerdings unter dem Vorbehalt, dass es nicht durch mangelnde Finanzierungsmöglichkeiten ZU Rationierungen kommt. Die Bundesregierung durch die Wiedereinführung degressiven Abschreibung einen Impuls für mehr Investitionen gesetzt. Es wäre zu erwägen, hier noch entschlossener vorzugehen und die Abschreibungen stärker beschleunigen. Diese Maßnahme könnte auf das Jahr 2009 befristet werden. Derzeit stellen viele Unternehmen wegen der unsicheren Wirtschaftslage geplante Investitionen zurück. Steuerliche Anreize könnten diese Investitionszurückhaltung zumindest teilweise auflösen. Da Unternehmen, die Verluste schreiben. zumindest kurzfristig steuerlichen Abschreibungen nicht profitieren können, sollte es alternativ möglich sein, eine Investitionszulage in Anspruch zu nehmen. Darüber hinaus könnte eine zeitlich befristete Verbesserung beim Zinsabzug und bei der Verlustverrechnung die Gefahr Insolvenzen verringern und auf diesem Weg die Investitionsnachfrage der Unternehmen weiter stabilisieren und Arbeitsplatzverluste vermeiden.

## 3 Welchen Beitrag zur Stabilisierung der Konjunktur kann man von weiteren fiskalpolitischen Maßnahmen erwarten?

Bei allen Komponenten der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ist die Wirkung fiskalpolitischer Impulse schon

FISKALPOLITISCHER HANDLUNGSBEDARF ZUR KONJUNKTURSTÄRKUNG

deshalb beschränkt, weil ein Teil der höheren Nachfrage sich in höheren Importen niederschlägt und insoweit nur teilweise im Inland expansive Wirkung entfaltet. Das erklärt u.a., warum empirische Studien zu Fiskalpolitik Wirkungen der Multiplikatoren kaum höhere Werte als eins nachweisen können. Größere Wirkungen könnte ein fiskalpolitisches Programm nur dann erzielen, wenn die Maßnahmen in Deutschland Teil eines international koordinierten Konjunkturprogramms wären.

Für eine internationale Koordinierung würde auch sprechen, dass ein unkoordiniertes Konjunkturprogramm eines einzelnen, vor allem eines großen Landes, Anreize für andere Länder schaffen würde, ihre Programme zu reduzieren. Der Bedarf an internationaler Koordination stellt sich außerdem nicht nur bei der Einführung der derzeit diskutierten Maßnahmen, sondern auch bei ihrer Beendigung.

## 4 Ist weiteres fiskalpolitisches Handeln angesichts der Verschuldung der öffentlichen Haushalte in Deutschland zu verantworten?

Der Preis eines weiteren fiskalpolitischen Impulses würde in einer Steigerung der öffentlichen Verschuldung liegen. Infolge der aktuellen Wirtschaftskrise wird die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Deutschland ohnehin zumindest vorübergehend in den Hintergrund treten. Diese Entwicklung sollte nicht leichtfertig verstärkt werden.

Gleichwohl ist zu berücksichtigen, dass die Bundesregierung sich wegen der Flucht vieler Anleger in Staatsanleihen derzeit zu außerordentlich günstigen Bedingungen verschulden kann. Darüber hinaus ist das laufende Budgetdefizit der öffentlichen Haushalte in Deutschland im internationalen Vergleich gering. Für den Schuldenstand gilt das freilich weniger. Dennoch kann man nicht behaupten, dass die Verschuldung der öffentlichen Hand in Deutschland einen weiteren fiskalpolitischen Impuls verbiete. Das Vertrauen der Kapitalanleger in die Solidität der deutschen Staatsfinanzen ist hoch und wäre durch einen solchen Impuls wohl nicht in Frage gestellt.

Dennoch: Um zu verhindern, dass die Finanzpolitik neue strukturelle Defizite eingeht, sollten zusätzliche fiskalpolitische Maßnahmen zeitlich befristet Außerdem ist es erforderlich, ein weiteres Signal für finanzpolitische Stabilität zu setzen. Dieses Signal könnte darin bestehen, dass die anstehenden Entscheidungen über Einführung von Schuldenschranken für Bund und Länder möglichst bald getroffen werden. Die Einführung einer Schuldenschranke in Deutschland würde das Vertrauen von Investoren und Konsumenten in die Solidität der Staatsfinanzen stärken und damit auch den aktuellen fiskalpolitischen Impulsen zu noch größerer Wirkung verhelfen.

#### 5 Fazit

Aus gegenwärtiger Sicht ist nicht auszuschließen, dass die wirtschaftliche Lage sich in Deutschland und weltweit noch weiter verschlechtert. Um für diesen Fall gewappnet zu sein, schlägt der Beirat einen Katalog von Maßnahmen vor, die gegebenenfalls zügig ergriffen und rasch wirksam werden können. Sie sollten möglichst im Kontext internationaler Absprachen über fiskalpolitische Impulse auch in anderen Ländern beschlossen werden. Die Maßnahmen müssten gezielt sein: Eine allgemeine Einkommensteuersenkung würde kurzfristigen Nachfragestabilisierung wenig beitragen. Von einer temporären Senkung des Mehrwertsteuersatzes kann man mehr erwarten, dennoch erscheint das Verhältnis aus Kosten und Nutzen eher ungünstig.

FISKALPOLITISCHER HANDLUNGSBEDARF ZUR KONJUNKTURSTÄRKUNG

Aussichtsreicher erscheint ein Paket aus folgenden Maßnahmen: In erster Linie sollten die Ausgaben für öffentliche Investitionen auf allen staatlichen Ebenen ausgedehnt werden. Das wird in größerem Umfang aber nur mit zeitlicher Verzögerung möglich sein. Um eine schnelle Wirkung zu erzielen, könnten zusätzlich einmalig Konsumgutscheine gezielt an Haushalte ausgeben werden, von denen zu erwarten ist. dass dieses zusätzliche sich sofort Einkommen in höheren Konsumausgaben niederschlägt. Dies könnten beispielsweise Haushalte mit mehreren Kindern oder niedrigen Einkommen sein.

Darüber hinaus sollten Maßnahmen zur Stärkung der privaten Investitionsnachfrage ergriffen werden. Empfehlenswert wäre es, die steuerlichen Abschreibungssätze für private Investitionen für ein Jahr befristet weiter zu erhöhen. Als Alternative zur beschleunigten Abschreibung könnte den Unternehmen eine Investitionszulage gewährt werden. Darüber würde eine zeitlich hinaus befristete Verbesserung beim Zinsabzug und bei der Verlustverrechnung die Gefahr von Insolvenzen verringern und insofern die Investitionsnachfrage stabilisieren und Arbeitsplatzverluste vermeiden.

Üb	ersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	70
1	Kreditmarktmittel	70
2	Gewährleistungen	71
3	Bundeshaushalt 2007 bis 2012	71
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2007 bis 2012	72
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen,	
	Ist 2008	74
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009	78
7	Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007	80
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	82
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	83
10	Entwicklung der Staatsquote	84
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	85
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	86
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	87
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	88
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	89
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	90
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009	92
Üb	ersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	94
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2008 im Vergleich zum Jahressoll 2008	94
2	Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2008	
3	Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis	
	Dezember 2008	
4	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2008	
Ke	nnzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	98
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	98
2	Preisentwicklung	
3	Außenwirtschaft	99
4	Einkommensverteilung	99
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	. 100
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	. 103
9	Entwicklung von DAX und Dow Jones	
10		
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
12	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von ELLKOM, OECD, IWE	109

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

#### 1 Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:
	30. November 2008			31. Dezember 2008
		in N	⁄lio. €	
Inflations indexier te Bundes wert papiere	22 000	0	0	22 000
Anleihen <sup>1</sup>	600 468	0	0	600 468
Bundesobligationen	171 000	0	0	171 000
Bundesschatzbriefe <sup>2</sup>	9 5 6 8	106	25	9 649
Bundesschatzanweisungen	115 000	7000	14 000	108 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	38 502	5 939	5 875	38 565
Finanzierungsschätze <sup>3</sup>	2369	69	120	2 319
Tagesanleihe	3 034	438	298	3 174
Schuldscheindarlehen	13 315	32	6	13 341
Medium Term Notes Treuhand	153	0	102	51
Kreditmarktmittel insgesamt	975 409			968 567

#### II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:			Stand:
	30. November 2008			31. Dezember 2008
		in N	⁄lio.€	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	183 266			180 180
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	309 480			302 579
langfristig (mehr als 4 Jahre)	482 664			485 808
Kreditmarktmittel insgesamt	975 409			968 567

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

 $<sup>^{\</sup>rm 1}~$  10-  $\rm u.\,30$ -jährige Anleihen des Bundes und EURO-Gegenwert der USD-Anleihe.

 $<sup>^{\</sup>rm 2}~$  Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

#### 2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigung srahmen 2008	Belegung am 31. Dezember 2008	Beleg ung am 31. Dez ember 2007
		in Mrd. €	
Ausfuhren	117,0	103,3	98,6
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, ElB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am ElF	40,0	25,7	26,7
Bilaterale FZ-Vorhaben	2,3	1,2	1,1
Emährungsbevorratung	7,5	7,5	7,5
Binnenwirtschaft und sonstig eZwecke im Inland	95,0	87,0	51,7
Internationale Finanzier ungsinstitutionen	46,6	40,3	40,3
Treuhandarstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,3	1,0	1,2
Zinsausg leichsgarantien	4,0	4,0	-

#### 3 Bundeshaushalt 2007 - 2012

#### Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	Ist	Ist	Soll <sup>1</sup>		Finanzplanung	
			Mr	d. €		
1. Ausgaben	270,4	282,3	297,6	292,4	295,2	300,6
Veränderung gegen Vorjahr in %	3,6	4,4	5,4	-1,7	1,0	1,8
2. Einnahmen <sup>2</sup>	255,7	270,5	260,3	286,0	294,8	300,2
Veränderung gegen Vorjahr in %	9,8	5,8	-3,7	9,9	3,1	1,8
darunter:						
Steuereinnahmen	230,0	239,2	233,2	255,4	266,3	276,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	12,8	4,0	-2,5	9,5	4,3	3,7
3. Finanzierungssaldo	-14,7	-11,8	-37,3	-6,4	-0,4	-0,4
in % der Ausgaben	5,4	4,2	12,5	2,2	0,1	0,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme <sup>3</sup> (-)	222,1	229,6	261,8	221,3	217,8	221,1
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	-8,4	0,5	-	-	-	-
6. Tilgungen (+)	216,2	218,1	222,3	214,9	217,4	220,7
7. Nettokreditaufnahme	-14,3	-11,5	-36,9	-6,0	0,0	0,0
8. Münzeinnahmen	-0,4	-0,3	-0,4	-0,4	-0,4	-0,4
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	26,2	24,3	28,8	25,9	25,5	25,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	15,4	-7,2	18,5	-10,1	-1,5	-0,8
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Stand: Nachtragshaushalt 2009.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Gem. BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2007 bis 2012

Ausgabeart	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	Ist	Ist	Soll <sup>2</sup>		Finanzplanung	
			Mi	o.€		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 038	27 012	27 791	28 252	28 610	29 07
Aktivitätsbezüge	19 662	20 298	20 959	21 340	21 669	22 10
Ziviler Bereich	8 498	8 8 7 0	9 3 6 7	9 930	10415	10 92
Militärischer Bereich	11 164	11 428	11 592	11 409	11 254	11 17
Versorgung	6376	6714	6 8 3 2	6912	6941	697
Ziviler Bereich	2 3 3 4	2 416	2 392	2 400	2 399	2 39
Militärischer Bereich	4 0 4 1	4298	4 441	4512	4542	4 58
Laufender Sachaufwand	18 757	19 742	21 129	21 286	21 311	21 73
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 365	1 421	1 451	1 462	1 475	1 45
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	8 908	9 622	10 360	10 526	10554	1098
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 484	8 699	9318	9 298	9 283	9 29
Zinsausgaben	38 721	40 171	41 431	43 386	44 689	47 06
an andere Bereiche	38 721	40 171	41 431	43 386	44 689	47 06
Sonstige	38 721	40 171	41 431	43 386	44 689	47 06
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	4
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	38 677	40 127	41 388	43 343	44 647	47 02
an Ausland	3	3	2	2	0	
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	160 352	168 424	178 165	173 720	176 362	177 86
an Verwaltungen	14 003	12 930	14855	13 951	13 743	13 58
Länder	8 698	8 341	8 645	7 776	7 474	7 29
Gemeinden	38	21	21	19	13	1
Sondervermögen	5 2 6 7	4 568	6 188	6 155	6 2 5 6	6 27
Zweckverbände	1	0	1	1	0	
an andere Bereiche	146 349	155 494	163 310	159 770	162 618	164 27
Unternehmen	15 399	22 440	23 890	24 144	24307	24 47
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 123	29 120	29 415	25 723	24 899	2476
an Sozialversicherung	97712	99 123	104 653	104 702	108 175	109 78
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	869	1 099	1 437	1 415	1 401	1 39
an Ausland	3 240	3 708	3 909	3 785	3 834	3 86
an Sonstige	5	4	5	1	2	
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	243 868	255 350	268 516	266 645	270 971	275 74
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	6 903	7 199	8 649	7 596	7 305	7 26
Baumaßnahmen	5 478	5 777	7 061	6 0 1 9	5 763	5 7 7
Erwerb von beweglichen Sachen	909	918	1 055	1 034	1 003	95
Grunderwerb	516	504	533	543	540	54
Vermögensübertragungen	16 947	16 660	15 373	15 111	15 009	14 82
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	16 580	14 018	14957	14737	14 648	14 46
an Verwaltungen	8 234	5 713	5 154	5 0 1 5	4965	496
Länder	6 030	5 654	5 089	4 949	4888	487
Gemeinden und Gemeindeverbände	54	59	60	61	72	7
Sondervermögen	2 150	0	5	5	5	
an andere Bereiche	8 345	8 305	9 803	9 722	9 683	9 50
Sonstige - Inland	6 099	5 836	6 754	6 535	6 4 7 6	634
Ausland	2 247	2 469	3 049	3 187	3 206	3 16
Sonstige Vermögen sübertragungen	367	2 642	417	374	361	36
an andere Bereiche	367	2 642	417	374	361	36
Unternehmen - Inland	0	2 267	0	0	0	
Sonstige - Inland	162	149	176	149	141	14
Ausland	205	225	241	225	220	22

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2007 bis 2012

Ausgabeart	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	Ist	Ist	Soll <sup>2</sup>		Finanzplanung	
			Mi	o.€		
Darlehensgewährung,Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	2 732	3 099	5 192	3 601	3 581	3 592
Darlehensgewährung	2 100	2 395	4 2 5 7	2773	2 853	2 745
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1
Länder	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 100	2 395	4 2 5 6	2 772	2 852	2 745
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	900	922	2 750	1 195	1 199	1 204
Ausland	1 199	1 473	1 507	1 577	1 653	1 540
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	632	704	935	828	728	847
Inland	28	26	13	13	1	1
Ausland	604	678	921	815	728	846
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 582	26 958	29 214	26 307	25 895	25 690
Darunter: Investive Ausgaben	26 215	24316	28 798	25 933	25 534	25 330
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	0	- 114	- 552	-1 666	- 830
Ausgaben zusammen	270 450	282 308	297 617	292 400	295 200	300 600

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Stand: Nachtragshaushalt 2009.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2008

	Ausg abengruppe	Ausgab en zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunge und Zuschüss
Funkt	ion			in N	⁄lio.€		
0	Allgemeine Dienste	50 394	45 245	24 38 6	15 777	-	5 083
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	6 103	5764	3773	1 175	-	816
02	Auswärtige Angelegenheiten	7 411	3 4 4 2	476	125	-	2 841
03	Verteidigung	29 999	29728	15726	13 071	-	931
04	Öffent liche Sicherheit und Ordnung	3 2 1 6	2907	1914	861	-	132
05	Rechtsschutz	359	340	232	94	-	14
06	Finanzverwaltung	3 307	3 0 6 3	2263	452	-	348
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	13 437	9 932	500	725	-	8 707
13	Hochschulen	2 413	1 462	10	5	-	1 447
14	Förderung von Schülern, Studenten	1 638	1638	-	-	-	1 638
15	Sonstiges Bildungswesen	461	400	9	69	-	322
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	7 709	5977	480	646	-	4851
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 215	454	1	5	-	448
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	140 439	139 618	220	284	-	139 114
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	94 447	94447	55	-	-	94393
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	6129	6129	-	-	-	6129
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Er eignissen	3 101	2 872	-	56	-	2816
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	35 301	35177	44	168	-	34965
26	Jug endhilf e nach dem SGB VIII	191	191	-	-	-	191
29	Übrige Bereiche aus Hauptf unktion 2	1 269	801	120	60	-	620
3	Gesund heit und Sport	1 058	744	25 1	251	-	242
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	352	326	140	140	-	46
312	Krankenhäuserund Heilstätten	-	-	-	-	-	
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	352	326	140	140	-	46
32	Sport	127	105	-	5	-	100
33	Umwelt-und Naturschutz	311	175	76	53	-	47
34	Re aktorsicher heit und Strahlenschutz	268	138	36	53	-	49
4	Wo hnung swesen, Städtebau, Raumordn ung und kom munale Gemeinschaftsdienste	1 607	537	2	6	-	529
41	Wohnungswesen	1 062	533	_	4		529
42	Raumordnung, Land esplanung, Vermessungswesen	1	1	_	1		
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	3	2	2			0
44	Städtebauförderung	541	1	_	1		-
5	Ernährung , Lan dwirtschaft und Forsten	1 050	508	29	131		349
52	Verbesserung der Agrarstruktur	692	232		1		230
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	116	116	_	58		58
533	Gasölverb illigung	0	0	_	-		0
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	116	116	_	58		58
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	242	160	29	71		61

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, lst 2008

	Aus gabengrup,	pe Sach- investitionen	Vermög ens- beratungen	Darlehns- g ewährung, Erwerb von Beteiligung en, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung*	*Darunter Investive Ausgaben
Funkt	tion			in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	934	1 91 3	2 301	5 149	5 122
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	338	1	-	338	338
02	Auswärtige Angelegenheiten	60	1759	2 151	3 969	3968
03	Verteidigung	196	62	13	271	245
04	Öffent liche Sicherheit und Ordnung	216	92	-	309	309
05	Rechtsschutz	18	-	-	18	18
06	Finanzverwaltung	106	0	138	244	244
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	141	3 364	0	3 505	3 505
13	Hochschulen	1	95 1	-	951	951
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	
15	Sonstiges Bildungswesen	0	60	-	61	6
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	124	1 608	0	1 732	1732
19	Übrige Bereiche aus Hauptf unkt ion 1	16	745	-	761	76
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeauf gaben, Wiedergutmachung	7	814	1	821	474
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung		-		-	
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	-	-	-	-	
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	227	1	229	2
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	3	121	-	124	3
26	Jug endhilf e rach dem SGB VIII	-	-	-	-	
29	Übrige Bereiche aus Hauptf unktion 2	3	465	-	468	468
3	Gesund heit und Sport	152	162	0	314	314
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	15	11	-	26	26
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	15	11	-	26	26
32	Sport	-	22	-	22	22
33	Umwelt-und Naturschutz	7	130	-	136	136
34	Reaktorsicher heit und Strahlenschutz	129	0	0	130	130
4	Wo hnung swesen, Städtebau, Raumordnung und kom munale	-	1 068	2	1 070	1 070
41	<b>Gemeinschaftsdienste</b> Wohnungswesen		528	2	529	529
42	Raumordnung, Land esplanung, Vermessungswesen			_	-	
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste		1		1	1
44	Städtebauförderung		539		539	539
5	Ernährung , Lan dwirtschaft und Forsten	52	489	1	542	542
52	Verbesserung der Agrarstruktur	-	460	1	460	460
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen				-	
533	Gasölverbilligung		-		-	
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	-	-		-	
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	52	29		82	82

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2008

Ausg abengrupp	e Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- a usg aben	La ufender S acha ufwand	Zins a usg aben	Lauf ende Zuweis unger und Zuschüss
Funktion			in N	⁄lio.€		
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 727	3 078	51	430	-	2 596
62 Energie-und Wasserwirtschaft, Kulturbau	531	508	-	274		234
621 Kernenergie	229	229	-	-	-	229
622 Erneuerbare Energieformen	9	4	-	1	-	3
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	293	275	-	273	-	2
63 Bergbau und Verar beitendes Gewerbe und Baug ewerbe	2043	2026	-	4	-	2 022
64 Handel	91	91	-	49	-	42
69 Regionale Förderung smaßnahmen	945	22	-	15	-	
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1117	430	51	87	-	29
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 231	3 552	994	1 862	-	69
72 Straßen	7 380	944	-	834	-	110
73 Wasserstraß en und Häfen, För derung der Schifffahrt	1 666	856	493	299	-	6-
74 Eisenbahren und öffentlicher Personennahverkehr	355	3	-	-	-	
75 Luftfahrt	182	182	41	17	-	12:
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1647	1 567	460	711	-	39
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen,	16 991	10 801	_	16		10 78
Sond erverm ögen 81 Wirtschaftsunternehmen	12652	6471		16		645
832 Eisenbahnen	3 864	78		10		7
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	8 787	6393	_	15		637
87 Allgemeines Grund - und Kapitalvermögen, Sondervermögen	4340	4330	-	_		433
873 Sondervermögen	4326	4326	-	_		432
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	14	5				!
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	41 374	41 336	580	260	40 171	324
91 Steuern und allgemeine Finanz zuweisungen	362	324	-	-		324
92 Schulden	40 185	40 185	-	14	40171	
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	827	827	580	246		
Summe aller Hauptfunktionen	282 308	255 350	27 012	19 742	40 171	168 424

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2008

Ausgabengrupp e	Sachin- vestitionen	Vermögens- beratung en	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteilig ung en, Kapitaleinlag en	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung*	*Darunte Investive Ausgaber
unktion			in Mio. €		
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	45	920	684	1 650	1 65
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	-	23	-	23	2
621 Kernenergie	-	-	-	-	
622 Erneuerbare Energieformen	-	5	-	5	
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	18	-	18	1
63 Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baug ewerbe	-	17	-	17	1
64 Handel	-	-	-	-	
69 Regionale Förderung smaßnahmen	43	879	-	922	92
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2	1	684	687	68
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 849	1 829	-	7 679	7 67
72 Straßen	4973	1 463	-	6436	643
73 Wasserstraß en und Häfen, För derung der Schifffahrt	811	-	-	811	81
74 Eisenbahren und öffentlicher Personemahverkehr	-	352	-	352	35
75 Luftfahrt	1	-	-	1	
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	66	14	-	79	-
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	19	6 061	110	6 190	3 92
81 Wirtschaftsuntemehmen	10	6 0 6 1	110	6181	391
832 Eisenbahnen	-	3 692	95	3 787	3 78
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	10	2370	15	2394	12
87 Allgemeines Grund - und Kapitalvermögen, Sonderver mögen	9	-	-	9	
873 Sondervermögen	-	-	-	-	
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	9	-	-	9	
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	38	3
91 Steuem und allgemeine Finanz zuweisungen	-	38	-	38	3
92 Schulden	-	-	-	-	
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	
umme aller Hauptfunktionen	7 199	16 660	3 099	26 958	24 31

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

#### 6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000		
	lst-Ergebnisse									
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4		
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0		
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,		
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,		
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,		
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,0	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,		
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,		
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,		
Deckung kassenmäßiger										
Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,		
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,		
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,		
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,		
Anteil an den Personalausgaben										
des öffentlichen Gesamthaushalts³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,		
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,		
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,		
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,		
Anteil an den Zinsausgaben										
des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,		
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,		
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,		
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,		
Anteil an den investiven Ausgaben										
des öffentlichen Gesamthaushalts³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,		
Steuereinnahmen <sup>1</sup>	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,		
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,		
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,		
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,		
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,		
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	0,0	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,		
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	0,0	10,8	9,		
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	0,0	75,3	84,		
Anteil an der Nettokreditaufnahme										
des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	0,0	55,8	50,4	55,3	0,0	51,2	62,		
nachrichtlich: Schuldenstand <sup>3</sup>										
öffentliche Haushalte²	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1 010,4	1 198,		
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54.8	153,4	200.6	277,2	385,7	715,		

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.
 Stand Finanzplanungsrat November 2008; 2008 u. 2009 = Schätzung.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

#### 6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
					Ist-Ergebnisse	•				Soll 4
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben	Mrd.€	243,1	249,3	256,7	251,6	259,8	261,0	270,4	282,3	297,6
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-0,5	2,5	3,0	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4	5,4
Einnahmen	Mrd.€	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	260,3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-0,1	-1,6	0,4	-2,6	7,8	1,9	9,8	5,8	-3,7
Finanzierungssaldo	Mrd.€	-22,9	-32,7	-39,2	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-37,3
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-22,8	-31,9	-38,6	-39,5	-31,2	-27,9	-14,3	-11,5	-36,9
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,9	-0,6	-0,3	-0,2	-0,3	-0,4	-0,3	-0,4
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckung kassenmäßiger										
Fehlbeträge	Mrd.€	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd.€	26,8	27,0	27,2	26,8	26,4	26,1	26,0	27,0	27,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,1	0,7	0,9	-1,8	-1,4	-1,0	-0,3	3,7	2,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,6	9,6	9,3
Anteil an den Personalausgaben										
des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	15,8	15,6	15,7	15,4	15,4	14,9	14,9	14,9	40,7
Zinsausgaben	Mrd.€	37,6	37,1	36,9	36,3	37,4	37,5	38,7	40,2	41,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-3,9	-1,5	-0,5	-1,6	3,0	0,3	3,3	3,7	3,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,3	14,2	13,9
Anteil an den Zinsausgaben										
des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	56,8	56,2	56,1	56,0	58,3	58,1	57,9	58,9	60,4
Investive Ausgaben	Mrd.€	27,3	24,1	25,7	22,4	23,8	22,7	26,2	24,3	28,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-3,1	-11,7	6,9	-13,0	6,2	-4,4	15,4	-7,2	18,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,7	9,7	8,6	9,7
Anteil an den investiven Ausgaben										
des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,1	32,9	35,4	34,0	34,2	34,0	40,0	35,3	41,0
Steuereinnahmen <sup>1</sup>	Mrd.€	193,8	192,0	191,9	187,0	190,1	203,9	230,0	239,2	233,2
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-2,5	-0,9	-0,1	-2,5	1,7	7,2	12,8	4,0	-2,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	85,1	84,7	78,4
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	87,6	90,0	88,4	89,6
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	43,4	43,5	43,4	42,2	42,1	41,7	42,7	43,2	40,9
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-22,8	-31,9	-38,6	-39,5	-31,2	-27,9	-14,3	-11,5	-36,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7	5,3	4,1	12,4
Anteil an den investiven Ausgaben										
des Bundes	%	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3	122,8	54,7	47,4	128,1
Anteil an der Nettokreditaufnahme										
des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	57,6	61,0	59,3	60,1	58,6	71,2	Х	Х	>
nachrichtlich: Schuldenstand <sup>3</sup>										
öffentliche Haushalte²	Mrd.€	1 203,9	1 253,2	1 325,7	1 395,0	1 447,6	1 498,2	1 503,7	х	<b>&gt;</b>
darunter: Bund	Mrd.€	697,3	719,4	760,5	803,0	888,0	933,1	939,1	X	X

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Stand Finanzplanungsrat November 2008; 2008 u. 2009 = Schätzung.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Stand: Nachtragshaushalt 2009.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

#### 7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

	2001	20 02	2003	2004 <sup>2</sup>	20 05	2006 <sup>3</sup>	2007 <sup>3</sup>
				Mrd.€			
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>1</sup>							
Ausgaben	60 4,3	611,3	619,6	61 5,3	627,7	636,8	647,6
Einnahmen	55 7,7	554,6	551,7	549,9	5 75,1	596,7	648,0
Finanzierungssaldo	-46,6	-57,1	-68,0	-65,5	- 52,5	-39,4	1,5
darunter:							
Bund							
Ausgaben	243,1	249,3	256,7	25 1,6	2 59,9	261,0	270,5
Einnahmen	22 0,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7
Finanzierungssaldo	-22,9	-32,7	-39,2	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7
Länder							
Ausgaben	255,5	257,7	259,7	25 7,1	2 60,0	259,1	263,9
Einnahmen	230,9	228,5	229,2	23 3,5	237,2	248,9	267,3
Finanzierungssaldo	-24,6	-29,4	-30,5	-23,5	- 22,7	-10,2	3,4
Gemeinden							
Ausgaben	148.3	150,0	149,9	150,1	1 53,2	157,4	160,7
Einnahmen	144,2	146,3	141,5	146,2	1 50,9	160,1	169,3
Finanzierungssaldo	-4,1	-3,7	-8,4	-3,9	-2,2	2,8	8,6
			Veränder	ungen gegenüber V	orjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	0,9	1,2	1,4	-0,7	2,0	1,5	1,7
Einnahmen	-1,3	-0,6	-0,5	-0,3	4,6	3,8	8,6
darunter:							
Bund							
Ausgaben	-0,5	2,5	3,0	-2,0	3,3	0,5	3,6
Einnahmen	-0,1	-1,6	0,4	-2,6	7,8	1,9	9,8
Länder							
Ausgaben	1,9	0,9	0,7	-1,0	1,1	-0,3	1,8
Einnahmen	-3,9	-1,0	0,3	1,9	1,6	4,9	7,4
Gemeinden							
Ausgaben	1,6	1,1	0,0	0,1	2,1	2,8	2,1
Einnahmen	-2,5	1,4	-3,3	3,3	3,3	6,0	5,8

<sup>1</sup> Mt Lasterausgleichsfonds, ERP-Sondervermög en, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblast entilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgung srücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse, Kinderb etreuung, Versorgungsfonds des Bundes.

Stand: September 2008.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 2004 öffentlicher Gesamthaushalt mit Zweckverbänden.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Bund und seine Sonder rechnungen sowie die Gemeind en sind Rechnungserg ebnisse, Länd er sind Kassenergebnisse.

<sup>4</sup> Steuem des öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

#### 7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

	2001	20 02	2003	2004 <sup>2</sup>	20 05	2006 <sup>3</sup>	2007 <sup>3</sup>
				Antelle in %			
Fin an zieru ngssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffent licher Gesamthaushalt	-2,2	-2,7	-3,1	-3,0	-2,3	-1,7	0,1
darunter:							
Bund	-1,1	-1,5	-1,8	-1,8	-1,4	-1,2	-0,6
Länder	-1,2	-1,4	-1,4	-1,1	-1,0	-0,4	0,1
Gemeinden	-0,2	-0,2	-0,4	-0,2	-0,1	0,1	0,4
(2) in%derAusgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-7,7	-9,3	-11,0	-1 0,6	-8,4	-6,2	0,2
darunter:							
Bund	-9,4	-13,1	-15,3	-15,8	- 12,1	-10,8	-5,4
Länder	-9,6	-11,4	-11,7	-9,1	-8,7	-3,9	1,3
Gemeinden	-2,8	-2,4	-5,6	-2,6	-1,5	1,8	5,4
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,6	28,5	28,6	27,8	28,0	27,4	26,7
darunter:							
Bund	11,5	11,6	11,9	11,4	11,6	11,2	11,2
Länder	1 2,1	12,0	12,0	11,6	11,6	11,2	10,9
Gemeinden	7,0	7,0	6,9	6,8	6,8	6,8	6,6
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote <sup>4</sup>	21,1	20,6	20,4	20,0	20,1	21,0	22,2

<sup>1</sup> Mit Lætenausgleichsfonds, ERP-Sondervermög en, EU-Finarz ier ung , Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfond s, Entschädigungsford s, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgung srücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse, Kinderb etreuung, Versorgungsfonds des Bundes.

 $<sup>^2\ \ \</sup>text{Ab}\ 200\,4\,\ddot{\text{o}}\text{ffentlicherGesamthaushaltmit}\,\text{Zweckverb}\ddot{\text{a}}\text{nden}.$ 

 $<sup>^{3}\ \ \, \</sup>text{Bund und seine Sonder rechnungen sowie die Gemeind en sind Rechnungserg ebnisse, L\"{a}\text{nd er sind Kassenergebnisse.}}$ 

 $<sup>^4</sup>$  Steuern des öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP. Stand : September 2008.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

#### 8 Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

			Steueraufkommen		
	insgesamt		dave	on	
		DirekteSteuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		Mrd. €		%	5
		Gebietd er Bundesrepublik Deut	schland nach dem Stand bis zum 3. C	Oktober 199 0	
1950	10,5	5,3	5,2	5 0,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	5 4,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	1 23,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	1 86,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	1 89,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	2 02,8	115,0	87,8	5 6,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	5 6,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	5 9,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	5 9,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	2 73,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	5 6,7	43,3
		Bunde	esrepublik Deutschland		
1 991	3 38,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	3 83,0	207,4	175,6	542	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	523	47,7
1 995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1 996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1 999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	48 8,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
20082	561,8	290,9	270,9	51,8	48,2
2009 <sup>2</sup>	572,0	296,9	275,1	51,9	48,1

Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oderabgeschafft worden sind:
Notopfer Berlin fürnatürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süß stoffsteuer (31.12.1965);
Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnab gabe (31.12.1973); Ergänzung sabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zurKörperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.0.3.1979); Hypothekengewimabgabe und Lohrsummensteuer (31.12.1979); Essig säure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980);
Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.19 91); Solidaritätszuschlag (30.06.1992);
Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe (kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: November 2008.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Steuerschätzung vom 04. bis 05. November 2008.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

### 9 Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten<sup>1</sup>

(Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

1960	Steuerquote	Abgabenquote		
1960		Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
1960		Anteile am	BIP in %	
1300	23,0	33,4	22,6	32,2
1961	24,1	34,5	23,7	33,3
1962	24,4	34,9	24,0	33,8
1963	24,4	35,2	24,0	33,9
1964	24,3	34,7	23,8	33,5
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1966	23,5	34,6	23,1	33,3
1967	23,7	35,2	23,3	33,8
1968	24,3	36,0	22,9	33,6
1969	25,5	37,5	24,4	35,4
1970	23,0	34,8	22,4	33,5
1971	23,3	35,6	22,6	34,2
1972	23,1	36,1	23,6	35,7
1973	24,2	38,0	24,1	37,0
1974	24,0	38,2	23,9	37,4
1975	22,8	38,1	23,1	37,9
1976	23,7	39,5	23,4	38,9
1977	24,6	40,4	24,5	39,8
1978	24,2	39,9	24,4	39,4
1979	23,9	39,6	24,3	39,3
1980	23,8	39,6	24,3	39,7
1981	22,8	39,1	23,7	39,5
1982	22,5	39,1	23,3	39,3
1983	22,5	38,7	23,2	39,0
	22,6		23,2	39,0
1984 1985	22,8	38,9		
		39,1	23,4	39,2
1986	22,3	38,6	22,9	38,7
1987	22,5	39,0	22,9	38,8
1988	22,2	38,6	22,7	38,5
1989	22,7	38,8	23,4	39,0
1990	21,6	37,3	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002	22,3	40,5	20,6	37,7
2003	22,3	40,6	20,4	37,7
2004	21,8	39,7	20,0	36,9
2005³	22,0	39,7	20,1	36,7
2006³	22,9	40,1	21,0	37,2
2007³	23,8 23,9	40,3 40,2	22,2 22,5	37,7 37,8

Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.
 Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: August 2008.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Erstes vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: 14. Januar 2009.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

### 10 Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

		Ausgaben des Staates	
	insgesamt	darunter	
		Gebietskörperschaften³	Soziaversicherungen <sup>3</sup>
lahr		Anteile am BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,2
1961	34,2	22,8	11,4
1962	35,9	24,4	11,5
1963	36,7	24,8	11,9
1964	36,5	25,0	11,5
1965	37,1	25,4	11,6
1966	37,2	24,9	12,3
1967	39,2	25,4	13,8
1968	39,6	25,9	13,7
1969	39,1	25,7	13,4
1970	38,5	26,1	12,4
1971	39,9	27,1	12,8
1972	41,0	27,5	13,6
1973	41,6	27,5	14,2
1974	44,8	29,2	15,6
1975	48,8	31,2	17,7
1976	48,3	30,5	17,8
1977	47,9	30,1	17,8
1978	47,0	29,4	17,6
1979	46,5	29,3	17,2
1980	46,9	29,6	17,3
1981	47,5	29,7	17,9
1982	47,5	29,4	18,1
1983	46,5	28,8	17,7
1984	45,8	28,2	17,6
1985	45,2	27,8	17,4
1986	44,5	27,4	17,1
1987	45,0	27,6	17,4
1988	44,6	27,0	17,6
1989	43,1	26,4	16,7
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,3	28,2	18,0
1992	47,2	28,0	19,2
1993	48,2	28,3	19,9
1994	47,9	27,8	20,0
1995	48,1	27,6	20,6
1996	49,3	27,9	21,4
1997	48,4	27,1	21,2
1998	48,0	27,0	21,1
1999	48,1	26,9	21,1
2000	47,6	26,5	21,1
2000 <sup>4</sup>	45,1	24,0	21,1
2001	47,6	26,3	21,3
2002	48,1	26,4	21,7
2003	48,5	26,5	22,0
2004	47,1	25,9	21,2
2005 <sup>5</sup>	46,8	26,0	20,8
2006 <sup>5</sup>	45,3	25,4	20,1
2007 <sup>5</sup>	44,2	25,0	19,2
2008 <sup>6</sup>	44,0	25,0	19,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

 $<sup>^2</sup>$  Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

 $<sup>^{\</sup>rm 4}$  Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: 22. Oktober 2008.

 $<sup>^{\</sup>rm 6}$  Erstes vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: 14. Januar 2009.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

### 11 Schulden der öffentlichen Haushalte

ohne Kassenverstärkungskredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
			Schulden	in Mio. €¹		
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 253 244	1 325 801	1 395 026	1 447 583	1 498 152	1 503 731
Bund	778 607	819 282	860 244	888 019	933 088	939 128
Kernhaushalte	719 397	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045
Kreditmarktmittel iwS	719 397	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045
Extrahaushalte	59 210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082
Länder	384773	414952	442 922	468 214	480 485	482 752
Kernhaushalte	384773	414952	442 922	468 214	479 489	481 628
Kreditmarktmittel iwS	384773	414952	442 922	468 214	479 489	481 628
Extrahaushalte	-	-	-	-	996	1 124
Gemeinden	89 864	91 567	91 860	91 350	84579	81 851
Kernhaushalte	82 662	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239
Kreditmarktmittel iwS	82 662	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239
Extrahaushalte	7 202	7 498	7 603	7 5 4 6	2 702	2 612
nachrichtlich:						
Länder und Gemeinden	474 637	506 519	534782	559 564	565 064	564 603
Maastricht-Schuldenstand	1 293 000	1 381 000	1 451 100	1 521 600	1 569 000	1 576 300
nachrichtlich:						
Extrahaushalte des Bundes	59 210	58 829	57 250	15 3 6 6	31 034	17 082
ERP-Sondervermögen	19 400	19 261	18 200	15 066	14357	
Fonds Deutsche Einheit	39 441	39 099	38 650	-	-	
Kreditabwicklungsfonds		-		-	_	
Erblastentilgungsfonds	-	-	-	-	-	
Bundeseisenbahnvermögen	-	-	-	-	-	
Ausgleichsfonds "Steinkohle"	-	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	369	469	400	300	199	100
Bundes-Pensions-Service für Post und						
Telekommunikation	-	-	-	-	16 478	16983
			Anteil an den	Schulden in %		
Bund	62,1	61,8	61,7	61,3	62,3	62,5
Kernhaushalte	57,4	57,4	57,6	60,3	60,2	61,3
Extrahaushalte	4,7	4,4	4,1	1,1	2,1	1,1
Länder	30,7	31,3	31,8	32,3	32,1	32,1
Gemeinden	7,2	6,9	6,6	6,3	5,6	5,4
nachrichtlich:						
Länder und Gemeinden	37,9	38,2	38,3	38,7	37,7	37,5
			Anteil der Schu	lden am BIP in %	5	
Öffentlicher Gesamthaushalt	58,5	61,3	63,1	64,5	64,5	62,1
Bund	36,3	37,9	38,9	39,6	40,2	38,8
Kernhaushalte	33,6	35,1	36,3	38,9	38,9	38,1
Extrahaushalte	2,8	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7
Länder	18,0	19,2	20,0	20,9	20,7	19,9
Gemeinden	4,2	4,2	4,2	4,1	3,6	3,4
nachrichtlich:						
Länder und Gemeinden	22,1	23,4	24,2	24,9	24,3	23,3
Maastricht-Schuldenstand	60,3	63,8	65,6	67,8	67,6	65,0
				sgesamt in €		
je Einwohner	15 195	16 067	16 910	17 5 5 3	18 188	18 280
nachrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 143,2	2 163,8	2 210,9	2 243,2	2 3 2 1,5	2 422,9
Einwohner 30.06.	82 474 729	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693

<sup>1</sup> Kreditmarktschulden im weiteren Sinne ohne Kassenkredite.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

### 12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

		Abgre	nzung der Volkswirtscha	ftlichen Gesamtre	chungen²		Abgrenzung d	er Finanzstatistik
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher C	esamthaushalt <sup>3</sup>
Jahr		Mrd. €	veisienerungen		Anteile am BIP in %	versienerungen	Mrd.€	Anteile am
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9		BIP in %
1961	4,7	2,3	2,4	2,8	1,4	1,4	<u> </u>	
1962	2,6	1,1	1,6	1,4	0,6	0,9	-0,9	-0,5
1963	1,7	0,3	1,5	0,9	0,1	0,8	-2,7	-1,4
1964	1,5	-0,3	1,8	0,7	-0,1	0,9	-2,8	-1,3
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1966	-0,4	-2,1	1,6	-0,2	-0,8	0,7	-3,9	-1,6
1967	-3,6	-2,9	-0,6	-1,4	-1,2	-0,3	-6,2	-2,4
1968	-2,2	-1,9	-0,3	-0,8	-0,7	-0,1	-3,8	-1,4
1969	3,3	2,8	0,5	1,1	0,9	0,2	1,3	0,4
1969	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,2	-4,1	-1,1
1971	0,6	-2,7	3,3	0,1	-0,7	0,8	-8,0	-2,0
1972	-1,6	-5,5	3,9	-0,4	-1,3	0,9	-6,7	-1,5
1973	5,4	-0,4	5,8	1,1	-0,1	1,2	-4,5	-0,9
1974	-8,6	-9,8	1,1	-1,6	-1,9	0,2	-13,9	-2,6
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1976	-20,4	-20,1	-0,3	-3,4	-3,4	-0,1	-24,6	-4,1
1977	-15,9	-13,1	-2,8	-2,5	-2,1	-0,4	-15,9	-2,5
1978	-17,5	-15,8	-1,7	-2,6	-2,3	-0,3	-20,3	-3,0
1979	-19,6	-19,0	-0,6	-2,7	-2,6	-0,1	-23,8	-3,2
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,8	-54,7	10,9	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,7	-39,1	-1,6	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,9	-53,9	3,0	-3,0	-3,2	0,2	-70,5	-4,2
1994	-40,9	-42,9	2,0	-2,3	-2,4	0,1	-59,5	-3,3
1995	-59,1	-51,4	-7,7	-3,2	-2,8	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,5	-56,1	-6,4	-3,3	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-50,6	-52,1	1,5	-2,6	-2,7	0,1	-48,1	-2,5
1998	-42,7	-45,7	3,0	-2,2	-2,3	0,2	-28,8	-1,5
1999	-29,3	-34,6	5,3	-1,5	-1,7	0,3	-26,9	-1,3
2000	-23,7	-24,3	0,6	-1,2	-1,2	0,0	-34,0	-1,6
2000 <sup>4</sup>	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0	-	.,0
2000	-59,6	-55,8	-3,8	-2,8	-2,6	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-78,3	-71,5	-6,8	-3,7	-3,3	-0,3	-57,0	-2,7
2002	-87,2	-71,5	-7,7	-4,0	-3,7	-0,3	-57,0	-2,7
2003	-87,2	-79,5	-1,2	-4,0	-3,7	-0,4	-65,5	-3,1
2004 2005 <sup>5</sup>	-74,3	-70,2	-4,1	-3,3	-3,1	-0,1	-52,5	-2,3
2005 2006 <sup>5</sup>	-35,9	-40,9	5,0	-1,5	-1,8	0,2	-40,0	-1,7
2000 <sup>5</sup>	-4,2	-14,6	10,4	-0,2	-0,6	0,4	2,8	0,1
2007 2008 <sup>6</sup>	-1,6	-9,6	8,0	-0,2	-0,4	0,3	3	0,1

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: 22. Oktober 2008.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Erstes vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: 14. Januar 2009.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

### $13\,Internationaler\,Vergleich\,der\,\ddot{o}ffentlichen\,Haushaltssalden^1$

Land						in % des BIP						
	1980	1985	1990	1995	2000 ²	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland	-2,8	-1,1	-1,9	-3,2	-1,2	-3,8	-3,3	-1,5	-0,2	0,0	-0,2	-0,5
Belgien	-9,4	-10,0	-6,7	-4,5	0,0	-0,2	-2,6	0,3	-0,3	-0,5	-1,4	-1,8
Griechenland	-	-	-14,3	-9,3	-3,7	-7,5	-5,1	-2,8	-3,5	-2,5	-2,2	-3,0
Spanien	-	-	-	-6,5	-1,1	-0,3	1,0	2,0	2,2	-1,6	-2,9	-3,2
Frankreich	-0,1	-3,0	-2,4	-5,5	-1,5	-3,6	-2,9	-2,4	-2,7	-3,0	-3,5	-3,8
Irland	-	-10,7	-2,8	-2,1	4,7	1,4	1,7	3,0	0,2	-5,5	-6,8	-7,2
Italien	-7,0	-12,4	-11,4	-7,4	-2,0	-3,5	-4,3	-3,4	-1,6	-2,5	-2,6	-2,1
Zypern	-	-	-	-	-2,3	-4,1	-2,4	-1,2	3,5	1,0	0,7	0,6
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	-1,2	-0,1	1,3	3,2	2,7	1,3	0,5
Malta	-	-	-	-4,2	-6,2	-4,7	-2,8	-2,3	-1,8	-3,8	-2,7	-2,5
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	1,3	-1,7	-0,3	0,6	0,3	1,2	0,5	0,1
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-2,1	-4,4	-1,5	-1,5	-0,4	-0,6	-1,2	-1,4
Portugal	-7,2	-8,6	-6,3	-5,0	-3,2	-3,4	-6,1	-3,9	-2,6	-2,2	-2,8	-3,3
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,3	-2,8	-3,5	-1,9	-2,3	-2,2	-2,5
Slowenien	-	-	-	-8,5	-3,8	-2,2	-1,4	-1,2	0,5	-0,2	-0,7	-0,5
Finnland	3,8	3,5	5,4	-6,2	6,9	2,4	2,9	4,1	5,3	5,1	3,6	2,4
Euroraum	-	-	-	-5,0	-1,1	-2,9	-2,5	-1,3	-0,6	-1,3	-1,8	-2,0
Bulgarien	-	-	-	-3,4	-0,5	1,6	1,9	3,0	0,1	3,3	2,9	2,9
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	2,0	5,2	5,2	4,5	3,1	1,1	0,4
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,7	1,5	2,9	2,7	-1,4	-2,2	-2,8
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-1,0	-0,4	-0,2	0,1	-2,3	-5,6	-6,2
Litauen	-	-	-	-1,6	-3,2	-1,5	-0,5	-0,4	-1,2	-2,7	-3,6	-4,0
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-5,7	-4,3	-3,8	-2,0	-2,3	-2,5	-2,4
Rumänien	-	-	-	-	-4,6	-1,2	-1,2	-2,2	-2,6	-3,4	-4,1	-3,8
Schweden	-	-	-	-7,4	3,7	0,8	2,4	2,3	3,6	2,6	0,5	-0,4
Tschechien	-	-	-	-13,4	-3,7	-3,0	-3,6	-2,7	-1,0	-1,2	-1,3	-1,4
Ungarn	-	-	-	-	-2,9	-6,4	-7,8	-9,3	-5,0	-3,4	-3,3	-3,3
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	1,2	-3,4	-3,4	-2,7	-2,8	-4,2	-5,6	-6,5
EU	_	-	-	-5,1	-0,6	-2,9	-2,4	-1,4	-0,9	-2,0	-4,4	-4,8

 $<sup>^{\</sup>rm 1}~$  Für EU-Mitgliedsstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2008.

Für die Jahre 2004 bis 2010: EU-Kommission, Interimsprognose, Januar 2009.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

#### 14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

and						in%de	es BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000²	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	65,6	67,8	67,6	65,1	65,6	69,6	72,3
Belgien	74,0	115,1	125,6	129,8	107,8	94,3	92,1	87,8	83,9	88,3	91,2	94,0
Griechenland	22,8	49,0	72,6	99,2	101,8	98,6	98,8	95,9	94,8	94,0	96,2	98,4
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,7	59,2	46,2	43,0	39,6	36,2	39,8	46,9	53,0
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,1	56,7	64,9	66,4	63,6	63,9	67,1	72,4	76,0
Irland	69,1	100,6	93,2	81,1	37,7	29,4	27,3	24,7	24,8	40,8	54,8	68,2
Italien	56,9	80,5	94,7	121,5	109,2	103,8	105,9	106,9	104,1	105,7	109,3	110,3
Zypern	-	-	-	-	58,8	70,2	69,1	64,6	59,4	48,1	46,7	45,7
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,4	6,3	6,1	6,6	7,0	14,4	15,0	15,1
Malta	-	-	-	-	55,9	72,1	69,8	63,8	61,9	63,3	64,0	64,2
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	52,4	51,8	47,4	45,7	57,3	53,2	55,2
Österreich	35,4	48,1	56,1	68,3	66,4	64,8	63,7	62,0	59,5	59,4	62,3	64,7
Portugal	30,6	58,4	55,3	61,0	50,4	58,3	63,6	64,7	63,6	64,6	68,2	71,7
Slowakei	-	-	-	22,2	50,3	41,4	34,2	30,4	29,4	28,6	30,0	31,9
Slowenien	-	-	-	-	26,8	27,2	27,0	26,7	23,4	22,1	24,8	25,8
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,7	43,8	44,1	41,3	39,2	35,1	32,8	34,5	36,1
Euroraum	33,4	50,3	56,6	72,4	69,2	69,5	70,0	68,3	66,1	68,7	72,7	75,8
Bulgarien	-	-	-	-	74,3	37,9	29,2	22,7	18,2	13,8	12,2	10,7
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,7	43,8	36,4	30,7	26,3	30,3	28,4	27,0
Estland	-	-	-	9,0	5,2	5,0	4,5	4,3	3,5	4,3	6,1	7,6
Lettland	-	-	-	-	12,3	14,9	12,4	10,7	9,5	16,0	30,4	42,9
Litauen	-	-	-	11,9	23,7	19,4	18,4	18,0	17,0	17,1	20,0	23,3
Polen	-	-	-	-	36,8	45,7	47,1	47,7	44,9	45,5	47,7	49,7
Rumänien	-	-	-	-	24,7	18,7	15,8	12,4	12,7	15,2	21,1	26,8
Schweden	40,0	61,9	42,0	72,1	53,6	51,2	50,9	45,9	40,6	34,8	36,2	36,0
Tschechien	-	-	-	14,6	18,5	30,4	29,8	29,6	28,9	27,9	29,4	30,6
Ungarn	-	-	-	85,1	54,2	59,4	61,7	65,6	65,8	71,9	73,8	74,0
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	50,8	41,0	40,6	42,3	43,4	44,1	50,1	62,6	71,0
FU	_	_		69.5	63.0	62,2	62.7	61.3	58.7	60.6	67.4	70,9

 $Quellen: Für \ die \ Jahre \ 1980 \ bis \ 2000: EU-Kommission, "Europ\"{a} is che \ Wirtschaft", Statistischer \ Anhang, November \ 2008.$ 

Für die Jahre ab 2004: EU-Kommission, Interimsprognose, Januar 2009.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

### 15 Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land				Steuernin	% des BIP			
	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2006	2007
Deutsch lan d <sup>2,3</sup>	22,0	23,9	21,8	22,7	22,7	20,9	21,9	23,0
Belg ien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	31,1	31,0	30,7
Dänemark	37,1	42,5	45,6	47,7	47,6	49,6	48,1	47,9
Finnland	28,7	27,4	32,4	31,6	35,3	31,9	31,3	31,1
Frankreich	21,7	23,0	23,5	24,5	28,4	27,7	27,8	27,4
Griechenland	14,0	14,5	18,3	19,5	23,6	20,2	20,2	
Irland	26,1	26,6	28,2	27,8	27,5	26,0	27,6	27,3
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	28,3	29,6	30,2
Japan	15,3	18,0	21,4	17,9	17,5	17,3	17,7	
Kana da	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,4	28,4	28,6
Luxemburg	16,7	25,4	26,0	27,3	29,1	27,3	26,0	26,7
Niederland e	23,1	26,6	26,9	24,1	24,2	25,7	25,1	24,2
Norwegen	29,0	33,5	30,2	31,3	33,7	34,6	35,2	34,4
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	27,6	27,3	27,8
Polen	-	-	-	25,2	22,4	20,7	21,4	
Portug al	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	23,4	24,3	24,9
Schweden	32,1	33,0	38,0	34,4	38,1	36,3	36,6	35,6
Schweiz	16,2	18,9	19,7	20,2	22,7	22,2	22,7	22,8
Slowakei	-	-	-	-	19,7	19,0	17,9	17,9
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,0	23,6	24,4	25,0
Tschechien	-		-	22,0	19,7	21,4	20,8	20,3
Ung arn	-	-		26,6	26,9	25,6	25,2	26,4
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,0	28,4	30,8	29,5	30,3	29,8
Vereinig te Staaten	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	20,6	21,3	21,6

 $<sup>^{\</sup>rm 1}$  Nach den Abg renzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OEC D- Revenue Statistics 196 5 bis 2 007, Paris 2008

Stand: Oktober 20 08.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenz ung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung od er der deutschen Finanzstatistik.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 1970 bis 1990 nuralte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

### 16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land				Steuern und Soziala	bgaben in % des BIP			
	1970	1980	1990	1995	2000	2 005	2006	2007
Deutsch lan d <sup>2,3</sup>	31,5	36,4	34,8	37,2	37,2	34,8	35,6	36,2
Belg ien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,8	44,5	44,4
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	50,7	49,1	48,9
Finnland	31,5	35,7	43,5	45,7	47,2	43,9	43,5	43,0
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	43,9	44,2	43,6
Griechenland	20,0	21,6	26,2	28,9	34,1	31,3	31,3	
Irland	28,4	31,0	33,1	32,5	31,7	30,6	31,9	32,2
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	40,9	42,1	43,3
Japan	19,6	25,4	29,1	26,8	27,0	27,4	27,9	
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,4	33,3	33,3
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	37,1	39,1	37,8	35,9	36,9
Niederland e	35,6	42,9	42,9	41,5	39,7	38,8	39,3	38,0
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	43,5	43,9	43,4
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,2	42,6	42,1	41,7	41,9
Polen	-	-	-	36,2	31,6	32,9	33,5	
Portug al	18,4	22,9	27,7	31,7	34,1	34,7	35,7	36,6
Schweden	37,8	46,4	52,2	47,5	51,8	49,5	49,1	48,2
Schweiz	19,3	24,7	25,8	27,7	30,0	29,2	29,6	29,7
Slowakei	-	-	-	-	33,8	31,8	29,8	29,8
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	35,8	36,6	37,2
Tschechien	-	-	-	37,5	35,3	37,5	36,9	36,4
Ung arn	-	-	-	41,3	38,0	37,2	37,1	39,3
Vereinigtes Königreich	37,0	35,1	36,1	34,5	37,1	36,3	37,1	36,6
Vereinigte Staaten	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	27,3	28,0	28,3

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach den Abg renzungsmer kmalen der OECD.

<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nuralte Bundesländer. Quelle: OEC D-Revenue Statistics 1965 bis 2007, Paris 2008.

Stand: Oktober 2008.

 $<sup>^2 \</sup>quad \text{Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenz ung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung od er der deutschen Finanzstatistik.}$ 

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

#### 17 Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land					Gesamtausga	ben des Staates	in % des BIP				
	1980	1985	1990	1995	2000	20 05	2006	2007	20 08	2009	2010
Deutsch lan d 1	46,6	44,9	43,4	48,3	45,1	46,8	45,3	44,1	43,3	43,8	43,6
Belgien	54,8	58,4	52,2	52,1	49,1	51,9	48,4	48,3	48,7	49,8	50,2
Finnland	40,1	46,3	47,9	61,6	48,3	50,2	48,8	47,3	47,1	47,7	48,0
Frankreich	45,7	51,8	49,5	54,4	51,6	53,3	52,7	52,4	52,5	53,3	53,6
Griechenland	-	-	45,8	46,6	46,6	43,1	41,9	43,4	43,2	43,4	43,5
Irland	-	53,2	42,8	41,1	31,5	33,7	33,8	3 5,4	40,1	42,1	42,8
Italien	40,8	49,8	52,9	52,5	46,2	48,1	48,8	48,2	48,9	48,8	48,7
Luxemburg	-	-	37,7	39,7	37,6	41,6	38,6	37,8	39,8	42,5	43,0
Malta	-	-	-	39,7	41,0	44,7	43,6	42,4	44,5	43,6	44,2
Niederland e	55,2	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,6	45,3	45,9	46,6	47,4
Österreich	50,2	53,7	51,5	56,2	52,0	49,7	49,2	48,3	48,3	49,0	49,3
Portug al	33,5	38,8	40,0	43,4	43,1	47,7	46,3	45,7	46,2	45,6	45,9
Slowenien	-	-	-	53,3	46,8	45,3	44,5	42,4	42,4	42,4	42,0
Spanien	-	-	-	44,4	39,1	38,4	38,5	38,8	39,9	41,0	41,3
Zypem	-	-	-	-	37,0	43,6	43,4	43,0	44,6	44,9	44,9
Euroraum	-	-	-	-	46,3	47,3	46,6	46,1	46,3	46,9	46,9
Bulgarien	-	-	-	-	-	39,3	36,5	41,5	38,1	38,1	38,2
Dänemark	52,7	55,5	55,9	59,3	53,5	52,5	51,1	50,8	50,9	51,4	51,9
Estland	-	-	-	41,4	36,5	34,0	34,2	3 5,5	39,4	40,7	41,1
Lettland	-	-	31,6	38,6	37,3	35,6	37,9	3 7,7	39,5	42,3	42,0
Litauen	-	-	-	35,7	39,1	33,3	33,6	3 5,2	36,6	38,2	39,6
Polen	-	-	-	47,7	41,1	43,3	43,8	42,0	41,5	42,2	42,1
Rumänien	-	-	-	-	40,5	33,5	35,3	3 7,3	38,3	39,0	38,9
Schweden	-	-	-	65,2	55,6	55,0	54,2	5 2,6	53,5	54,9	55,0
Slowakei	-	-	-	48,7	50,9	38,1	37,1	3 4,6	34,3	34,3	34,2
Tschechien	-	-	-	54,5	41,8	45,0	43,9	42,6	42,0	41,8	41,3
Ung arn	-	-	-	-	46,5	50,1	51,9	49,8	48,9	49,0	49,1
Vereinigtes Königreich	47,6	48,7	41,1	43,9	3 6,8	44,1	44,2	44,4	45,8	47,2	48,2
EU-27	-	-	-	-	-	46,8	46,3	45,8	46,2	46,9	47,1
USA	34,1	36,8	37,1	37,0	34,2	36,6	36,5	37,4	3 8,8	40,8	42,6
Japan	_	_	-	-	39,0	38,4	36,0	36,4	37,0	38,2	39,3

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> 1980 bis 1990 nur alte Bundesländer. Quelle: EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

Stand: November 2008.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

#### 18 Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

		Eu-Haush	nalt2008 <sup>1</sup>			EU-Haus	nalt2009 <sup>2</sup>	
	Verpflich	ntungen	Zahlı	ıngen	Verpflic	htungen	Zahlu	ngen
	Mio.€	%	Mio.€	%	Mio.€	%	Mio. €	%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltig es Wachstum davon Globalisierungsanpassungsfonds	58341,9 500,0	44,5 0,4	45 731,7	39,5	60 195,9 500,0	45,0 0,4	45 999,5	39,
2. Bewahrung und Bewirtschaftung dernatürlichen Ressourcen	56314,7	43,0	53 217,1	46,0	56121,4	41,9	52 566,1	45,
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 625,9	1,2	1 48 8,9	1,3	1514,9	1,1	1 296,4	1,
4. Die EU als globaler Akteur davon Sofor thil fereser ve (40 - Reserven)	7311,2 239,2	5,6 0,2	7847,1	6,8	8 103,9 244,0	6,1 0,2	8 324,2	7,
5. Verwaltung	7279,2	5,6	7279,8	6,3	7700,7	5,8	7 700,7	6,
6. Ausgleichszahlung en	206,6	0,2	206,6	0,2	209,1	0,2	209,1	0,
Gesamtbetrag	131 079,6	10 0,0	115 771,3	100,0	133 846,0	100,0	116 096,1	100,

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> = EU-Haushalt 2008 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nm. 1-10/2008).

 $<sup>^2</sup>$  = EU-Haushalt 20 09 (endg. Feststellung vom 18.12.20 08).

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

### 18 Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

	Differ	renzin%	Diffe	renz in Mio. €
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
	10	11	12	13
Rubrik				
1. Nachhaltig es Wachstum	2,3	0,6	1853,9	267,8
davon Globalisier ungsanpæssungsfonds	0,0		0,0	0,0
Bewahrung und Bewirtschaftung     dernatürlichen Ressourcen	- 0,3	-1,2	-193,3	-651,0
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	- 6,8	-12,9	-111,0	-192,5
4. Die EU als globaler Akteur	10,8	6,1	792,7	477,0
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	-	4,8	0,0
5. Verwaltung	5,8	5,8	421,5	421,0
6. Ausgleichszahlung en	1,2	1,2	2,5	2,5
Gesamtbetrag	2,1	0,3	2766,3	324,8

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

## Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

#### 1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2008 im Vergleich zum Jahressoll 2008

	Flächenlär	nder (West)	Flächenlän	der (Ost)	Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in Mi	o.€			
Bereinigte Einnahmen	185 837	191 787	52 358	53 922	33 903	35 952	265 832	274 590
darunter:								
Steuereinnahmen	152 381	155 833	27 422	28 758	20 722	22 181	200 526	206 772
übrige Einnahmen	33 456	35 954	24936	25 164	13 181	13 771	65 306	67818
Bereinigte Ausgaben	201 200	193 440	52 373	51 820	34 873	35 671	282 179	273 861
darunter:								
Personalausgaben	73 830	73 121	12 335	11 871	10911	10 869	97 075	95 860
Bauausgaben	2611	2 578	1 644	1 382	716	577	4970	4537
übrige Ausgaben	124759	117 741	38 395	38 567	23 246	24225	180 134	173 463
Finanzierungssaldo	-15 360	-1 653	- 15	2 102	- 964	281	-16 339	730

#### 2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2008

(Ost)

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in %25,0% 20,3 20,0% 15,0% 10,7 10,0% 5,0% 0,0% -5,0% -10,0% 10,5 -15,0% übrige Ausgaben Bereinigte übrige Bereinigte Personal-Bauausgaben Steuer-Einnahmen einnahmen Einnahmen Ausgaben ausgaben Flächenländer Länder insgesamt (West) Flächenländer Stadtstaaten

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

## 3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Dezember 2008

Lfd. Nr.	Bezeichnung		Dezember 2007			November 2008	3		Dezember 2008	
	Jeenemong	Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder in Mio. €	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte					iiiwio. e				
11	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup>									
	für das laufende Haushaltsjahr	255 718	267 022	504 848	231 828	238 953	455 583	270 477	274 590	528 056
111	darunter: Steuereinnahmen	230 043	197 947	427 990	205 881	181 553	387 434	239 231	206 772	446 003
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-								
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	226 887	62 987	289 874	209 270	58 994	268 264	228 795	68 204	296 999
12	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup>									
	für das laufende Haushaltsjahr	270 450	264 104	516 662	261 997	243 919	490 718	282 308	273 861	539 158
121	darunter: Personalausgaben (inkl. Versorgung)	26 038	95 044	121 081	25 471	90 191	115 662	27 012	95 860	122 873
122	Bauausgaben	5 478	4353	9831	4799	3 5 1 9	8 3 1 9	5 777	4537	10314
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	164	164		28	28	-	33	33
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	213 390	65 919	279 309	197 775	69 877	267 652	218 180	74 178	292 35
13	Mehreinahmen (+), Mehrausgaben (-), (Finanzierungssaldo)	-14 732	2 917	-11 814	-30 169	-4 966	-35 135	-11 832	730	-11 10
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-	
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen²	14732	-6 458	8 274	12 548	-11 390	1 157	11 832	-7 626	4 20
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-	-		715	715	•	-	
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	511	511	-	1 628	1 628	-	2 343	2 343
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	-2 453	12 532	10 079	12 500	17 559	30 059	- 305	16 936	16 63
32	Vorschüsse	-	19 254	19 254		29 504	29 504	-	35 300	35 300
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	9 962	9 962	•	14 154	14 154	-	13 252	13 25
34	Saldo (31-32+33)	-2 453	3 239	786	12 500	2 209	14709	- 305	-5 112	-5 410
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-2 453	209	-2 244	-5 121	-11 805	-16 926	- 305	-9 665	-9 970
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	2 453	2316	4769	5 121	5 4 1 7	10538	305	3 556	3 86
52	Schatzwechsel	-	-	-	-		-	-	-	
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-			-	-	-	
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	
55	Sonstige	-	-	-	-	872	872	-	-	
56	Zusammen	2 453	2316	4 769	5 121	6 289	11 410	305	3 556	3 86
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	2 5 2 5	2 525	0	-5516	-5 516	0	-6 109	-6 109
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit <sup>4</sup>	-	782	782	-	1 855	1 855	-	1 522	1 522
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupt- kasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	2 641	2 641	-	3 022	3 022	-	2 533	2 533

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. <sup>3</sup> Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. <sup>4</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 200	4	Einnahmen.	Ausgaben und	l Kassenlage der	r Länder bis Dezemb	er 2008
--	---	------------	--------------	------------------	---------------------	---------

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern <sup>7</sup>	Brandenburg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder-sachsen	NordrhWestf.	RheinlPfalz	Saarland
					Mid	o. €				
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup>									
	für das laufende Haushaltsjahr	35 832,8	41 089,6	10 195,8	19 968,0	7 202,2	23 038,1	50 049,1	12 028,8	2 785,5
111	darunter: Steuereinnahmen	28 002,4	33 294,8	5 573,1	16 833,3	3 706,4	17 694,9	42 118,2	9 175,9	2 293,5
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-		634,5		550,5	389,5	263,9	349,3	113,2
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	8 924,1	2 460,1 <sup>a),8</sup>	3 719,7	2 143,2	845,2	6 196,3	15 293,7	5 951,5	1 032,
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup>		,.							
	für das laufende Haushaltsjahr	34 472,2	41 228,9 <sup>b)</sup>	10 051,8	20 887,8	6 872,3	23 458,2	49 967,0	12 835,7	3 301,
21	darunter: Personalausgaben	•			•		·		•	
	(inkl. Versorgung)	13 057,5	15 825,1	2 008,6	7 265,6	1 534,8	8 885,93	19 026,0³	4 753,1	1 257,
22	Bauausgaben	427,1	1 085,1	45,6	450,1	192,2	220,1	182,0	40,3	51,
23	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	2 621,2	3 142,4	-	2 632,7	-	-	-	-	
24	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	8 929,4	3 108,9	4 589,1	3 063,0	1 587,5	6 159,2	16 893,0	5918,0	863,
3	Mehreinahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	1 360,6	- 139,3	144,0	- 919,8	329,9	- 420,1	82,1	- 806,9	- 515,
4	Einnahmen der Auslaufperiode des	-		-			_	_	-	
5	Vorjahres Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres									
6	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)	-	-		-	-		-	-	
	(14-15)	-	•		•		-	-	-	
7	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der	-616,5	-1 315,9	- 594,5	-872,0	- 684,9	45,8	-1 684,8	- 146,5	188
_	Landeshauptkasse <sup>2</sup> Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
1	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres									
	(ohne Auslaufperiode)	-	•		-	-	-	-	-	
2	der abgeschlossenen Vorjahre	796,6	863,3				_	-	-	
;	(Ist-Abschluss)  Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
	<del>-</del>									
1	Verwahrungen	5 104,3	2 253,2	1 132,2	739,8	559,0	761,0	274,4	2 704,3	96,
2	Vorschüsse	4 475,0	7 702,2	591,3	475,7		525,3	46,2	2 311,3	-31,
3	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	737,8	6 040,9	-	690,2	-0,2	1 210,2	241,1	0,7	14,
4	Saldo (31-32+33)	1 367,1	591,9	540,9	954,4	558,8	1 445,9	469,3	393,7	141,
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	2 907,8	0,0	90,4	-837,3	203,8	1 071,6	-1 133,3	- 559,7	- 185
	Schwebende Schulden									
1	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-		940,0		-	1 852,0	560,6	163,
52	Schatzwechsel	-					-	-		
3	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-			-		-	-		
4	Kassenkredit vom Bund	-					_	-		
5	Sonstige						_	-		
6	Zusammen		_		940,0		_	1 852,0	560,6	163,
5	Kassenbestand insgesamt (4+56) <sup>4</sup>	2 907,8	0,0	90,4	102,7	203,8	1 071,6	718,7	0,9	- 22,
'	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)	2 301,0	0,0	30,4	.02,1	203,0	. 011,0	. 10,1	0,5	,
1	Innerer Kassenkredit <sup>6</sup>	-			-		769,5	-		
2	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	-		-	-	1 210,2	192,1	-	

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/
Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Ohne Januar-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SHWegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁵ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und
Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. <sup>7</sup> BY - Davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a) 1507,0 Mio. €,
b) 3 000,2 Mio. €. ³ BY - Hinzu treten noch gem. Art. 8 Abs. 10 HG aufgeschobene Anschlussfinanzierungen in. H. v. vorl. 1956,0 Mio. €; einschl. dieses Betrages beläuft sich die Nettotilgung des
laufenden Haushalts auf 200 Mio. €.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

#### 4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2008

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
					М	io. €			
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup>								
	für das laufende Haushaltsjahr	17 275,7	9 879,2	8 288,1	9 368,7	21 705,1	3 656,0	11 037,9	274 590,3
111	darunter: Steuereinnahmen	9 221,9	5 207,7	6 420,3	5 048,8	10 652,8	2314,5	9 213,4	206 771,9
112	Länderfinanzausgleich 1	1 189,4	658,1	176,9	658,7	3 267,0	559,3	-	
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	2 941,0	5 582,4	2836,8	1 247,6	6943,2	2 825,2	- 739,3	68 203,6
12	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup>								
	für das laufende Haushaltsjahr	16 060,9	9 827,1	8 582,0	9 007,8	20 867,8	4 102,7	11 147,8	273 860,8
121	darunter: Personalausgaben (inkl. Versorgung)	3 986,7	2 212,2	3 050,5	2 128,3	6 292,7	1 286,7	3 289,1	95 860,3
122	Bauausgaben	738,3	184,2	121,5	221,8	147,3	71,2	358,6	4 537,1
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>							447,3	33,3
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	3 024,0	5 603,2	2 722,5	1 635,7	7 626,8	2 454,5		74 178,3
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)	1 214,8	52.1	- 293.9	360.9	837,3	- 446.7	- 109.9	729,5
14	(Finanzierungssaldo) Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres		,-		,-	551,5	, .	,.	,-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-			-	-	
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)		•		•		•		
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der		•		•		•		
"	Landeshauntkasse <sup>2</sup>	- 558,6	- 28,6	210,1	- 258,2	-973,6	393,0	-729,4	-7 626,3
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)								
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres								
	(ohne Auslaufperiode)	-	-	-	-	-	-	-	
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	683,2	-	-	-	-	-	-	2 343,1
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	406,4	266,0	0,0	-260,6	-182,6	44,4	3 038,4	16 936,3
32	Vorschüsse	4501,3	423,0	0,0	99,5	-	501,9	13 678,2	35 299,8
33	Geldbestände der Rücklagen u. Sondervermögen	2 622,8	60,6	0,0	206,5	325,9	348,3	752,7	13 251,7
34	Saldo (31-32+33)	-1 472,1	- 96,3	0,0 5	- 153,6	143,3	-109,2	-9 887,1	-5 111,6
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden								
	(13+16+17+21+22+34)	- 132,7	- 72,8	-83,8	- 50,9	7,0	- 162,8	-10726,4	-9 665,0
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	38,0	-	79,5	1,8	-112,5	33,0	3 556,2
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	
55	Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	
56	Zusammen	-	38,0	-	79,5	1,8	-112,5	33,0	3 556,2
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) <sup>4</sup>	- 132,7	- 34,8	-83,8	28,6	8,8	- 275,4	-10 693,4	-6 108,9
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit <sup>6</sup>	-	-	-	-	-	-	752,7	1 522,2
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	-	-	-	325,9	51,9	752,7	2 532,8

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ²Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/
Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³Ohne Januar-Bezüge. ⁴Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵SHWegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und
Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. <sup>7</sup>BY- Davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a) 1507,0 Mio. €, b) 3 000,2 Mio. €. <sup>8</sup>BY- Hinzu treten noch gem. Art. 8 Abs. 10 HG aufgeschobene Anschlussfinanzierungen in. H. v. vorl. 1956,0 Mio. €; einschl. dieses Betrages beläuft sich die Nettotilgung des laufenden Haushalts auf 200 Mio. €.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

#### 1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

	Erwerbstäti	ge im Inland <sup>1</sup>			Form the Lanca	Brut	toinlandsprodukt (r	real)	Investitions-
Jahr	Mio.	Veränderung in%	Erwerbsquote <sup>2</sup>	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote <sup>3</sup>	gesamt	je Erwerbstä- tigen	je Stunde	quote <sup>4</sup>
		p.a.	in%	Mio.	in%	V	eränderung in % p.a	ì <b>.</b>	in%
1991	38,6		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,1	-1,5	50,4	2,5	6,2	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	-1,3	50,0	3,1	7,5	-0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	-0,1	50,1	3,3	8,1	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,9	3,2	7,9	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	-0,3	50,0	3,5	8,6	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	-0,1	50,2	3,8	9,2	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,7	3,7	9,0	2,0	8,0	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,9	3,4	8,2	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,3	3,1	7,4	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,5	3,2	7,5	1,2	8,0	1,8	20,0
2002	39,1	-0,6	51,5	3,5	8,3	0,0	0,6	1,5	1 8,3
2003	38,7	-0,9	51,6	9, 8	9,2	-0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	52,1	4,2	9,7	1,2	8,0	0,6	17,5
2005	38,9	-0,1	52,5	4,6	10,6	0,8	0,9	1,4	17,4
2006	39,1	0,6	52,5	4,3	9,8	3,0	2,3	2,5	1 8,2
2007	39,8	1,7	52,6	3,6	8,3	2,5	0,7	0,6	1 8,7
2008	40,4	1,5	52,9	3,1	7,2	1,3	-0,2	-0,1	19,2
2003/98	38,8	0,4	51,2	3,5	8,3	1,2	8,0	1,7	20,0
2008/03	39,3	0,8	52,4	3,9	9,1	1,7	0,9	1,0	1 8,2

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Erwer bstätige im Inland nach ESVG 95. <sup>2</sup> Erwer bspersonen (inländische Erwerbstätig e + Erwer bslose [LO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. <sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbslose (ILO) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. <sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbslose (ILO) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. <sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbslose (ILO) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. <sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbslose (ILO) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. <sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbslose (ILO) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. <sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbslose (ILO) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. <sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbslose (ILO) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. <sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbslose (ILO) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. <sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbslose (ILO) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. <sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbslose (ILO) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. <sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbslose (ILO) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. <sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. <sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. <sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbslose (ILO) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. <sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. <sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. <sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbslose (ILO) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. <sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. <sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. <sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. <sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. <sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. <sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. <sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. <sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. <sup>3</sup> Erwerbslose (I

#### 2 Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlandspro-dukt (nominal)	Bruttoinlands-produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnachfrag e (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) <sup>1</sup>	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstückkosten <sup>2</sup>
				Veränderung in % p.a.			
1991							
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,8	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	-0,7	0,7	1,0	1,5	0,4
1997	2,1	0,3	-2,2	0,9	1,4	1,9	-0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	1,0	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	-0,7	-4,8	0,9	0,9	1,4	0,7
2001	2,5	1,2	-0,1	1,3	1,7	1,9	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,5	0,6
2003	1,0	1,2	1,0	1,0	1,5	1,0	8,0
2004	2,2	1,0	-0,3	1,1	1,4	1,7	-0,5
2005	1,5	0,7	-1,4	1,2	1,6	1,5	-0,8
2006	3,5	0,5	-1,3	1,0	1,3	1,6	-1,2
2007	4,4	1,9	0,7	1,7	1,8	2,3	0,4
2008	2,7	1,5	-0,9	1,9	2,3	2,6	2,1
2003/98	1,9	0,7	-0,3	0,8	1,1	1,3	0,6
2008/03	2,8	1,1	-0,6	1,4	1,7	1,9	0,0

¹Ohne privateOrganisationen ohne Erwerb szweck. ²Arbeitnehmer entgelte je Arbeitnehmer stunde divid iert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept). Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.
Stand: Januar 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

### 3 Außenwirtschaft<sup>1</sup>

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrig e Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
	Veränderu	ing in % p.a.	Mr	d. €		Anteile a	m BIP in %	
1991			-6,09	-23,08	25,77	26,17	-0 ,40	- 1,50
1992	0,24	0,58	-7,48	-18,62	24,08	24,53	-0,45	- 1,13
1993	-4,76	-6,41	-0,46	-17,82	22,28	22,31	-0,03	- 1,05
1994	8,92	8,11	2,59	-28,44	23,09	22,95	0,15	- 1,60
1995	7,67	6,23	8,67	-23,96	23,95	23,49	0,47	- 1,30
1996	5,49	3,71	16,87	-12,26	24,90	24,00	0,90	-0,65
1997	12,67	11,58	23,91	-8,61	27,47	26,22	1,25	-0,45
1998	7,03	6,78	26,82	-13,43	28,66	27,29	1,36	-0,68
1999	5,02	7,02	17,44	-23,96	29,40	28,53	0,87	- 1,19
2000	16,38	18,66	7,25	-26,70	33,38	33,02	0,35	- 1,29
2001	6,86	1,75	42,51	-0,90	34,81	32,80	2,01	-0,04
2002	4,09	-3,62	97,72	45,89	35,73	31,17	4,56	2,14
2003	0,73	2,60	85,93	44,76	35,65	31,67	3,97	2,07
2004	10,19	7,53	112,93	106,49	38,44	33,33	5,11	4,82
2005	8,41	8,80	119,55	119,13	41,08	35,75	5,33	5,31
2006	14,25	14,89	131,52	145,58	45,35	39,68	5,67	6,27
2007	8,02	4,88	170,97	184,52	46,94	39,88	7,06	7,62
2008	4,73	6,93	157,85	171,17	47,84	41,50	6,34	6,88
2003/98	6,49	5,02	46,28	4,28	32,94	30,75	2,19	0,17
200 8/03	9,08	8,55	129,79	128,61	42,55	36,97	5,58	5,49

<sup>1</sup> In ieweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Januar 2009.

#### 4 Einkommensverteilung

Jahr				Lohno	luote	Bruttolöhne und -	1 1 1 -0 -0	
	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>	gehälter (je Arbeitnehmer)	Arbeitnehmer) <sup>3</sup>	
		Veränderung in % p.a.		in	%	veranderui	iiig iii ∕o p.a.	
1991				71,0	71,0			
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2	
1993	1,4	-1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,2	
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	-2,4	
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	-0,6	
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	-1,	
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	-2,	
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6	
1999	1,4	-1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5	
2000	2,5	-0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2	
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,	
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	-0,2	
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,2	-0,	
2004	4,5	14,5	0,4	68,0	69,4	0,7	1,0	
2005	1,5	5,9	-0,6	66,6	68,2	0,3	-1,	
2006	4,1	8,7	1,7	65,1	66,7	0,9	-1,	
2007	3,5	4,5	3,0	64,8	66,3	1,6	-0,	
2008	2,9	1,7	3,6	65,2	66,6	2,3	-0,	
2003/98	1,8	1,5	1,9	71,3	72,2	1,5	0,	
2008/03	3,3	7,0	1,6	66,7	68,2	1,1	-0,	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens. <sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991). <sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Januar 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

#### 5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land					jährlich	e Veränderung	gen in %				
	1985	1990	1995	2000	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland	2,3	5,3	1,9	3,2	1,2	0,8	3,0	2,5	1,3	-2,3	0,7
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	3,0	1,8	3,0	2,8	1,3	-1,9	0,3
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	4,9	2,9	4,5	4,0	2,9	0,2	0,7
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,3	3,6	3,9	3,7	1,2	-2,0	-0,2
Frankreich	1,7	2,6	2,1	3,9	2,5	1,9	2,2	2,2	0,7	-1,8	0,4
Irland	3,1	7,6	9,8	9,3	4,7	6,4	5,7	6,0	-2,0	-5,0	0,0
Italien	2,8	2,1	2,8	3,7	1,5	0,6	1,8	1,5	-0,6	-2,0	0,3
Zypern	-	-	9,9	5,0	4,2	3,9	4,1	4,4	3,6	1,1	2,0
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	4,5	5,2	6,4	5,2	1,0	-0,9	1,4
Malta	-	-	6,2	6,4	1,2	3,5	3,2	3,9	2,1	0,7	1,3
Niederlande	2,3	4,2	3,1	3,9	2,2	2,0	3,4	3,5	1,9	-2,0	0,2
Österreich	2,6	4,6	1,4	3,7	2,5	2,9	3,4	3,1	1,7	-1,2	0,6
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,9	1,5	0,9	1,4	1,9	0,2	-1,6	-0,2
Slowakei	-	-	5,8	1,4	5,2	6,5	8,5	10,4	7,1	2,7	3,1
Slowenien	-	-	4,1	4,1	4,3	4,3	5,9	6,8	4,0	0,6	2,3
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,0	3,7	2,8	4,9	4,5	1,5	-1,2	1,2
Euroraum	2,3	3,5	2,4	3,9	2,2	1,7	2,9	2,7	0,9	-1,9	0,4
Bulgarien	-	-	2,9	5,4	6,6	6,2	6,3	6,2	6,4	1,8	2,5
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	2,3	2,4	3,3	1,6	-0,6	-1,0	0,6
Estland	_	-	4,5	9,6	7,5	9,2	10,4	6,3	-2,4	-4,7	1,2
Lettland	_	-	-0,9	6,9	8,7	10,6	12,2	10,3	-2,3	-6,9	-2,4
Litauen	_	-	3,3	4,2	7,4	7,8	7,8	8,9	3,4	-4,0	-2,6
Polen	-	-	7,0	4,3	5,3	3,6	6,2	6,7	5,0	2,0	2,4
Rumänien	-	-	7,1	2,1	8,5	4,2	7,9	6,2	7,8	1,8	2,5
Schweden	2,2	1,0	4,0	4,4	4,1	3,3	4,2	2,5	0,5	-1,4	1,2
Tschechien	-	-	5,9	3,6	4,5	6,3	6,8	6,0	4,2	1,7	2,3
Ungarn	-	-	1,5	5,2	4,8	4,0	4,1	1,1	0,9	-1,6	1,0
Vereinigtes Königreich	3,6	0,8	3,0	3,9	2,8	2,1	2,8	3,0	0,7	-2,8	0,2
EU	2,5	2,9	2,6	3,9	2,5	2,0	3,1	2,9	1,0	-1,8	0,3
Japan	5,1	5,2	2,0	2,9	2,7	1,9	2,0	2,4	-0,1	-2,4	-0,2
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	3,6	2,9	2,8	2,0	1,2	-1,6	1,7

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2008. Für die Jahre ab 2004: EU-Kommission, Interimsprognose, Januar 2009. Stand: Januar 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

#### 6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land			jährlio	che Veränderungen in	%		
	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland	1,8	1,9	1,8	2,3	2,8	0,8	1,
Belgien	1,9	2,5	2,3	1,8	4,5	1,1	2,
Griechenland	3,0	3,5	3,3	3,0	4,2	2,5	2
Spanien	3,1	3,4	3,6	2,8	4,1	0,6	2
Frankreich	2,3	1,9	1,9	1,6	3,2	0,8	1
Irland	2,3	2,2	2,7	2,9	3,1	0,7	1
Italien	2,3	2,2	2,2	2,0	3,5	1,2	2
Zypern	1,9	2,0	2,2	2,2	4,4	2,0	2
Luxemburg	3,2	3,8	3,0	2,7	4,1	0,6	2
Malta	2,7	2,5	2,6	0,7	4,6	1,9	2
Niederlande	1,4	1,5	1,7	1,6	2,2	1,9	1
Österreich	2,0	2,1	1,7	2,2	3,3	1,2	1
Portugal	2,5	2,1	3,0	2,4	2,7	1,0	2
Slowakei	7,5	2,8	4,3	1,9	4,0	2,9	3
Slowenien	3,7	2,5	2,5	3,8	5,5	0,9	2
Finnland	0,1	0,8	1,3	1,6	3,9	1,8	1
Euroraum	2,2	2,2	2,2	2,1	3,3	1,0	1
Bulgarien	6,1	6,0	7,4	7,6	12,0	5,4	2
Dänemark	0,9	1,7	1,9	1,7	3,6	1,6	1
Estland	3,0	4,1	4,4	6,7	10,6	3,2	2
Lettland	6,2	6,9	6,6	10,1	15,3	6,8	2
Litauen	1,2	2,7	3,8	5,8	11,1	5,6	2
Polen	3,6	2,2	1,3	2,6	4,2	2,9	2
Rumänien	11,9	9,1	6,6	4,9	7,9	5,7	
Schweden	1,0	0,8	1,5	1,7	3,3	0,7	1
Tschechien	2,6	1,6	2,1	3,0	6,3	2,6	2
Ungarn	6,8	3,5	4,0	7,9	6,1	2,8	2
Vereinigtes Königreich	1,3	2,1	2,3	2,3	3,4	0,1	1
EU	2,3	2,3	2,3	2,4	3,7	1,2	1
Japan	-0,7	-0,8	-0,2	-0,4	0,6	-1,4	-0
USA	2,6	2,9	2,8	2,6	3,4	0,4	C

 $\label{thm:prognose} Quellen: \mbox{EU-Kommission, Interimsprognose, Januar 2009.} \\ Stand: \mbox{Januar 2009.}$ 

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

#### 7 Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Land					In % der ziv	ilen Erwerbsbe	evölkerung				
	1985	1990	1995	2000	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	9,8	10,7	9,8	8,4	7,1	7,7	8,1
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,4	8,5	8,3	7,5	6,9	8,0	9,2
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	10,5	9,9	8,9	8,3	8,3	9,0	9,4
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	10,6	9,2	8,5	8,3	11,3	16,1	18,7
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	9,2	9,2	8,3	7,8	9,8	10,6
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	4,5	4,4	4,5	4,6	6,5	9,7	10,7
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,1	7,7	6,8	6,1	6,7	8,2	8,7
Zypern	-	-	2,6	4,9	4,7	5,3	4,6	4,0	3,9	5,1	5,5
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	5,0	4,6	4,6	4,1	4,1	4,9	5,8
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,4	7,2	7,1	6,4	6,5	7,4	7,9
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	4,6	4,7	3,9	3,2	2,9	4,1	5,5
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,9	5,2	4,8	4,4	4,1	5,1	6,1
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,0	6,7	7,7	7,8	8,1	7,8	8,8	9,1
Slowakei	-	-	13,2	18,8	18,2	16,3	13,4	11,1	9,8	10,6	10,5
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,3	6,5	6,0	4,9	4,5	5,2	5,2
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,8	8,4	7,7	6,9	6,4	7,8	8,0
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,4	9,0	9,0	8,3	7,5	7,5	9,3	10,2
Bulgarien	-	-	12,7	16,4	12,1	10,1	9,0	6,9	6,0	6,3	6,4
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	5,5	4,8	3,9	3,8	3,5	4,5	5,6
Estland	-	-	9,7	12,8	9,7	7,9	5,9	4,7	5,1	8,8	9,7
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	10,4	8,9	6,8	6,0	6,5	10,4	11,4
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	11,4	8,3	5,6	4,3	5,4	8,8	10,2
Polen	-	-	13,2	16,1	19,0	17,8	13,9	9,6	7,4	8,4	9,6
Rumänien	-	-	6,1	7,3	8,1	7,2	7,3	6,4	6,2	7,0	6,9
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	6,3	7,4	7,0	6,1	6,2	7,9	8,7
Tschechien	-	-	3,9	8,7	8,3	7,9	7,2	5,3	5,0	5,7	6,6
Ungarn	-	-	10,0	6,4	6,1	7,2	7,5	7,4	7,7	8,8	9,1
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,7	4,8	5,4	5,3	5,7	8,2	8,1
EU	9,4	7,2	10,0	8,7	9,0	8,9	8,2	7,1	7,0	8,7	9,5

Quellen: Für die Jahre 1985 - 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2008. Für die Jahre ab 2004: EU-Kommission, Interimsprognose, Januar 2009. Stand: Januar 2009.

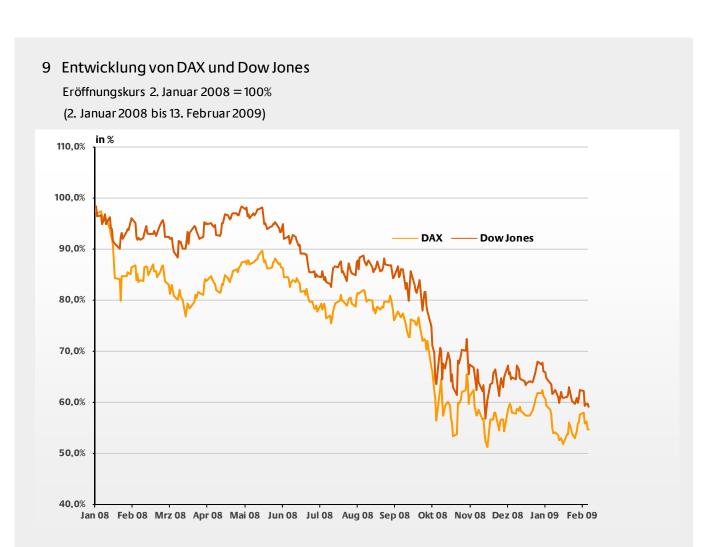
KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

#### 8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Re	ales Bruttoir	nlandsprod uk	t	•	Verbraud	h <i>e</i> rpreise			Leistung	sbilanz	
			Verä	nderung g ege	nüberVorjahr	in%			in % de	snominalen Bı	ruttoinlandpro	d ukts
	2006	2007	2008	2009 <sup>1</sup>	2006	2007	2008 <sup>1</sup>	20 09 <sup>1</sup>	2006	2007	2008 <sup>1</sup>	20 09 <sup>1</sup>
Gemeinschaft												
Unabhängiger												
Staaten	8,2	8,6	7,2	5,7	9,5	9,7	15,6	12,6	7,5	4,4	5,5	3,0
darunter												
Russische	7,4	8,1	7,0	5,5	9,7	9,0	14,0	12,0	9,5	5,9	6,5	3,4
Föderation	',-	0,1	7,0	3,3	3,1	3,0	14,0	12,0	3,5	5,5	0,3	5,-
Ukraine	7,3	7,6	6,4	2,5	9,1	12,8	25,3	18,8	-1,5	-3,7	-7,2	-9,2
Asien	9,2	9,3	7,7	7,1	3,8	4,9	7,3	5,8	5,8	6,8	5,2	5,0
darunter												
China	11,6	11,9	9,7	9,3	1,5	4,8	6,4	4,3	9,4	11,3	9,5	9,2
Indien	9,8	9,3	7,9	6,9	6,2	6,4	7,9	6,7	-1 ,1	-1,4	-2,8	-3,
Indonesien	5,5	6,3	6,1	5,5	13,1	6,2	9,8	8,8	3,0	2,5	0,1	-0,1
Korea	5,1	5,0	4,1	3,5	2,2	2,5	4,8	4,0	0,6	0,6	-1,3	-0,7
Thailand	5,1	4,8	4,7	4,5	4,6	2,2	5,7	3,2	1,1	6,4	3,1	2,0
Lateinamerika	5,4	5,6	4,6	3,1	5,2	5,3	7,6	7,1	1,8	0,8	-0,5	-1,3
darunter												
Argentinien	8,5	8,7	6,5	3,6	10,9	8,8	9,1	9,1	2,6	1,7	0,8	-0,6
Brasilien	3,8	5,4	5,2	3,5	4,2	3,6	5,7	5,1	1,3	0,1	-1,8	-2,0
Chile	4,3	5,1	4,5	3,8	3,4	4,4	8,9	6,5	4,7	4,4	-1,1	-0,9
Mexiko	4,9	3,2	2,1	1,8	3,6	4,0	4,9	4,2	-0,2	-0,6	-1,4	-2,2
Sonstige												
Türkei	6,9	4,6	3,5	3,0	9,6	8,8	10,5	8,4	-6,0	-5,7	-6,5	-6,7
Südafrika	5,4	5,1	3,8	3,3	4,7	7,1	11,8	8,0	-6.5	-7,3	-8,0	-8,

 $^1$  Prognosen des IWF. Quelle: IWFW orld Economic Outlook Oktober 2008 in veröffentlichter Form.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG



2,91

1,17

12,01

4,67

1,88

17,91

#### ☐ Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

3,13

1,26

13,08

#### 10 Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindices					
	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	13.2.2009	2008	zu Ende 2008	2008/2009	2008/2009
Dow Jones	7 850	8 776	-10,55	7 552	13 058
Eurostoxx 50	1 966	2 065	-4,80	1 894	3 635
Dax	4413	4810	-8,25	4 127	7 949
CAC 40	2 998	3 2 1 8	-6,84	2 849	5 550
Nikkei	7 779	8 8 6 0	-12,19	7 163	14691
Renditen staatlicher	· Benchmarkanleihen				
	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	13.2.2009	2008	US-Bond	2008/2009	2008/2009
USA	2,90	2,22	-	2,06	4,26

Bund

Japan

Brasilien

vvanrungen					
	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	13.2.2009	2008	zu Ende 2008	2008/2009	2008/2009
Dollar/Euro	1,29	1,4	-8,00	1,25	1,60
Yen/Dollar	91,99	90,62	1,51	87,36	111,62
Yen/Euro	118,41	126,73	-6,57	114,91	169,56
Pfund/Euro	0,89	0,96	-6,42	0,73	0,90

0,24

-1,64

10,19

2,94

1,17

12,56

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

#### 11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF

G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Deutschland												
EU-KOM	2,5	1,3	-2,3	0,7	2,3	2,8	0,8	1,4	8,4	7,1	7,7	8,1
OECD	2,6	1,4	-0,8	1,2	2,3	2,9	1,1	1,3	8,3	7,4	8,1	8,6
IWF	2,5	1,3	-2,5	0,1	2,3	2,9	1,4	-	8,4	7,4	8,0	-
USA												
EU-KOM	2,0	1,2	-1,6	1,7	2,6	3,4	0,4	0,7	-	-	-	-
OECD	2,0	1,4	-0,9	1,6	2,9	4,3	1,6	1,5	4,6	5,7	7,3	7,5
IWF	2,0	1,1	-1,6	1,6	2,9	4,2	1,8	-	4,6	5,6	6,9	-
Japan												
EU-KOM	2,4	-0,1	-2,4	-0,2	-0,4	0,6	-1,4	-0,5	-	-	-	-
OECD	2,1	0,5	-0,1	0,6	0,1	1,4	0,3	-0,1	3,9	4,1	4,4	4,4
IWF	2,4	-0,3	-2,6	0,6	-	1,6	0,9	-	3,8	4,1	4,5	-
Frankreich												
EU-KOM	2,2	0,7	-1,8	0,4	1,6	3,2	0,8	1,5	8,3	7,8	9,8	10,6
OECD	2,1	0,9	-0,4	1,5	1,6	3,3	1,0	0,8	8,0	7,3	8,2	8,7
IWF	2,2	0,8	-1,9	0,7	1,6	3,4	1,6	-	8,3	7,7	8,3	-
Italien												
EU-KOM	1,5	-0,6	-2,0	0,3	2,0	3,5	1,2	2,2	6,1	6,7	8,2	8,7
OECD	1,4	-0,4	-1,0	0,8	2,0	3,5	1,5	1,5	6,2	6,9	7,8	8,0
IWF	1,5	-0,6	-2,1	-0,1	2,0	3,4	1,9	-	6,2	6,7	6,6	-
Vereingtes Königreich												
EU-KOM	3,0	0,7	-2,8	0,2	2,3	3,4	0,1	1,1	5,3	5,7	8,2	8,1
OECD	3,0	0,8	-1,1	0,9	2,3	3,7	2,7	1,9	5,4	5,5	6,8	8,2
IWF	3,0	0,7	-2,8	0,2	2,3	3,8	2,9	-	5,4	5,4	6,0	-
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	2,7	0,5	-0,5	2,1	2,1	2,6	1,2	1,0	6,0	6,1	7,0	7,5
IWF	2,7	0,6	-1,2	1,6	2,1	2,5	2,1	-	6,0	6,2	6,3	-
Euroraum												
EU-KOM	2,7	0,9	-1,9	0,4	2,1	3,3	1,0	1,8	7,5	7,5	9,3	10,2
OECD	2,6	1,0	-0,6	1,2	2,1	3,4	1,4	1,3	7,4	7,4	8,6	9,0
IWF	2,6	1,0	-2,0	0,2	2,1	3,5	1,9	-	7,4	7,6	8,3	-
EZB	2,6	1,0	-0,5	1,0	2,1	3,3	1,4	1,8	-	-	-	-
EU-27												
EU-KOM	2,9	1,0	-1,8	0,5	2,4	3,7	1,2	1,9	7,1	7,0	8,7	9,5
IWF	3,1	1,3	-1,8	0,5	2,4	3,9	2,4	-		-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Interimsprognose, Januar 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2008.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2008 \,\&\, Regional\, Economic\, Outlook\, Europe, Oktober 2008.$ 

IWF: WEO Update vom Januar 2009, nur für BIP.

 ${\it EZB: ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro area; Dezember 2008 (nur BIP u. HICP sowie nur für den Euroraum).}$ 

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

#### 11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF

		BIP (	real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Belgien												
EU-KOM	2,8	1,3	-1,9	0,3	1,8	4,5	1,1	2,0	7,5	6,9	8,0	9,2
OECD	2,6	1,5	-0,1	1,3	1,8	4,6	1,9	1,6	7,4	6,8	7,4	7,8
IWF	2,8	1,4	0,2	-	1,8	4,6	2,8	-	7,5	7,1	8,6	
Finnland												
EU-KOM	4,5	1,5	-1,2	1,2	1,6	3,9	1,8	1,8	6,9	6,4	7,8	8,
OECD	4,4	2,1	0,6	1,8	1,6	4,0	1,9	1,6	6,9	6,2	6,5	6,
IWF	4,5	2,5	1,6	-	1,6	3,9	2,5	-	6,8	6,2	6,2	
Griechenland					,-		,-					
EU-KOM	4,0	2,9	0,2	0,7	3,0	4,2	2,5	2,7	8,3	8,3	9,0	9,
OECD	4,0	3,2	1,9	2,5	3,0	4,5	2,7	2,4	8,1	7,6	8,0	8,
IWF		3,2						-				0,
	4,0	3,2	2,0	•	3,0	4,4	3,1	-	8,3	7,7	8,3	
Irland		2.0			2.0	2.4		4.0	4.6		0.7	40
EU-KOM	6,0	-2,0	-5,0	0,0	2,9	3,1	0,7	1,8	4,6	6,5	9,7	10,
OECD	6,0	-1,8	-1,7	2,6	2,9	3,1	0,9	0,9	4,6	5,9	7,7	7,
IWF	6,0	-1,8	-0,6	-	2,9	3,5	2,4	-	4,5	5,7	7,0	
Luxemburg												
EU-KOM	5,2	1,0	-0,9	1,4	2,7	4,1	0,6	2,5	4,1	4,1	4,9	5,
OECD	5,2	2,4	-0,5	1,9	2,7	4,5	1,9	1,7	4,4	4,5	6,5	7,
IWF	4,5	2,3	1,8	-	2,3	3,7	1,8	-	4,4	4,4	4,8	
Malta												
EU-KOM	3,9	2,1	0,7	1,3	0,7	4,6	1,9	2,2	6,4	6,5	7,4	7,
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	3,7	2,8	2,3	-	0,7	3,7	2,2	-	6,4	6,5	7,0	
Niederlande												
EU-KOM	3,5	1,9	-2,0	0,2	1,6	2,2	1,9	1,8	3,2	2,9	4,1	5,
OECD	3,5	2,2	-0,2	0,8	1,6	2,3	1,8	1,6	3,3	3,1	3,7	4,
IWF	3,5	2,3	1,0	-	1,6	2,9	2,6	-	3,2	2,8	2,9	
Österreich												
EU-KOM	3,1	1,7	-1,2	0,6	2,2	3,3	1,2	1,6	4,4	4,1	5,1	6,
OECD	3,0	1,9	-0,1	1,2	2,2	3,3	1,1	0,8	5,1	4,9	5,7	6,
IWF	3,1	2,0	0,8		2,2	3,5	2,3	-	4,4	4,2	4,4	
Portugal					,				· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	<u> </u>	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	
EU-KOM	1,9	0,2	-1,6	-0,2	2,4	2,7	1,0	2,0	8,1	7,8	8,8	9,
OECD	1,9	0,5	-0,2	0,6	2,4		1,3		8,0	7,6	8,5	8,
IWF						2,8		1,6				0,
	1,9	0,6	0,1	-	2,4	3,2	2,0	-	8,0	7,6	7,8	
Slowakei	40.4	7.4	2.7	2.4	4.0		2.0	2.5			40.0	40
EU-KOM	10,4	7,1	2,7	3,1	1,9	4,0	2,9	3,5	11,1	9,8	10,6	10,
OECD	10,4	7,3	4,0	5,6	2,8	4,4	2,8	2,8	11,0	9,7	9,4	9,
IWF	10,4	7,4	5,6	-	1,9	3,9	3,6	-	-	-	-	
Slowenien												
EU-KOM	6,8	4,0	0,6	2,3	3,8	5,5	0,9	2,8	4,9	4,5	5,2	5,
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	6,1	4,3	3,7	-	3,6	5,9	3,3	-	4,8	4,8	5,0	
Spanien												
EU-KOM	3,7	1,2	-2,0	-0,2	2,8	4,1	0,6	2,4	8,3	11,3	16,1	18,
OECD	3,7	1,3	-0,9	0,8	2,8	4,4	1,8	1,5	8,3	10,9	14,2	14,
IWF	3,7	1,2	-1,7	-0,1	2,8	4,5	2,6	-	8,3	11,2	14,7	
Zypern												
EU-KOM	4,4	3,6	1,1	2,0	2,2	4,4	2,0	2,3	4,0	3,9	5,1	5,
OECD	-	-		-	-		-		-	-		
IWF	4,4	3,4	2,8		2,2	4,6	3,5		3,9	3,9	3,9	

Quellen:

EU-KOM: Interimsprognose, Januar 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2008.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2008 \,\&\, Regional\, Economic\, Outlook\, Europe, Oktober 2008.$ 

IWF: WEO Update vom Januar 2009, nur für BIP (nur für Spanien).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

#### 11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF

		BIP (	real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Bulgarien												
EU-KOM	6,2	6,4	1,8	2,5	7,6	12,0	5,4	4,8	6,9	6,0	6,3	6,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	6,2	6,3	4,2	-	7,6	12,2	7,0	-	-	-	-	-
Dänemark												
EU-KOM	1,6	-0,6	-1,0	0,6	1,7	3,6	1,6	1,9	3,8	3,5	4,5	5,6
OECD	1,7	0,2	-0,5	0,9	1,7	3,5	1,6	1,6	3,7	3,1	4,0	4,5
IWF	1,7	1,0	0,5	-	1,7	3,4	2,8	-	2,8	1,8	2,6	-
Estland												
EU-KOM	6,3	-2,4	-4,7	1,2	6,7	10,6	3,2	2,7	4,7	5,1	8,8	9,7
OECD	-	-			-	-	-		-	-	-	-
IWF	6,3	-1,5	0,5		6,6	10,2	5,1		-	-	-	
Lettland												
EU-KOM	10,3	-2,3	-6,9	-2,4	10,1	15,3	6,8	2,4	6,0	6,5	10,4	11,4
OECD		-	-	-	-	_	-	-	-	-	-	-
IWF	10,3	-0,9	-2,2	-	10,1	15,9	10,6	-	-	-	-	-
Litauen												
EU-KOM	8,9	3,4	-4,0	-2,6	5,8	11,1	5,6	4,8	4,3	5,4	8,8	10,2
OECD		-	-	-	-	_	-	-	-	-	-	-
IWF	8,9	3,9	0,7	-	5,8	11,3	6,2	-	-	-	-	-
Polen												
EU-KOM	6,7	5,0	2,0	2,4	2,6	4,2	2,9	2,5	9,6	7,4	8,4	9,6
OECD	6,7	5,4	3,0	3,5	2,5	4,2	3,2	3,6	9,6	7,2	7,1	7,6
IWF	6,6	5,2	1,6	3,3	2,5	4,0	3,3	-	-	-	-	-
Rumänien												
EU-KOM	6,2	7,8	1,8	2,5	4,9	7,9	5,7	4,0	6,4	6,2	7,0	6,9
OECD		-	-	-	-	_	-	-	-	-	-	-
IWF	6,0	8,6	4,8	-	4,8	8,2	6,6	-	-	-	-	-
Schweden												
EU-KOM	2,5	0,5	-1,4	1,2	1,7	3,3	0,7	1,0	6,1	6,2	7,9	8,7
OECD	2,9	0,8	0,0	2,2	2,2	3,5	1,5	1,1	6,1	6,1	7,0	7,7
IWF	2,7	1,2	1,4	-	1,7	3,4	2,8	-	6,1	6,6	7,1	-
Tschechien												
EU-KOM	6,0	4,2	1,7	2,3	3,0	6,3	2,6	2,3	5,3	5,0	5,7	6,6
OECD	6,6	4,4	2,5	4,4	3,0	6,6	2,0	2,6	5,3	4,5	5,2	5,5
IWF	6,6	4,0	-1,3	1,4	2,8	6,7	3,4		-	-	-	
Ungarn												
EU-KOM	1,1	0,9	-1,6	1,0	7,9	6,1	2,8	2,2	7,4	7,7	8,8	9,1
OECD	1,1	1,4	-0,5	1,0	8,0	6,4	3,6	3,2	7,4	7,9	8,9	9,2
IWF	1,3	1,9	-3,0	0,6	7,9	6,3	4,1				_	

Quellen:

EU-KOM: Interimsprognose, Januar 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2008.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2008 \,\&\, Regional\, Economic\, Outlook\, Europe, Oktober 2008.$ 

IWF: WEO Update vom Januar 2009, nur für BIP 2009 und 2010 (nur für CZ, HU & PL).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## 12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		öffentl. Ha	ushaltssaldo			Staatssch	uldenquote 1			Leistungs	sbilanzsaldo	
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Deutschland												
EU-KOM	-0,2	-0,1	-2,9	-4,2	65,1	65,6	69,6	72,3	7,6	7,1	5,2	5,4
OECD	0,1	0,0	-0,9	-1,0	65,0	64,4	65,8	65,9	7,7	6,4	6,2	6,
IWF	-0,2	-0,3	-0,8	-	63,2	76,4	77,0	-	7,6	7,3	6,8	
USA												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	-2,9	-5,3	-6,7	-6,8	62,9	73,2	78,1	82,5	-5,3	-4,9	-3,9	-3,
IWF	-2,7	-4,1	-4,6	-	60,7	61,5	65,4	-	-5,3	-4,6	-3,3	
Japan												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	-2,4	-1,4	-3,3	-3,8	170,6	173,0	174,1	177,0	4,8	3,8	4,3	3,
IWF	-3,2	-3,4	-3,9	-	195,4	198,6	200,9	-	4,8	4,0	3,7	
Frankreich												
EU-KOM	-2,7	-3,2	-5,4	-5,0	63,9	67,1	72,4	76,0	-2,8	-3,8	-4,0	-3,
OECD	-2,7	-2,9	-3,7	-3,9	63,9	66,4	69,7	72,8	-1,2	-1,6	-1,5	-1,
IWF	-2,7	-3,3	-3,9	-	63,9	65,2	67,5	-	-1,2	-2,8	-2,7	
Italien												
EU-KOM	-1,6	-2,8	-3,8	-3,7	104,1	105,7	109,3	110,3	-1,7	-2,2	-1,2	-1,
OECD	-1,5	-2,5	-2,9	-3,1	104,1	103,8	105,8	106,7	-2,5	-2,6	-2,1	-2,
IWF	-1,6	-2,6	-2,9	-	104,0	104,3	105,5	-	-2,5	-2,8	-2,4	
Großbritannien												
EU-KOM	-2,7	-4,6	-8,8	-9,6	44,1	50,1	62,6	71,0	-2,8	-2,3	-5,7	-5,
OECD	-2,8	-3,6	-5,3	-6,5	44,2	56,0	60,9	66,6	-3,8	-1,9	-1,5	-2,
IWF	-2,7	-3,5	-4,4	-	44,1	43,4	44,3	-	-3,8	-3,6	-3,4	
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	1,4	0,3	-1,3	-1,7	64,1	63,0	65,6	66,9	0,9	0,4	-1,7	-1,-
IWF	1,4	0,7	0,6	-	64,2	60,7	58,4	-	0,9	0,9	-	
Euroraum												
EU-KOM	-0,6	-1,7	-4,0	-4,4	66,1	68,7	72,7	75,8	0,2	-0,4	-0,6	-0,
OECD	-0,6	-1,4	-2,2	-2,5	66,5	67,4	69,4	71,1	0,3	-0,4	-0,1	0,
IWF	-0,6	-1,5	-2,0	-	66,5	69,9	70,6	-	0,2	-0,5	-0,4	
EU-27												
EU-KOM	-0,9	-2,0	-4,4	-4,8	58,7	60,6	67,4	70,9	-0,5	-1,0	-1,4	-1,-
IWF	-0,9	-1,7	-2,2	-	-	-	-	-	-0,7	-1,2	-1,2	

Quellen:

EU-KOM: Interimsprognose, Januar 2009.

 ${\tt OECD: Wirtschafts ausblick, Dezember 2008.}$ 

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2008\,\&\,Regional\,Economic\,Outlook\,Europe, Oktober 2008.$ 

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## 12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	ushaltssaldo			Staatssch	uldenquote			Leistungs	sbilanzsaldo	
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Belgien												
EU-KOM	-0,3	-0,9	-3,0	-4,3	83,9	88,3	91,2	94,0	2,4	-0,7	-1,0	-1,!
OECD	-0,3	-0,7	-1,3	-1,6	83,9	88,5	88,6	88,4	1,7	-3,3	-2,4	-2,
IWF	-0,1	-0,4	-1,3	-	-	-		-	2,1	0,0	-1,1	
Finnland												
EU-KOM	5,3	4,5	2,0	0,5	35,1	32,8	34,5	36,1	5,3	4,2	2,7	2,
OECD	5,3	4,6	3,3	2,7	35,2	33,3	32,6	32,9	4,3	2,9	2,4	2,
IWF	5,2	4,9	3,7	-	-	-	-	-	4,6	3,4	2,9	۷,
Griechenland	3,2	7,3	3,1	-		-			7,0	5,4	2,3	
	2.5	2.4	2.7	4.2	04.0	04.0	06.3	00.4	140	12.4	12.0	12
EU-KOM	-3,5	-3,4	-3,7	-4,2	94,8	94,0	96,2	98,4	-14,0	-13,4	-12,8	-13,
OECD	-3,7	-2,8	-2,7	-3,1	94,4	93,0	91,9	91,3	-14,1	-14,5	-13,9	-13,
IWF	-2,8	-2,8	-2,3	-	-	-	-	-	-14,1	-14,0	-14,1	
Irland												
EU-KOM	0,2	-6,3	-11,0	-13,0	24,8	40,8	54,8	68,2	-5,4	-5,7	-3,5	-3,
OECD	0,2	-5,6	-7,1	-7,0	24,8	29,7	37,6	45,1	-5,4	-6,2	-6,3	-5,
IWF	0,3	-4,0	-4,7	-	-	-	-	-	-5,4	-5,0	-4,4	
Luxemburg												
EU-KOM	3,2	3,0	0,4	-1,4	7,0	14,4	15,0	15,1	9,8	8,0	6,3	6,
OECD	3,2	1,6	-0,6	-1,5	7,0	15,2	14,4	17,3	9,9	6,6	5,1	6,
IWF	3,0	1,7	1,0						9,9	8,6	8,2	
Malta		-,-	-,,-							-,-		
EU-KOM	-1,8	-3,5	-2,6	-2,5	61,9	63,3	64,0	64,2	-5,5	-6,5	-7,0	-7,
	-1,0	-5,5	-2,0	-2,3		-	-	-	-3,3	-0,5		-1,
OECD											-	
IWF	-1,8	-1,7	-1,0	-	-	-	-	-	-5,4	-7,7	-6,4	
Niederlande												
EU-KOM	0,3	1,1	-1,4	-2,7	45,7	57,3	53,2	55,2	9,8	8,4	6,5	6,
OECD	0,3	1,0	0,0	-0,9	45,7	48,6	48,3	48,7	7,6	7,2	6,8	6,
IWF	0,6	1,1	1,7	-	-	-	-	-	6,8	5,6	5,1	
Österreich												
EU-KOM	-0,4	-0,6	-3,0	-3,6	59,5	59,4	62,3	64,7	3,3	3,1	2,5	2,
OECD	-0,5	-1,0	-2,7	-3,5	59,5	60,2	62,4	65,3	3,1	3,6	3,7	4,
IWF	-0,7	-0,7	-1,1	-	-	-			3,2	2,8	2,4	
Portugal												
EU-KOM	-2,6	-2,2	-4,6	-4,4	63,6	64,6	68,2	71,7	-9,9	-11,8	-9,7	-10,
OECD	-2,7	-2,2	-2,9	-3,1	63,6	64,5	66,4	68,6	-9,8	-10,9	-10,2	-10,
IWF	-2,6	-2,2	-2,3	-,.	-		-	-	-9,8	-12,0	-12,7	,
Slowakei	2,0	2,2	2,0						3,0	12,0		
	1.0	2.2	2.0	2.6	20.4	20.6	20.0	21.0	F 1	6.0	6.3	
EU-KOM	-1,9	-2,2	-2,8	-3,6	29,4	28,6	30,0	31,9	-5,1	-6,0	-6,2	-6,
OECD	-2,0	-2,1	-2,0	-1,5	29,4	30,9	32,0	33,0	-5,3	-5,0	-4,1	-2,
IWF	-2,2	-2,2	-1,7	-	-	-	-	-	-5,4	-5,1	-4,7	
Slowenien												
EU-KOM	0,5	-0,9	-3,2	-2,8	23,4	22,1	24,8	25,8	-4,0	-6,0	-5,8	-6,
OECD		-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-0,1	0,1	-0,3	-	-	-	-	-	-4,9	-4,7	-4,7	
Spanien												
EU-KOM	2,2	-3,4	-6,2	-5,7	36,2	39,8	46,9	53,0	-10,1	-9,4	-7,1	-6,
OECD	2,2	-1,5	-2,9	-3,8	36,2	37,8	41,3	45,3	-10,1	-9,7	-7,4	-6,
IWF	2,2	-1,6	-2,5	-	-	-	-	-	-10,1	-10,1	-7,7	
Zypern												
EU-KOM	3,4	1,0	-0,6	-1,0	59,4	48,1	46,7	45,7	-9,7	-13,4	-12,0	-11,
OECD	-	-	-0,6	-1,0	35,4	70,1	40,7	45,7	-5,7	-13,4	-12,0	-11,

Quellen:

 $\hbox{EU-KOM: } Interim sprognose, Januar 2009.$ 

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2008.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2008 & Regional Economic Outlook Europe, Oktober 2008.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## 12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF andere EU-Mitgliedsstaaten

		öffentl. Ha	ushaltssaldo	,		Staatsschu	ıldenquote		Leistungsbilanzsaldo			
	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010	2007	2008	2009	2010
Bulgarien												
EU-KOM	0,1	3,2	2,0	2,0	18,2	13,8	12,2	10,7	-22,5	-24,7	-20,8	-19,6
OECD		-	-		-	-	-	-	-	-		-
IWF	3,5	4,2	2,7	-	-	-	-	-	-21,4	-24,4	-21,5	-
Dänemark												
EU-KOM	4,5	3,1	-0,3	-1,5	26,3	30,3	28,4	27,0	0,7	1,5	1,3	1,3
OECD	4,4	2,4	0,1	-0,6	26,2	23,6	23,7	24,7	1,1	0,8	0,9	2,0
IWF	4,8	3,2	3,0	-	-	-		-	1,1	1,3	1,8	-
Estland												
EU-KOM	2,7	-2,0	-3,2	-3,2	3,5	4,3	6,1	7,6	-18,3	-10,1	-5,7	-4,3
OECD		-		-	-	-		-		-	-	-
IWF	3,0	-1,3	-1,4						-18,1	-10,8	-8,7	-
Lettland												
EU-KOM	0,1	-3,5	-6,3	-7,4	9,5	16,0	30,4	42,9	-22,9	-14,9	-6,5	-5,5
OECD		-	-		-	_					-	_
IWF	0,7	-1,4	-2,0		_	-		-	-22,9	-15,1	-8,3	-
Litauen		.,.								,.		
EU-KOM	-1,2	-2,9	-3,0	-3,4	17,0	17,1	20,0	23,3	-15,1	-12,6	-7,0	-7,6
OECD		-	-	-	-	-		-	-	-		-
IWF	-1,9	-1,6	-0,7	_	_	_		_	-14,6	-14,9	-8,7	_
Polen	1,3	1,0	0,1						14,0	17,5	0,1	
EU-KOM	-2,0	-2,5	-3,6	-3,5	44,9	45,5	47,7	49,7	-4,7	-5,6	5,6	-5,0
OECD .	-2,0	-2,3	-2,7	-2,9	44,9	43,6	44,1	45,3	-4,7	-5,3	-6,3	-6,3
IWF	-1,5	-2,0	-2,7	-2,3					-3,8	-4,7	-5,7	-0,5
Rumänien	-1,5	-2,0	-2,3						-3,6	-4,7	-5,7	
EU-KOM	-2,5	-5,2	-7,5	-7,9	12,7	15,2	21,1	26,8	-13,6	-12,9	-11,9	-11,1
OECD	-2,5	-5,2	-7,5	-7,5	12,7	13,2	21,1	20,6	-13,0	-12,9	-11,9	-11,1
IWF	-2,3	-2,3	-2,8	-	-	-	-	-	-14,0	-13,8	-13,3	
	-2,3	-2,3	-2,0	•	-	-		-	-14,0	-13,6	-13,3	-
Schweden	2.0	2.2	1.2	1.4	40.6	240	26.2	20.0	0.4	6.3		6.7
EU-KOM OECD	3,6	2,3	-1,3	-1,4	40,6	34,8	36,2	36,0	8,4	6,2	6,6	6,7
IWF	3,5	2,8	0,5	0,4	40,4	38,1	34,9	34,0	8,4	6,5	6,5	6,9
··	3,4	2,5	1,0	-	-	-	-	-	8,5	6,4	5,8	
Tschechien	1.0	1.3	2.5	2.2	20.0	27.0	20.4	20.0	1.5	0.0	2.1	2.0
EU-KOM	-1,0	-1,2	-2,5	-2,3	28,9	27,9	29,4	30,6	-1,5	-0,9	-2,1	-2,6
OECD	-1,0	-1,6	-1,9	-1,7	28,7	26,5	25,6	25,2	-1,7	-2,3	-2,9	-3,3
IWF	-1,6	-1,9	-2,1	-	-	-	-	-	-1,8	-2,2	-2,5	-
Ungarn												
EU-KOM	-5,0	-3,3	-2,8	-3,0	65,8	71,9	73,8	74,0	-6,4	-7,2	-5,5	-5,2
OECD	-5,0	-3,4	-3,6	-3,5	65,8	65,6	67,5	69,2	-6,4	-6,1	-6,1	-5,4
IWF	-5,5	-3,4	-3,3	-	-	-	-	-	-5,0	-5,5	-6,1	-

Quellen:

EU-KOM: Interimsprognose, Januar 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2008.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2008 \,\&\, Regional \,Economic \,Outlook \,Europe, Oktober \,2008.$ 

Die vor Ihnen liegende gedruckte Fassung des Monatsberichts ist unter www.bundesfinanzminsterium.de verfügbar. Neben den vorliegenden Inhalten enthält die Online-Version auch den Teil "Statistiken und Dokumentationen". Darüber hinaus stehen Ihnen mit der elektronischen Fassung viele komfortable Funktionen zum Umgang mit dem Monatsbericht zur Verfügung.

#### Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

#### Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, Februar 2009

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung:

Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 901 per Telefax 0 18 05 / 77 80 941

1 Jeweils 0,12 €/Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X